Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

KLASSENKAMPF

April 1974 Zeitung des Kommunistischen Bundes Wien (KB Wien) 2. Jhg. Nr. 4

Aus dem Inhalt

Es lebe der 1. Mai - der internationale Kampftag der Arbeiterklasse!

Mehr als 80 Jahre sind vergangen, seit 1890 zum ersten Mal die klassenbewußten Arbeiter am 1.Mai auf die Straße gingen und in machtvollen Demonstrationen ihre Entschlossenheit zum Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zum Ausdruck brachten. Der 1.Mai ist seit mehr als 80 Jahren der internationale Kampftag der Arbeiterklasse. Die Arbeiter aller Länder feiern an diesem Tag ihr Erwachen zum bewußten politischen Leben. Sie bringen die Unversöhnlichkeit ihrer Interessen mit dem Kapitalismus zum Ausdruck. Sie zeigen ihre Feindschaft gegen die herrschende Ausbeuterklasse und gegen deren Herrschaftsinstrument, den bürgerlichen Staat. Sie demonstrieren für den Sturz der bestehenden Gesellschaftsordnung und für den Sieg des Sozialismus und Kommunismus.

In großen Klassenkämpfen haben sich die Arbeiter aller Länder immer wieder der Bourgeoisie entgegengestellt. In einigen Ländern der Welt konnte die Arbeiterklasse das alte Ausbeutersystem stürzen und die Macht erobern. 1917 wurde Rußland das erste sozialistische Land der Welt. Heute kann die Arbeiterklasse in China und Albanien sowie in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und in der Demokratischen Republik Vietnam am 1. Mai bereits ihre Erfolge beim Aufbau einer neuen, sozialistischen Gesellschaft feiern.

Auch die österreichische Arbeiterklasse hat große Schlachten gegen die kapitalistische Ausbeuterordnung geschlagen. 1918 versuchte sie das System zu stürzen, das den imperialistischen Weltkrieg mit seinen Millionen Toten, Elend und Not über die Völker gebracht hat. 1934 stellte sie sich heldenhaft dem Vormarsch des Faschismus entgegen. 1950 antworteten Hunderttausende Arbeiter mit Massenstreiks auf die massive Verschlechterung ihrer Lage durch Inflation und Lohnraub, die der Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft nach dem 2. Weltkrieg mit sich brachte.

Die österreichische Arbeiterklasse steht vor derselben Aufgabe wie ihre Klassenbrüder in den anderen kapitalistischen Ländern. Solange der Kapitalismus besteht, ist die Arbeiterklasse eine ausgebeutete und rechtlose Klasse. Um ihre Lage zu ändern, muß sie im tagtäglichen Kleinkrieg gegen das bestehende System Kräfte sammeln für den Sturz dieses Systems. Sie muß die herrschende Klasse stürzen, ihren staatlichen Verwaltungs- und Unterdrückungsapparat zerschlagen, selber die politische Macht erobern. Sie muß mit Hilfe der neuen, proletarischen Staatsmacht das Privateigentum an den Produktionsmitteln abschaffen, die Maschinen, Fabriken und alle Produktionsmittel der Verfügung einer kleinen Minderheit kapitalistischer Schmarotzer entreißen und in die eigenen Hände nehmen.

Für dieses Ziel, den Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Volksherrschaft werden am 1.Mai Millionen Arbeiter Europas und Nordamerikas demonstrieren. Die Arbeiter in den sozialistischen Ländern werden den 1. Mai begehen im Zeichen der Freude über ihre Erfolge beim Aufbau des Sozialismus und in der festen Entschlossenheit, die revolutionäre Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse fortzuführen, bis zur Errichtung der klassenlosen Gesellschaft, des Kommunismus. Die Arbeiter in den unterdrückten Ländern der Dritten Welt werden am 1.Mai ihre Entschlossenheit zum Kampf gegen Imperialismus, für nationale Unabhängigkeit und für soziale Befreiung zum Ausdruck bringen. Der 1.Mai wird Zeugnis ablegen, daß die Kampffront der Arbeiter aller Länder und der unterdrückten Völker gegen den Imperialismus ständig wächst und erstarkt.

Fortsetzung Seite 2

Gegen Lohnsteuerraub - 10.000,- S im Monat steuerfrei

FÜR DIE ABSCHAFFUNG ALLER INDIREKTEN STEUERN - BESTREITUNG ALLER STAATSAUSGABEN NUR DURCH PROGRESSIVE BESTEUERUNG VON EINKOMMEN, VERMÖGEN UND ERBSCHAFT

Der Lohnsteuerraub ist in den letzten Jahren ins Unerträgliche gestiegen. Von Jahr zu Jahr bläht sich der Staatsapparat mehr auf und es ist in immer größerem Maße das Volk, das ausgeplündert wird, um diese kostspielige Maschinerie zu erhalten. Alle Massensteuern, sowohl die Lohnsteuer als auch die Mehrwertsteuer und die anderen indirekten Steuern, sind gewaltig gestiegen und es wird immer ärger. Als erstes und am empfindlichsten spüren die Arbeiter und alle Lohnabhängigen den Lohnsteuerraub. Es ist kein Wunder, daß die Empörung äusserst groß ist, wenn von jeder Lohnerhöhung gleich einmal ein Drittel, in manchen Fällen bis zu 40% und mehr, an Lohnsteuer und Sozialversicherung abgezogen wird. Und mit jeder Lohnerhöhung wird die Steuerprogression schärfer, auch wenn diese Erhöhungen bloß Erhöhungen auf dem Papier sind. So sind z.B. die 12-15% der letzten Lohnrunden 1973 längst von der Inflation weggefressen, aber trotzdem wird das Lohnsteueraufkommen heuer (laut Budgetentwurf 1974) mindestens um 26% höher sein als im Vorjahr. Was weggesteuert wird, wird immer mehr und was einem angesichts der Inflation und nach allen Abzügen noch übrigbleibt, wird weniger.

Die geplante Lohnsteuerreform ist ein Volksbetrug

Die wachsende Empörung des Volkes über diese Lage kann niemand mehr übersehen. Regierung, Industriellenver-

Fortsetzung Seite 3

Die Haupttendenz in der Welt ist Revolution

Im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus und gegen die Hegemoniebestrebungen der beiden imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion haben die unterdrückten Völker und Nationen weitere Fortschritte erzielt. Die Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha konnten großartige Siege über den US-Imperialismus davontragen. Die Völker im Süden Afrikas und in Guinea-Bissao beharrten in ihrem bewaffneten Kampf gegen die Kolonial- und Rassistenregimes. Der Widerstandskrieg der arabischen Völker und des palästinensischen Volkes gegen die israelischen Aggressoren durchbrach den Zustand von "weder Krieg noch Frieden", den die beiden Supermächte im Nahen Osten geschaffen hatten. Die Völker Lateinamerikas hielten fest an ihrem Kampf gegen den US-Imperialismus, für nationale Unabhängigkeit und soziale Befreiung.

Zugleich erzielten die Völker der sozialistischen Länder neue Erfolge bei der Festigung der Diktatur des Proletariats und im Kampf gegen alle Kräfte, die den Sozialismus von innen her untergraben und wie in [illegible]land und den osteuropäischen Staaten die alte Ausbeuterordnung wiederherstellen wollen. Der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus in China, Albanien, der Koreanischen Volksdemokratischen Republik und der Demokratischen Republik Vietnam ist eine große Hilfe für die Völker der Welt. Die sozialistischen Länder sind das feste Hinterland der Weltrevolution.

Die Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern Europas und Nordamerikas nimmt nach einer Periode der relativen Ruhe im Klassenkampf erneut den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung auf. Die Völker Portugals, der Türkei und vor allem Spaniens und Griechenlands stehen gegen den Faschismus auf. In Rußland und den osteuropäischen Ländern nehmen die Arbeiter und die Volksmassen den Kampf gegen das neue Ausbeutungssystem auf, das die Revisionisten nach dem Tod Stalins aufgerichtet haben.

Überall auf der Welt rebellieren die Arbeiter- und Volksmassen gegen Kapitalismus und Imperialismus. Wo sie wie in Chile zeitweilige Niederlagen erleiden, beginnen sie rasch in Streiks und Demonstrationen erneut Kräfte zu sammeln zum Sturz der herrschenden Klasse. Der internationale Klassenkampf entfaltet sich stürmisch. Jeder Tag bestätigt aufs Neue, daß nicht die Völker den Imperialismus, sondern der Imperialismus die Völker zu fürchten hat.

Der Klassenkampf in Österreich verschärft sich

Die Krise des Imperialismus vertieft sich auch in Österreich. Die herrschende Klasse wird ihrer politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten immer schwerer Herr. Sie versucht die Krisen auf die Lohnabhängigen abzuwälzen und greift die materiellen Existenzbedingungen der Massen an. Die Inflationsraten erreichen fast schon 10% und werden weiter steigen. Die Steuerausplünderung durch den Staat wird immer unerträglicher. Im Betrieb steigen Arbeitshetze und Akkordschinderei. Vereinzelt kommt es zu Kurzarbeit, unbezahltem Zwangsurlaub und Arbeitslosigkeit. Zur Verschlechterung der Lage kommt die Gefährdung der Existenz.

Diese Verschlechterung der materiellen Lage ist die entscheidende Ursache dafür, daß die wachsende Empörung über die herrschenden Zustände sich in Kampfbereitschaft verwandelt und die Volksmassen beginnen, gegen die bestehenden Verhältnisse zu rebellieren. Vor allem in den Betrieben, den Dreh- und Angelpunkten der Gesellschaft, gärt es. Mieter schliessen sich gegen die Wohnbaukapitalisten zusammen und setzen sich gegen die Verschlechterung und Verteuerung ihrer Wohnbedingungen zur Wehr. In immer mehr Bereichen der Gesellschaft wächst der Unmut gegen die Maßnahmen der herrschenden Klasse und ihres Staates. Die Krise der bürgerlichen Gesellschaft schlägt sich nieder in Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Kapitalisten, zwischen den Volksmassen und dem bürgerlichen Staat. Das Vertrauen in den Staat und in die bürgerlichen Parteien bröckelt ab und das Vertauen auf die eigene Kampfkraft wächst.

In dem Maß, wie die bürgerlichen Vorurteile der Massen in Brüche gehen und die bürgerliche Herrschaft in Frage gestellt wird, wird es für die Bourgeoisie eine Lebensfrage, dagegen politische Maßnahmen zu ergreifen. Die Aufforderungen der Kapitalisten und ihrer Regierung zum "Konsumverzicht", "den Gürtel enger zu schnallen", sind nur ein Teil ihrer Krisenpolitik. Die Bourgeoisie ist aufgrund der Verschärfung der Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht mehr imstande, Kompensationen für die Verschärfung der Ausbeutung durch geringfügige Reallohnsteigerungen zu gewähren und die Arbeiter dadurch an sich zu binden. Sie muß sich auf die Verschärfung der Klassenwidersprüche und auf die politische Knebelung der Arbeiterklasse und des Volkes orientieren. Dazu dient das eben beschlossene Arbeitsverfassungsgesetz, dazu dienen einzelne staatliche Zwangsmaßnahmen wie der autolose Tag, um die Volksmassen an massive Eingriffe des Staates in das gesellschaftliche Leben zu gewöhnen.

Angesichts der sich verschärfenden Krise des Imperialismus stellt sich der Arbeiterklasse die Aufgabe, den wirtschaftlichen mit dem politischen Kampf zum einheitlichen Klassenkampf zu verbinden. Die Arbeiterklasse muß den politischen Kampf gegen den bürgerlichen Staat aufnehmen und sich an die Spitze aller demokratischen Volksbewegungen stellen. Sie muß im selbständigen Kampf um ihre wirtschaftlichen Interessen den Einfluß der Klassenversöhnler in Betrieb und Gewerkschaft zurückdrängen und den Kampf führen, um die Gewerkschaften zu einem Instrument im Klassenkampf zu machen.

Dieses Ziel kann die Arbeiterklasse nur erreichen, wenn sie sich selbständig politisch organisiert und sich eine eigene Partei schafft, die sie in den Kampf um den Sozialismus führt. Diese neue Partei im Klassenkampf aufzubauen, die klassenbewußten Arbeiter und die revolutionären Menschen aus den anderen Teilen des Volkes in ihren Reihen zusammenzuschließen, ist das nächste Ziel der österreichischen kommunistischen Bewegung. In Wien kämpfen der Kommunistische Bund Wien und die Vereinigung Revolutionärer Arbeiter (Marxisten-Leninisten) für dieses Ziel.

Der 1. Mai muß wieder zum Kampftag der Arbeiterklasse werden!

Die SPÖ hat sich schon vor Jahrzehnten mit der bürgerlichen Gesellschaft ausgesöhnt. Heute ist sie direkt eine Partei der Kapitalisten und sie führt als Regierungspartei deren Staatsgeschäfte. Es ist kein Wunder, daß die SP-Führung vom internationalen Kampftag der Arbeiterklasse nichts wissen und den 1. Mai am liebsten verschwinden lassen will, wie sie es in vielen Bundesländern bereits getan hat. In Wien ist die Tradition des 1. Mai zu stark. Aber wenn die Arbeiter schon marschieren, dann sollen sie das nicht für die eigenen Interessen tun. Zur Propaganda für die Regierung sollen sie auf die Straße gehen. Für eine Regierung, die genau wie die ÖVP-Regierung vor ihr Tag für Tag eine Politik gegen die Arbeiterklasse und für die Kapitalisten betreibt.

Auch die KPÖ hat sich mit dem Kapitalismus ausgesöhnt. Ihr Ziel sind Reformen innerhalb des Kapitalismus, nicht der Sturz dieses Systems. Ihre Reformpläne laufen auf die Zusammenarbeit der Arbeiter mit den Kapitalisten und dem bürgerlichen Staat hinaus und hindern die Arbeiterklasse, den Kampf um die sozialistische Revolution erfolgreich zu führen. Auf internationaler Ebene ordnet sie sich unter die Politik der russischen Sozialimperialisten unter.

Beide, SPÖ und KPÖ, haben die Sache der Arbeiterklasse und des Sozialismus verraten. Beide haben sie daher auch die Tradition des 1. Mai verraten. Die einen sind offen für die Zusammenarbeit

---

VERANSTALTUNG DES KB WIEN

30. April, 19.30 Uhr, FESTSAAL DES BAYRISCHEN HOF, Taborstraße 39, Wien II.

MAIDEMONSTRATION

TREFFPUNKT: am Ring beim Maria-Theresien-Denkmal, 12.30 Uhr KUNDGEBUNG, anschließend DEMONSTRATION über Ring und Taborstraße in den II. Bezirk

mit den Kapitalisten, die anderen sind in Worten dagegen, aber in der Praxis ist ihnen ihr ruhiges Leben im bestehenden kapitalistischen System mehr wert als der Klassenkampf. Am 1.Mai im Zug der SPÖ marschieren, heißt für die Arbeiterschaft gegen die eigenen Interessen und für die der Kapitalisten marschieren. Am 1. Mai im Zug der KPÖ marschieren, heißt für eine Alternative marschieren, die keine ist, und für einen "Ausweg" aus dem Kapitalismus, der nur eine bürgerliche Sackgasse ist.

Die klassenbewußten Arbeiter und alle revolutionären Menschen haben allen Grund und alles Interesse, am 1.Mai gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu demonstrieren. Sie haben allen Grund am 1.Mai ihre Entschlossenheit zum Ausdruck zu bringen, den Klassenkampf voranzutreiben und eine marxistisch-leninistische Vorhutorganisation zu schaffen, die die Arbeiterklasse in den Kampf um den Sozialismus führt.

Reiht euch ein in den Demonstrationszug des KB Wien und der VRAÖ(ML) !

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH UND BESIEGT DEN IMPERIALISMUS ! VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DIE RECHTE DER ARBEITERKLASSE UND DES VOLKES! VORWÄRTS IM KAMPF UM DEN SIEG DES SOZIALISMUS!

Maiaufruf des KB Wien und der VRAÖ(ML)

...Lohnsteuerraub

einigung, ÖGB, SPÖ, ÖVP - alle sind sie daher auf den Plan getreten. Sie liefern lautstarke Gefechte und schlagen viel Schaum. Aber in der Hauptsache sind sie sich einig: Die unerträgliche Lohnsteuerprogression für den normalen Arbeiterlohn soll geringfügig gemildert, aber unbedingt beibehalten werden und auch gleich [illegible]k bleiben. Eine kosmetische Operation soll vorgenommen werden, um die Empörung des Volkes zu dämpfen, aber an der Steuerausplünderung der Massen durch den Staat darf sich nichts ändern. Sogar vom Notwendigsten, was der Arbeiter zum Leben braucht, sollen weiterhin Lohnsteuern abgezogen werden (und mittels der indirekten Ste uern, vor allem der Mehrwertsteuer, werden die Massen als Käufer dann noch einmal ausgepreßt).

Jede solche Lohnsteuerreform kann allein schon deshalb keine ernste Verbesserung bringen, weil bei der nächsten Lohnerhöhung die Progession wieder voll wirksam wird und man mehr [illegible]nsteuer zahlt als zuvor. So war es nach jeder solchen Lohnsteuerreform, 1962, 1967 und 1971.

1971/72, dem Jahr der Lohnsteuerreform der SP-Regierung, ist das Lohnsteueraufkommen um 17 % gestiegen. So sieht die"Milderung der Lohnsteuerprogression" aus! Diesmal wird es, wenn es nach dem Willen der bürgerlichen Kräfte geht, nicht anders.

Es kann auch gar nicht anders sein. Es wäre eine Illusion, sich zu erwarten, daß der bürgerliche Staat, der auf der ganzen Linie ein politisches Werkzeug der Kapitalistenklasse ist, freiwillig mehr hergibt als ein paar lächerliche Almosen. Eine einigermaßen ernste Verbesserung ihrer Lage können die Arbeiterklasse und das Volk nur im Kampf erreichen. Bei den Steuern ist das ebenso wie in jeder anderen Frage.

Gemeinsam ist der Regierung und allen bürgerlichen Verbänden und Parteien gerade, daß sie die Arbeiterklasse und das Volk vom Kampf abhalten wollen. Gemeinsam haben sie das Interesse, zu verhindern, daß aus der Empörung Kampfmaßnahmen werden, daß die Arbeiter nicht mehr auf Staat und Parteien, sondern auf die eigene Kraft vertrauen, daß die Massen sich offen gegen den bürgerlichen Staat wenden. Davor haben sie Angst, weil das ihre gemeinschaftliche politische Herrschaft über das Volk und ihr gemeinschaftliches Schmarotzerdasein auf dem Rücken der Werktätigen bedrohen würde.

Viel Lärm um nichts

Dabei versucht natürlich jeder, sich als der bessere Volksvertreter herauszuputzen. Vor allem die ÖVP tritt neuerdings "radikal" gegen die Inflation und den Steuerraub auf. Keine Demagogie ist ihr zu dreckig, wenn sie nur wieder die Regierung in die Hand bekommt, wenn nur sie wieder das erste Wort bei der staatlichen Ausplünderung und Unterdrückung des Volkes zu sagen hat. Die Industriellenvereinigung tritt vehement für eine baldige Lohnsteuerreform ein, denn sie will aus der "Milderung des Steuerdrucks" ein Argument gegen ausreichende Lohnerhöhungen machen. als ob der Kampf um mehr Lohn zum Ausgleich der Teuerung nicht gerade aufs engste mit dem Kampf gegen den Staat verbunden werden müßte, damit von den erkämpften Lohnerhöhungen nicht wieder ein großer Teil weggesteuert wird!

DerÖGB steht unter großem Druck, er spürt die Stimmung in der Arbeiterschaft. Trotzdem tut die sozialdemokratische ÖGB-Führung alles, um der SPÖ nicht die seit jeher für 1975 geplante Lohnsteuerreform als grosses Wahlzuckerl zu verderben. Deshalb hat die ÖGB-Steuerkommission sich auch noch nicht klar festgelegt, sondern fordert nur vage eine "Senkung der Progression (Steuersätze) in den unteren und mittleren Einkommensbereichen". Wenn die bürgerlichen Parteien sich in die Haare geraten, dann geht es ihnen nur darum, wer den Unmut des Volkes besser als der Konkurrent auf seine Mühlen lenken kann.

Der Sache nach streiten sie sich nur um zweitrangige Fragen:Soll die Lohnsteuerreform erst 1975 wirksam werden oder noch für einige Monate von 1974gelten? Soll der Gesamtsteuernachlaß [illegible] oder 5 Millionen Schilling ausmachen? Um welche Lächerlichkeiten es dabei geht, sieht man, wenn man bedenkt, daß 1974 um 5500 Millionen mehr an Lohnsteuer im Budget vorgesehen sind als im Vorjahr und die Lohnsteuer damit heuer dem Staat 26.000 Millionen einbringt.

Die KPÖ spielt mit

Neben den alteingesessenen bürgerlichen Parteien rührt auch die KPÖ die Trommel für eine Lohnsteuerreform. Der Sache nach unterscheidet sie sich kaum von der ÖVP und es passiert auch immer wieder, daß ihr die ÖVP "die Show stiehlt", wie es ein KPÖ-Funktionär ausdrückte. Die KPÖ ist halt für eine stärkere "Milderung der Progression", für eine baldigere Lohnsteuerreform und für eine Vorleistung auf die Reform von 1.200,-. Sie stellt sich damit in die Reihe der anderen bürgerlichen Kräfte.

10.000.- im Monat steuerfrei !

Die Forderung nach einer solchen Lohnsteuerreform, bei der die Löhne und Gehälter der Massen weiterhin der Progression unterworfen sind und bei der weiterhin den Massen vom Notwendigen, das sie zum Leben brauchen, Steuern abgezogen werden, ist keine Forderung im Interesse der Lohnabhängigen.

Die einzige Lohnsteuerforderung, die eine ernste Verbesserung bedeutet, ist die Forderung nach einem ausreichenden steuerfreien Mindestlohn. Mindestens 10.000 Schilling im Monat steuerfrei!

Die Durchsetzung dieser Forderung entzieht die normalen Masseneinkommen der Geißel der Lohnsteuerprogression. Sie bedeutet, daß von dem, was ein Arbeiter unter den heutigen Verhältnissen zum Leben braucht, nichts weggesteuert werden darf.

Nur unter dieser Forderung kann der Kampf gegen den Lohnsteuerraub wirksam vorbereitet und organisiert werden und werden die Arbeiter und das Volk nicht immer wieder Spielball der bürgerlichen Politik. Die Forderung: 10.000,- im Monat steuerfrei! ist eindeutig, klar und verständlich. Sie läßt keine Packeleien zu. Hinter ihr können sich alle Arbeiter und anderen Lohnabhängigen zusammenschließen.

Auf die geplante Lohnsteuerreform, die die Progression beim normalen Arbeiterlohn nur geringfügig und nur für einige Monate mildert, zu hoffen, verurteilt hingegen die Massen dazu, wie gebannt auf die Streitereien und Packeleien der diversen bürgerlichen Kräfte zu blicken und abzuwarten, was der kapitalistische Staat von sich aus hergibt. Eine solche Politik zielt auf Hoffen und Vertrauen in den Staat ab, nicht auf das Mißtrauen und die Feindseligkeit gegenüber diesem Staat.

Unter der Losung einer "Milderung der Lohnsteuerprogression" für den normalen Arbeiterlohn, wie sie von ÖVP, SPÖ und KPÖ in dieser oder jener Art propagiert wird, läßt sich die Empörung der Massen nicht zusammenfassen und der Kampf nicht organisieren.

Mindestens 10.000,- im Monat steuerfrei!

Das ist dieeinzige und rich-

tige Forderung, um der Ausplünderung der Massen durch die progressive Lohnsteuer entgegenzutreten. Diese Forderung müssen die klassenbewußten und kampfbereiten Arbeiter und anderen Werktätigen heute dem Lohnsteuerraub und der bürgerlichen Lohnsteuerreformdemagogie entgegenstellen. Zur Durchsetzung dieser Forderung gilt es Kräfte zu sammeln. Nur wenn die Empörung der Massen in dieser Richtung organisiert wird, nur wenn Kurs genommen wird auf das Vertrauen in die eigene Kraft und auf den Kampf, statt auf Vertrauen in den bürgerlichen Staat - nur dann kann auch heute schon auf Regierung, Verbände und Parteien ein wirksamer Druck ausgeübt werden, denn vor dem selbständigen Kampf der Arbeiter und Volksmassen haben sie die größte Angst.

Die Forderung: 10.000,- im Monat steuerfrei! zielt darüberhinaus auch darauf ab, daß der bürgerliche Staat nicht durch die Ausplünderung des Volkes finanziert wird, sondern ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft der besitzenden Klassen und Schichten, deren Interessen er vertritt und deren politische Agentur dieser Staatsapparat ist.

Weg mit allen indirekten Steuern!

Die Forderung nach einem steuerfreien Mindestlohn von 10.000,- ist nicht nur das einzig Wirksame gegen den Lohnsteuerdruck, sondern zugleich ein Schritt auf dem Weg zur Beseitigung der Steuerausplünderung der werktätigen Massen überhaupt. Dieser Weg wird vorgezeichnet durch die Losungen der Kommunisten:

- Abschaffung aller indirekten Steuern!
- Bestreitung aller Staatsausgaben, soweit sie durch Steuern gedeckt werden, ausschließlich aus der progressiven Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft!

Mit diesen Losungen muß die Forderung: 10.000,- im Monat steuerfrei! verbunden werden!

Die Lohnsteuerreform der bürgerlichen Parteien geht Hand in Hand mit der höheren Belastung der Massen durch indirekte Steuern. Die Mehrwertsteuer schnellt seit ihrer Einführung sprunghaft in die Höhe und soll (laut Budgetvoranschlag) heuer um mehr als 50 % höher liegen als im Vorjahr. Neue indirekte Steuern werden laufend eingeführt. So z.B. die Zigarettensteuer, die die Zigaretten um 1 bis 2 Schilling verteuern wird, oder die Einbeziehung von Bier in die Getränkesteuer usw.! Die indirekten Steuern machen einen immer größeren Teil von dem aus, was den Massen an Steuern abgepreßt wird. Allein an Mehrwertsteuer kassiert der Staat doppelt so viel wie an Lohnsteuer. Davon redet weder die ÖVP noch die SPÖ. Daß die bürgerlichen Politiker von den indirekten Steuern kein Wort erwähnen, entlarvt sie deutlich als Demagogen und Volksfeinde.

GEGEN DEN LOHNSTEUERRAUB!
VERSAMMLUNG DES KB WIEN
Freitag, 26. April, 19.30 Uhr, Festsaal des Bayrischen Hof, Wien II, Taborstraße 39

Die Arbeiterklasse und das Volk müssen, wenn sie der Steuerausplünderung entgegentreten wollen, auch den Kampf gegen die indirekten Massensteuern führen. Sie haben kein Interesse daran, daß ein Staatsapparat, der ausschließlich im Interesse der herrschenden Klasse liegt und auf den die Arbeiterklasse und das Volk nicht den geringsten Einfluß haben, mit Geldern finanziert wird, die ihnen direkt oder indirekt aus der Tasche gezogen werden. Die Massen haben kein Interesse an dem aufgeblähten Verwaltungsapparat, der für sie Rechtlosigkeit, Schikanen, Bürokratismus und Unterdrückung bedeutet. Die Massen haben kein Interesse am Ausbau von Militär und Polizei, damit diese für den "Einsatz nach innen" funktionstüchtiger werden. Die Massen haben kein Interesse daran, daß den Kapitalisten Millionen um Millionen Steuergeschenke und Subventionen in den Rachen geworfen werden. Die Massen haben kein Interesse daran, daß die Regierungsmitglieder einen Jahresverdienst von über 1 Million Schilling haben und sich gerade wieder 7.200,- Schilling "Teuerungsabgeltung" bewilligt haben. Dieser Staat ist ein Staat der Kapitalisten, aber er schmarotzt auf dem Rücken des Volkes und plündert es aus.

Damit mit der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung Schluß gemacht wird, muß die Arbeiterklasse die Herrschaft der Bourgeoisie abschütteln und zu diesem Zweck vor allem anderen ihren Staatsapparat zerschlagen und selber die politische Macht ergreifen. Solange die Arbeiterklasse noch nicht genügend Kräfte gesammelt hat, um zum Entscheidungskampf gegen die Bourgeoisie um die politische Macht anzutreten, solange daher die Existenz des kapitalistischen Staates eine Tatsache ist, muß der Kampf unter anderem darum gehen, daß dieser feindliche Verwaltungs- und Unterdrückungsapparat nicht auch noch von den Massen finanziert wird. Die Arbeiterklasse produziert alle Werte und allen Reichtum der Gesellschaft, aber die Kapitalisten, die über die Produktionsmittel verfügen, eignen sich einen Großteil dieses Reichtums an. Solange der Kapitalismus besteht, wird das nicht anders sein. Aber solange er besteht, soll der Staatsapparat zumindest aus den Profiten der Unternehmer und nicht aus dem Teil ihres Produkts finanziert werden, den die Arbeiter als Lohn bekommen. Deshalb fordern die Kommunisten über die Forderung nach 10.000,- im Monat steuerfrei! hinausgehend:

ABSCHAFFUNG ALLER INDIREKTEN STEUERN!

BESTREITUNG ALLER ÖFFENTLICHEN AUSGABEN, SOWEIT SIE DURCH STEUERN GEDECKT WERDEN, AUSSCHLIESSLICH AUS DER PROGRESSIVEN BESTEUERUNG VON EINKOMMEN, VERMÖGEN UND ERBSCHAFT!

Unter diesen Losungen kann die Arbeiterklasse den Kampf gegen das bestehende Steuersystem und den bürgerlichen Staat führen mit dem Ziel, die herrschende Klasse zu stürzen und selber die Macht zu ergreifen. Unter diesen Forderungen kann die Empörung über den Steuerraub zu wirklichen politischen Kämpfen werden, in denen die Arbeiterklasse das ganze werktätige Volk um sich sammelt für den Kampf um den Sturz der Ausbeuterordnung und für den Sieg des Sozialismus

W.L.

KOREANISCHE VOLKSDEMOKRATISCHE REPUBLIK

Alle Steuern abgeschafft

Ab 1. April zahlen die Volksmassen im Norden Koreas keine Steuern mehr. Am 1. März sind die Preise für alle Konsumgüter um durchschnittlich 30 % gesenkt worden. Für eine Wohnungsmiete zahlt man nicht viel mehr als für eine Mahlzeit. Damit hat sich das Realeinkommen der Arbeiter seit 1970 um 150 % und das der Bauern um 160 % erhöht. Bei uns in Österreich oder in Europa ist so etwas unvorstellbar. Da geht nicht nur jede Lohnerhöhung sofort durch eine Fülle von Preissteigerungen drauf, die Steuerausplünderung durch den Staat frißt zusätzlich einen immer größeren Teil vom Lohn weg.

Im Norden Koreas wurden sofort nach der Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse alle indirekten Steuern abgeschafft und ein Steuersystem eingeführt, das ausschließlich auf der progressiven Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft beruht. An die Stelle der Pachtsteuer, die die Bauern vor der Befreiung zu zahlen hatten und die oft bis zu 75 % des Ertrags ausmachte, kam eine 25 %ige Naturalsteuer. Diese Naturalsteuer wurde 1966 abgeschafft. Die vorhandenen direkten

Steuern, vor allem die progressive Einkommenssteuer, wurden vom sozialistischen Staat politisch im Sinn der Arbeiterklasse und des Volkes eingesetzt und dienten in den ersten Jahren des sozialistischen Aufbaus dazu, um große Einkommensunterschiede zu verringern. In den letzten Jahren wurden die unteren Lohngruppen abgeschafft, die mittleren angehoben und heute gibt es keine großen Unterschiede im Lebensstandard mehr.

Gleichzeitig wurden in den letzten Jahren die Staatsausgaben stark erhöht, wobei 1973 nur mehr 2 % der Staatsausgaben durch Steuern gedeckt wurden.

Erhöhung der Löhne, Senkung der Preise, Abschaffung der Steuern und Vergrößerung der Staatsausgaben zugunsten des Volkes, das sind alles Dinge, die möglich sind, weil die Produktionsmittel nicht mehr in Händen der Kapitalisten sind. Weil die Arbeiterklasse an der Macht ist, kann die Wirtschaft planmäßig organisiert werden, die Anarchie und Krisenhaftigkeit der Wirtschaft ist unbekannt und die Produktivität steigt ständig. Die Produktion wird mehr und mehr direkt gesellschaftlich organisiert, an die Stelle der Konkurrenz zwischen den einzelnen Kapitalisten und der Jagd nach Profit tritt die gemeinschaftliche Produktion und Zusammenarbeit zum Nutzen der sozialistischen Gesellschaft.

Der Staat und seine Ausgaben werden von der Arbeiterklasse und ihrer Partei beherrscht und dienen dem Volk, nicht - wie bei uns - der herrschenden Klasse, die das Volk ausbeutet und niederhält. Ein komplizierter und kostspieliger Polizei- und Militärapparat zur Niederhaltung des Volkes ist überflüssig. Die meisten Verwaltungsaufgaben, die bei uns nur von einem ungeheuren Verwaltungsapparat bewältigt werden können, werden in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik von den Volksmassen selber ausgeführt. So können die dafür erforderlichen Staatsausgaben drastisch reduziert werden. Weil die Arbeiterklasse die Staatsmacht in der Hand hat, ist es möglich, die Produktion planmäßig zu organisieren und ständig zu steigern. Dadurch können die Löhne angehoben, die Preise gesenkt und die Staatsausgaben im Interesse des Volkes laufend erhöht werden.

M.T.

Milchpreiserhöhung: Die Kapitalisten plündern die Bauern und das Volk aus

Jede Verteuerung der landwirtschaftlichen Produkte wird in der Folge von den Kapitalisten für eine Verteuerung von Grundnahrungsmitteln bewirkt. Nach der Erhöhung des Produzentenpreises von Milch um 30g steigt der Verbraucherpreis um 80g auf 6 - 6,20. In Verbindung damit werden die Preise für Butter, Käse und zirca 100 weitere Milchprodukte in die Höhe schnellen.

Wer profitiert von der Milchpreiserhöhung

Der Produktionspreis wurde um 30g erhöht. Aber die Bauern erhalten diese 30g nicht, denn die Hälfte davon kassieren die Genossenschaften. Die Molkereikapitalisten zahlen an die Bauern ganze 2,23S, denn von den 2,75 - 2,95S, die die Bauern insgesamt für einen Liter Milch bekommen, zahlt der Staat als Stützung noch 52g. Der Preis in den Geschäften aber ist um 170% höher. In diesen 170% stekken die Profite der Molkereikapitalisten.

Sind die Arbeiter schuld?

"In dem neuen Endpreis"- behaupten die Molkereikapitalisten -"müssen auch gleich die neuen Molkereiarbeiterlöhne, die gestiegenen Transportkosten und die Sachkostensteigerungen der Molkereien untergebracht werden".

Damit wollen sie einmal die berechtigten Lohnforderungen der Molkereiarbeiter für die Teuerung verantwortlich machen und andererseits verschleiern, daß sie ihre Investitionen, ihre Rationalisierungsmaßnahmen, die die Arbeitshetze steigern und die Profitabilität erhöhen, unter dem Titel "Kostensteigerungen" auf das ganze Volk abwälzen.

Aber diese Taktik ist nicht neu. Durch die geschickte Koppelung von Preisanträgen für Lebensmittel und Lohnverhandlungen versuchen die Kapitalisten immer wieder, den Lohnforderungen der Arbeiter die Schuld an den Preiserhöhungen zu geben. Das geht so weit, daß sie bei der Lohnrunde der Bäckereiarbeiter im Oktober 73 die Arbeiter auf die positive Erledigung ihrer Preisanträge vertrösteten. Durch solche Vorgangsweisen soll das Volk gespalten werden: Die Arbeiter der entsprechenden Branche sollen an Preiserhöhungen interessiert werden; die übrige Bevölkerung soll gegen die Lohnforderungen dieser Arbeiter aufgebracht werden.

Aber dürfen sich die verschiedenen Gruppen der Lebensmittelarbeiter durch diese Taktik der Kapitalisten von Lohnforderungen und von Kampfmaßnahmen abhalten lassen? Auf keinen Fall. Sie besitzen - wie die ganze Arbeiterklasse im Kapitalismus nichts als ihre Arbeitskraft, von deren Verkauf sie leben müssen. Und ein Verzicht auf den Kampf um einen höheren Preis für diese Arbeitskraft bedeutet für sie - wie für die ganze Arbeiterklasse - eine Verschlechterung ihres Lebensstandards. Sie werden von jeder Preiserhöhung genauso getroffen und müssen sich gegen jede Preiserhöhung genauso wehren: durch den Kampf um höhere Löhne. Sie handeln nicht dadurch in ihrem Klasseninteresse, daß sie auf höhere Löhne verzichten, sondern daß sie ohne Rücksicht auf die Kapitalisten ihre Interessen durchsetzen.

Sind die Kleinbauern schuld ?

Die Kleinbauern und Mittelbauern sind in den letzten Monaten durch die Preistreiberei bei Kunstdünger, Treibstoff, Saatgut usw. stark unter Druck geraten.

Die Genossenschaften - ursprünglich ein Instrument der Bauern, um durch Zusammenarbeit die Kosten für den einzelnen zu senken - sind völlig in der Hand der Raiffeisenkapitalisten und heute das Hauptinstrument zur Ausplünderung der Bauern.

Die Kleinbauern können z.B. ihre Milch nur an die "Genossenschaften" liefern, die gleichsam ein Monopol auf die Verwertung haben. Dort bekommen sie Niedrigstpreise für ihre Produkte, bezahlen aber für alle Waren, die sie über die "Genossenschaft" beziehen müssen, Höchstpreise.

Die Kapitalisten der Raiffeisenverbände haben so mit den "Genossenschaften" ein doppelt wirksames Instrument zur Ausplünderung der Kleinbauern in der Hand.

Die Agrarkapitalisten kontrollieren aber auch politisch alle Bauernverbände und geben sich dort als Interessenvertreter der Kleinbauern aus. Was sie mit der Regierung aushandeln, bringt ihnen selbst Extraprofite, den Kleinbauern fast nichts, denn die 15g, die sie für den Liter Milch jetzt mehr bekommen, ändert nichts an ihrer Ausplünderung über die Genossenschaften.

Die einzige Perspektive, die die Bauern haben, um ihre Lage tatsächlich zu verbessern, ist, die ständische Gemeinschaft mit den Agrarkapitalisten zu sprengen und sich dem Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kaptialisten anzuschließen und alle Versuche abzuwehren, die darauf hinauslaufen, die Kleinbauern gegen die Arbeiterschaft und gegen die anderen Teile des Volkes auszuspielen.

Kleinbauern und Arbeiter haben gemeinsame Feinde

Nicht die Kleinbauern oder die Molkereiarbeiter sind schuld an der zunehmenden Ausplünderung auf dem Markt für Milch und Milchprodukte, sondern einzig und allein der gemeinsame Feind sowohl der Bauern und der Molkereiarbeiter als auch des ganzen Volkes: die Kapitalisten und das ganze kapitalistische System.

Demonstration gegen Propaganda für portugiesische Kolonialisten

Immer mehr Menschen sind mit der Unterstützung des portugiesischen Kolonialismus durch die österreichische Bundesregierung unzufrieden. Das zeigte sich deutlich anläßlich einer Propagandaveranstaltung am 4.April im Österreichischen Kulturinstitut, bei der ein Vertreter des portugiesischen Außenamtes den verbrecherischen Kolonialkrieg Portugals in Angola, Mozambique und in der Republik Guinea-Bissau zu rechtfertigen versuchte. Über 600 Menschen verliehen auf einer Demonstration mit anschließender Kundgebung vor dem österreichischen Kulturinstitut, zu der der Kommunistische Bund Wien sowie das Komitee Südliches Afrika - Wien aufgerufen hatten, ihrer Empörung über diese Veranstaltung Ausdruck. Sie verabschiedeten eine Resolution an die österreichische Bundesregierung, in der sie gegen die kolonialistische Propaganda in Österreich protestierten und den Abbruch aller politischen, wirtschaftlichen, diplomatischen und kulturellen Beziehungen zum portugiesischen Regime forderten, weil der Staat Portugal auf Kolonialismus beruht. Mit aller Entschiedenheit verlangten sie von der österreichischen Bundesregierung die sofortige und bedingungslose Anerkennung der unabhängigen Republik Guinea-Bissau.

Demonstration gegen portugiesischen Kolonialismus



„Wir stinken zwar, aber wir sind nicht giftig."

Vor ungefähr drei Wochen fand in Schwaz (Tirol) eine "Umweltverschmutzungsdiskussion", veranstaltet vom Chef des größten Betriebes im Ort, dem Schleifmittelwerk "Tyrolit", und unter Anwesenheit von Vertretern aller bürgerlichen Parteien statt. Diese Veranstaltung sollte wieder einmal dokumentieren, wieviel die Kapitalisten und ihr Politikerpack für den Umweltschutz übrig haben.
Aber der Schuß ging nach hinten los. Als ein Bewohner der sogenannten Swarowski-Siedlung, die nur ca.20 Meter vom Werk entfernt liegt, die anwesenden Herrschaften fragte, ob es nicht besser sei, endlich mit der ganzen Rederei von Umweltschutz aufzuhören und sich endlich einmal darum zu kümmern, daß die neben dem TYROLIT-Werk Wohnenden nicht immer den Naphtalin-Gestank der Fabrik in der Kleidern hätten, wußte Direktor Waizer nichts anderes zu erwidern, als daß das Werk zwar stinke, aber die Leute froh sein sollten, daß die Dämpfe, die die Luft verpesten, nicht auch noch giftig seien.
Und außerdem sei ihm vom Gemeinderat versichert worden, daß das Gelände, auf dem das Werk gebaut wurde, Industriegrund sei und er darauf "stinken, lärmen und rauchen" könne, soviel er wolle. Daraufhin begann eine erregte Diskussion unter den Zuhörern, die sich diese freche Antwort nicht gefallen lassen wollten.

Als die anwesenden Kapitalisten und "Volksvertreter" merkten, daß die Diskussion eine für sie gefährliche Richtung annahm, als einige anwesende Kollegen "peinliche" Fragen zu stellen begannen (z.B. ob das ganze Umweltschutzproblem nicht vielleicht am Kapitalismus selbst liege), beeilten sich die feinen Herrschaften ganz plötzlich, die Veranstaltung abzubrechen.
Dieser Abend war sicherlich ein Erfolg, aber nicht für die Kapitalisten, sondern für die Werktätigen, die im Laufe der Diskussion ganz klar erkannten, daß es dem Veranstalter nicht darum ging, wirklich etwas für den Umweltschutz zu tun, und daß die Kapitalisten trotz aller Schönrederei sich niemals ändern werden.

Gruppe Arbeitersache / Schwaz an den Klassenkampf

Ein falscher Weg gegen Teuerung und Steuerraub

Am 2. April führte die KPÖ eine Demonstration gegen die Teuerung und den Steuerraub durch, die unter folgenden Hauptlosungen stand: Preisstopp, Vorziehen der Lohnrunde, Senkung der Lohnsteuerprogression und eine Vorleistung auf die Lohnsteuerreform in der Höhe von 1200 Schilling. Wochen zuvor hatte die KPÖ in den Betrieben, in denen sie die Mehrheit hat, von den Betriebsräten Resolutionen mit dem gleichen Inhalt verabschieden lassen. Der Protest und die Empörung über die Preissteigerungen und die Steuerauspressung ist in der Tat äußerst groß, aber die Forderungen der KPÖ, die an diesem Unmut anknüpfen, sind nicht die Forderungen der Massen und unter ihnen läßt sich auch keine breite Bewegung organisieren.

Die Forderung nach Vorziehen der Lohnrunde bindet die Massen an die bürgerliche Gewerkschaftsführung und macht alles von ihr und nicht vom Kampf der Massen abhängig. Diese Forderung lenkt ab vom einzigen Weg, der heute im Kampf um Lohnerhöhungen gangbar ist und der allein auch auf die Gewerkschaftsführung Einfluß ausüben kann: der selbständige Lohnkampf im Betrieb. Ein Erfolg im Kampf um die Steuerausplünderung ist ebenfalls nur möglich, wenn das Volk sich unter einheitlichen Steuerforderungen zusammenschließt. Das geht aber nicht unter der Forderung nach einer Lohnsteuerreform, die nicht davon ausgeht, daß der Lohn eines Arbeiters nicht besteuert werden darf. Für so eine Forderung lohnt es sich nicht, auf die Straße zu gehen, weil bei der nächsten Lohnerhöhung von der Lohnsteuerreform nichts mehr zu spüren ist.

Ein erfolgreicher Kampf kann nicht geführt werden, wenn statt in die Kraft der Massen zu vertrauen, auf die Klassenversöhnler und auf Zugeständnisse der Regierung gesetzt wird. Genau das macht aber die KPÖ: ihre "realistischen" Forderungen sind genau darauf zugeschnitten, der Regierung bei einigem "Druck" Zugeständnisse abzuringen. Da aber die Regierung im Unterschied zur KPÖ sich keine Illusionen über den Druck macht, der hinter den KPÖ-Forderungen steht, sah sie auch keinen Grund, irgendwie darauf zu reagieren. Gefährlicher ist

ihr da schon die ÖVP, die aus dem Unmut und der Empörung der Massen durch soziale Demagogie Kapital schlagen und der Regierung das Wasser abgraben will.

Die Lohnabhängigen können eine Verbesserung ihrer Lage nur erreichen, wenn sie auf die eigene Kraft vertrauen und den Kampf gegen die Kapitalisten und ihren Staat führen. Bei Appellen an die herrschende Klasse wie die KPÖ sie macht, schaut für sie nichts raus. Die Forderungen der KPÖ sind nur eine Sackgasse, die größere Unklarheit schaffen und die Massen vom Kampf abhalten. ●



Die Forderung nach Vorziehung der Lohnrunde bringt uns im Kampf gegen den Lohnraub nicht weiter

Auszüge aus einem Flugblatt des KB Wien zu der KPÖ-Demonstration am 2.4.74

Die Empörung der Arbeiter und Angestellten über die ungeheuren Preissteigerungen, die seit dem letzten Oktober mehr als 800 Schilling vom Lohn weggefressen haben, steigt ständig. Immer häufiger nehmen sie in den Betrieben den Kampf um Lohnerhöhungen auf.

Dem Lohnraub können wir nur entgegentreten, wenn wir in den Betrieben den Kampf um ausreichende, einheitliche Lohnerhöhungen aufnehmen. Dabei können wir auf die Unterstützung unserer Gewerkschaft nicht hoffen. Die gegenwärtige ÖGB-Führung hat durch ihre Politik eindeutig bewiesen, daß sie gar nicht daran denkt, die Arbeiter und Angestellten gegen den Lohnraub in den Kampf zu führen. Wo immer die Arbeiter den Kampf selbst aufnehmen, fällt sie ihnen in den Rücken und versucht mit allen Mitteln, den Kampf abzuwürgen.

Das ist nur die konsequente Fortsetzung einer Politik, die nicht von der Durchsetzung der Interessen der Arbeiter und Angestellten ausgeht, sondern davon, was den Kapitalisten am wenigsten wehtut und das gute Einvernehmen mit den Kapitalisten nicht stört.

Und dieser Gewerkschaftsführung sollen wir die Durchsetzung unserer Lohnforderungen überlassen? An diese Gewerkschaftsführung sollen wir appellieren, die Lohnrunden vorzuziehen? Wir brauchen nur an die letzte Lohnrunde denken, um zu sehen, daß auf der Grundlage der Klassenversöhnlerei, von der die ÖGB-Führer bei ihren Lohnverhandlungen ausgehen, kein ausreichender Lohn erkämpft werden kann.

Wir selbst müssen den Kampf um unsere Lohnforderungen aufnehmen, in jeder Abteilung, in jedem Betrieb. Das wird auch die ÖGB-Führer dazu zwingen, Lohnverhandlungen aufzunehmen, um nicht jeden Einfluß auf die Arbeiterschaft zu verlieren. Nur das Vorantreiben des selbständigen Kampfes im Betrieb ermöglicht, daß der Einfluß der Klassenversöhnler in der Gewerkschaft zurückgedrängt wird und daß die Gewerkschaften zu Kampforganisationen zur Durchsetzung unserer Interessen gegen die Kapitalisten werden. Appelle wie die, die die KPÖ an die ÖGB-Führung richtet, lassen diese kalt und bringen uns einem ausreichendem Lohn keinen Schritt näher. Warum organisieren die Betriebsräte , die zur heutigen Demonstration aufgerufen haben, nicht den Kampf in ihren Betrieben um Lohnforderungen, die den Lohnraub der letzten Monate wettmachen? Damit hätten sie ihren Kollegen sicher einen besseren Dienst erwiesen.

Nehmen wir den Kampf auf im Betrieb und auf der Strasse um unsere eigenen Forderungen und ausgehend von unseren Interessen! Nur wenn wir auf unsere eigene Kraft vertrauen und nicht auf das Wohlwollen von bürgerlichen Parteien und klassenversöhnlerischen Gewerkschaften, können wir dem Lohnraub und der Steuerausplünderung wirksam entgegentreten! ●

Austrittserklärung von ehemaligen Mitgliedern der KPÖ

BEKÄMPFT DEN REFORMISMUS UND REVISIONISMUS IN DER ARBEITERBEWEGUNG

Wie auch andere fortschrittliche Menschen sind wir in den letzten Jahren Mitglieder der KPÖ und ihrer Unterorganisationen geworden, die sich gerne als einzig revolutionäre Kraft in Österreich, als einzige konsequente Bewegung im Interesse der österreichischen Arbeiterklasse bezeichnen. Die Funktion der Kommunisten ist es, die Arbeiter im Klassenkampf anzuleiten, die Kämpfe der Arbeiterklasse zu initiieren, sich in diesen Kämpfen an die Spitze zu stellen, um ihnen die richtige Richtung zu geben. Die Funktion der Kommunisten ist es, in diesen Kämpfen die Arbeiterklasse zum Kampf gegen das kapitalistische System aufzurufen, die Arbeiterklasse in den Kampf gegen die Herrschaft der Kapitalisten zu führen, die Arbeiterklasse auf den Kampf um die Machtübernahme vorzubereiten.

Entsprechend diesen Aufgaben versuchten wir die Politik der KPÖ und ihrer Organisationen, vor allem der Jugendorganisation KJÖ mitzubestimmen. Dem stand jedoch die revisionistische Linie der KPÖ-Führer gegenüber, die den Klassenkampf zur Gänze aufgegeben haben und ihn durch bürgerliche Gremienpolitik ersetzen. Für sie genügt es, wenn sich möglichst viele Menschen hinter die KPÖ stellen, um dadurch in die bürgerlichen Gremien von Gemeinderat bis zum Parlament zu kommen und dort ihre "Oppositionspolitik" zu machen. Dem Kampf der Arbeiterklasse um ihre Interessen, dem Kampf des Volkes um demokratische Forderungen stellen die KPÖ-Führer die Erzielung von möglichst vielen Posten in Gewerkschaft und Parlament, den Parlamentarismus, gegenüber.
Durch die Unterdrückung unserer Kritik an dieser durch und durch bürgerlichen Linie mußten wir erkennen, daß es für die einfachen Mitglieder nicht möglich ist, diese politische Linie zu ändern. Die KPÖ-Politik wird ausschließlich von der Führung, von bezahlten Funktionären, die sich materiell völlig von der Arbeiterklasse losgelöst haben, gemacht. Versuche von Genossen, die sich mit dieser Situation nicht abfinden wollten, die bürgerliche Linie der KPÖ zu ändern, die KPÖ wieder zu einer revolutionären Partei zu machen, wurden mit Ausschlußandrohungen und Ausschlüßen beantwortet. Versuche, die Politik der Sowjetunion und der andern Ostblockländer zu kritisieren, die mit dem Marxismus-Leninismus und mit proletarischem Internationalismus nichts mehr zu tun haben, werden von der KPÖ-Führung damit abgetan, daß derjenige, der die "kommunistische" Sowjetunion kritisiere, eben kein Kommunist sein kann.

Genossen, die nicht blind und bedenkenlos jeden

Schritt der SU unterstützen wollen, werden als Antikommunisten diffamiert. Diese Praxis der KPÖ-Führer, jede revolutionäre Meinung rücksichtslos zu unterdrücken, hat schon seit langem dazu geführt, daß die meisten KPÖ-Mitglieder resigniert haben, sich von der politischen Arbeit zurückgezogen haben oder sich nur mehr passiv beteiligen, hat dazu geführt, daß viele Menschen, die gewillt waren, revolutionäre Arbeit zu leisten, das heute nicht mehr tun.

Am 22. Parteitag der KPÖ im Jänner wurde die revisionistische Politik, die die Führung schon lange betrieben hatte, zum Programm der gesamten Partei gemacht.

Im neuen Programm wird der Verzicht auf das Ziel des Sozialismus und des Kommunismus erstmals offen ausgesprochen.
Statt Sozialismus, der Diktatur des Proletariats gegenüber den Ausbeutern und statt einer breitesten Demokratie für das Volk, will die KPÖ nun eine "antimonopolistische Demokratie" erkämpfen, die sich vom heutigen Kapitalismus nur dadurch unterscheidet, daß einige KPÖ-Führer in der bürgerlichen Regierung sitzen.

Diese durch und durch bürgerliche Ausrichtung der KPÖ hat natürlich auch zur Konsequenz, daß die KPÖ den gegenwärtigen Klassenkämpfen in Österreich keinerlei revolutionäre Perspektive weisen kann.

Die aktuelle Situation in Österreich ist gekennzeichnet durch die politische und wirtschaftliche Krise des Imperialismus, die auch Österreich erfaßt hat. Dies bedeutet für die Arbeiterklasse und große Teile des gesamten Volkes eine unmittelbare Verschlechterung ihrer gesamten Lage. Vor allem durch Steigerung der Ausbeutung und Ausplünderung durch die Kapitalisten und ihren Staat. Die kapitalistische Lohnraubpolitik wird unvermindert weitergeführt, geht oft schon bis zur direkten Lohnsenkung. Die Arbeitsplätze sind mehr und mehr gefährdet, Überstundenstreichung und Zwangsurlaub sind keine Seltenheit mehr. In dieser Situation entwickelt die KPÖ-Führung allerlei Rezepte, wie dem Kapitalismus zu helfen sei. Sie fordert die Regierung auf, durch aktive Lohnpolitik die Massenkaufkraft zu heben, rät den Kapitalisten, den Osthandel auszubauen, und wirft der SPÖ-Regierung vor, nicht zu wissen, wie die Krise zu verhindern sei.
Statt vor den Massen das Wesen der kapitalistischen Krise - nämlich ihre Unvermeidbarkeit im Kapitalismus - zu enthüllen, tut sie alles, um den Charakter der Krise zu verschleiern.

Die immer stärker werdende Unzufriedenheit der Massen mit ihrer Lage kanalisieren die KPÖ-Führer, indem sie eine zutiefst bürgerliche Bewegung, die von der Regierung eine Lohnsteuerreform und von der ÖGB-Führung eine Vorziehung der Lohnrunde fordert, unterstützen oder selbst initiieren. Statt die Massen anzuleiten, alle "gemeinsamen" Interessen mit den Kapitalisten abzulehnen, sich nur von den eigenen Interessen leiten zu lassen, Kämpfe um die Verbesserung ihrer Lage zu führen und sich dabei nur der eigenen Kraft zu bedienen, leistet sie den Kapitalisten Hilfe bei deren Versuchen, die Kampfbereitschaft der Massen einzudämmen. Statt die Klassenversöhnler in der ÖGB-Spitze als Haupthindernis für den Klassenkampf zu entlarven, richten sie alle Hoffnungen der Arbeiter auf den ÖGB, schüren sie das Vertrauen der Arbeiter, die ÖGB-Spitze nehme ihre Interessen wahr, anstatt es zu zerstören. Statt das Wesen des bürgerlichen Staates, der Regierung zu enthüllen, machen sie den Massen vor, das von der Regierung Reformen, die zur Verbesserung der Lage führen sollen, zu erwarten sind. Die KPÖ-Führer sind nicht gewillt, die Arbeiterklasse in den Kampf gegen den Angriff auf ihre Interessen zu führen.

Mit dieser Politik, die auf dem 22. Parteitag der KPÖ auf allen Ebenen gefestigt wurde, die statt die Arbeiterklasse vom bürgerlichen Einfluß loszureißen, sie noch mehr an die Sozialpartnerschaftsideologie fesselt, die statt die Arbeiterklasse im Kampf zu mobilisieren ihr Vertrauen in den bürgerlichen Staat und die bürgerliche Gewerkschaftsspitze verstärkt, die statt das Ende des kapitalistischen Systems bloß noch die "Verbesserung" des Kapitalismus propagiert, die statt der Diktatur des Proletariats und der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates eine "antimonopolistische Demokratie" und damit statt des Sozialismus den Kapitalismus propagiert, hat die KPÖ aufgehört, eine kommunistische Partei zu sein, haben ihre Organisationen keinen kommunistischen Charakter mehr.

Darum erklären die Untengenannten den Austritt aus der KPÖ und ihren jeweiligen Organisationen.

G.F., N.F., I.K., W.M., H.R., E.Z.

KAMPF DEM REFORMISMUS UND REVISIONISMUS IN DER ARBEITERBEWEGUNG !

DER ANTIREFORMISTISCHE KAMPF IN DER KPÖ IST DER FALSCHE WEG !

ORGANISIERT EUCH IM KOMMUNISTISCHEN BUND !

FÜR DEN AUFBAU EINER NEUEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI!

VORWÄRTS IM KAMPF FÜR DIE RECHTE DER ARBEITERKLASSE UND DES VOLKES! VORWÄRTS IM KAMPF UM DEN SIEG DES SOZIALISMUS !

Akkordhetze treibt Arbeiterin zum Selbstmordversuch

Am 21. März versuchte eine junge Akkordarbeiterin aus Niederösterreich, sich und ihre zwei Kinder umzubringen. Nach dem plötzlichen Tod ihres Mannes im vergangenen Jahr hatte die Frau für ihren Lebensunterhalt und den ihrer Kinder alleine aufzukommen. Eine große finanzielle Belastung war eine Schuld von 50.000.- Schilling, die durch den Bau eines kleinen Hauses entstanden war. Um all diesen finanziellen Verpflichtungen halbwegs nachkommen zu können, war die Frau sehr bald gezwungen, im Akkord zu arbeiten.

Akkord ist Mord

Der Akkord ist eine Arbeit, die aus den Menschen das letzte herauspreßt, eine Arbeit, die den Menschen körperlich und nervlich völlig zugrunderichtet. Besonders Arbeiterfrauen sind gezwungen, im Akkord zu arbeiten, da sie nur bei dieser Arbeit auf einen Lohn kommen, der mehr schlecht als recht zum Leben reicht.
Doch Akkordarbeit bedeutet: Magengeschwüre, Kreislaufstörungen, Rückgratverkrümmungen. Auf die Dauer halten die Arbeiterinnen den Akkord ohne gesundheitliche Schäden nicht durch.

Die wahren Ursachen

Um die Anfahrtszeit zu Siemens in Zistersdorf, wo die Frau beschäftigt war, zu verkürzen, entschloß sie sich vor einiger Zeit, den Führerschein zu erwerben. Dieser zusätzlichen finanziellen und nervlichen Belastung war die Frau nicht mehr gewachsen. Für ihre Kinder sah sie keine Zukunft. Ihr selbst schien ihr Leben nicht mehr lebenswert. So versuchte sie, sich und ihre Kinder umzubringen. Ein Fall von vielen in Österreich, ein im Kapitalismus bald schon alltägliches Ereignis. Und wieder werden sich die Herren bürgerlichen Psychologen fragen, wie so etwas möglich ist. Wieder werden sie die bekannten Fakten, die unmittelbaren Erscheinungen dieses Falles als Grund der Verzweiflungstat hinstellen, ohne jeglichen Gesamtzusammenhang.
Die zuständigen Herrn der Ministerien sollten einmal in eine Fabrikshalle gehen, in der im Akkord gearbeitet wird. Sie sollen sich in den Arbeitervierteln umsehen und dort nach ihrer "Lebensqualität" suchen, von der sie immer schwätzen. Dann werden sie die wahren Ursachen für die hohen Selbstmordraten kennenlernen. Ein System, dem es nicht um das Wohlergehen des Menschen geht, sondern ausschließlich um den Profit, kann nicht durch ein paar Psychologen verändert werden, sondern nur durch die Arbeiterschaft selbst, die es zerschlagen und ihre eigene Ordnung aufbauen wird.

A.F.

Ärzte gegen SP-Regierung

Die Lohnabhängigen müssen die Verwaltung des Gesundheitswesens selbst in die Hand nehmen!

Am 5.April traten die Ärzte in einen eintägigen Streik. Der Ordinations- und Spitalsdienst wurde eingestellt, und nur ein Notdienst blieb aufrecht. Die Ärzte wollen mit diesem Streik verhindern, daß ihnen die neuen Einnahmsquellen, die sie sich durch die"Gesundenuntersuchungen" erhoffen, auch nur teilweise entzogen werden könnten. Das heißt, sie wollen vor allem verhindern, daß die Spitals-Ambulanzen das Recht erhalten, auch Untersuchungen durchzuführen.

Die SP-Regierung wird nämlich ein neues Krankenanstaltsgesetz beschließen,das den Einfluß des Staates auf das Gesundheitswesen verstärken soll. Der Arbeitsbereich der Ambulatorien soll deshalb bedeutend ausgeweitet werden.

Die Arbeiterklasse und alle anderen Lohnabhängigen können aber von diesen Maßnahmen keine auch nur irgendwie wesentlichen Verbesserungen der katastrophalen Zustände im Gesundheitswesen erwarten.Die Versuche der SP, das Gesundheitswesen in Richtung Verstaatlichung zu reformieren, werden der Verschlechterung des Gesundheitszustands breiter Teile der Bevölkerung keinen Einhalt gebieten. Nur durch den Aufbau eines Gesundheitswesens, das von gewählten Vertretern der Lohnabhängigen verwaltet wird, nur dadurch, daß die Arbeiterklasse und das V olk gegen die Bourgeoisie und ihren Staat für ein solches Gesundheitswesen kämpfen, werden sie eine tatsächliche Verbesserung der Verhältnisse in den Krankenhäusern,Ambulatorien und Praxen erreichen können.

Der unmittelbare Anlaß für den Streik der Ärzte - das neue Krankenhausanstaltsgesetz - wurde vom zuständigen Nationalratsausschuß schon beschlossen und soll demnächst im Parlament verabschiedet werden. Den Hauptstoß in ihrem Angriff richtet die Ärztekammer vor allem gegen die neuen "Rechte", die die Krankenhausambulanzen erhalten sollen. Bisher drohte ihnen eine Strafe von 3o.ooo.-S, falls sie Kranke, die nicht dringendst erste Hilfe brauchten, behandelten.

Nun fürchten die Ärzte, einiger ihrer einträglichen Pfründe verlustig zugehen, sie fürchten,einige ihrer einträglichen Privilegien zu verlieren. Ihre Vorstellungen sind: Nur wenn die selbständigen Ärzte "genug" Patienten haben, geben sie den Rest an die Ambulatorien und Spitäler ab. Erst sollen die eigenen Taschen voll sein, dann dürfen die Ambulanzen untersuchen.

Eine ihrer Sorgen ist, daß die neuen Einnahmequellen, die sie durch die sogenannten Gesundenuntersuchungen zu erhalten hoffen, nicht genügend ergiebig sein könnten. Seit Anfang 1974 gibt es ein neues Gesetz, laut dem alle Männer über 45 und alle Frauen über 35 das Recht besitzen, sich auch als Nichtkranke untersuchen zu lassen. Seit einigen Monaten finden nun schon Verhandlungen zwischen Ärztekammer und Krankenkassen über die Honorare statt. Die Kammer verlangt nämlich um 50 % höhere Beträge als die bei Gesundenuntersuchungen gezahlten.

	Männer	Frauen
Angebot 6.3.	140	210
Angebot 14.3.	170	250
Forderung	260	370

Das Krankenkassengesetz bietet der Regierung die Möglichkeit, einerseits unabhängig von den Verhandlungen mit den Gesundenuntersuchungen zu beginnen und andererseits damit Druck auf die Ärztekammer bei den Honorarverhandlungen auszuüben.

Die Ärztekammer versucht nun, in dieser Situation - ihre dauernden unverschämten Forderungen erregen mit Recht Empörung in breiten Teilen der Bevölkerung - auf die Situation in den Spitälern hinzuweisen, die es "ja gar nicht gestatten würde, diese zahlreichen Untersuchungen durchzuführen." In einer Situation, in der unzählige Patienten am Gang liegen, habe man gar keine Zeit für die vielen Gesunden. Und sie hat mit diesem Hinweis zweifellos recht.

Die SP-Regierung wiederum meint, daß "man den Ärzten soundso nichts wegnehmen würde, denn die Ordinationen sind ohnedies überfüllt, und wenn jetzt noch die Gesunden kommen, dann gibt es nur mehr Stehplätze in den Wartezimmern." Dieser Hinweis ist zweifellos ebenfalls richtig.

Der Grund dafür, daß bei diesem Geplänkel beide Seiten etwas Wahres sagen, liegt darin, daß die sogenannten Gesundenuntersuchungen in erster Linie eine Augenauswischerei sind. Und der über die Zustände im Gesundheitswesen empörten Bevölkerung soll vor allem einmal Sand in die Augen gestreut werden. Denn die Regierung konnte angesichts der Zustände in Ambulatorien, Ordinationen und Spitälern dieses Gesetz zu Beginn des Jahres nur deshalb beschließen, weil sie aus einem Test, der in Wien und Kärnten durchgeführt wurde, wußte, daß "trotz persönlichen Schreibens des zuständigen Ressortministers nur 9,75 % der in Frage kommenden Bevölkerung von der Untersuchungsmöglichkeit Gebrauch machten" (Die Ortskrankenkasse, 15.Jänner). Von diesen 9,75 % standen 75 % in den letzten Jahren in ärztlicher Behandlung.

Immer mehr Werktätige erkranken an den Folgen der Ausbeutung und Arbeitshetze

Der Gesundheitszustand der arbeitenden Bevölkerung hat sich in den letzten 10 Jahren in Österreich verschlechtert. So ist z.B. die Zahl der an Herzinfarkt Erkrankten in den Jahren 1960 - 71 von 8.111 auf 17.000 gestiegen, so hatten von 3000 im Rahmen eines "Vorsorgeprogramms" in Vorarlberg untersuchten "Gesunden" nur 24 % keinen krankhaften Befund. Die klarsten Anzeichen für die Verschlechterung des Gesundheitszustands aber lassen sich an den rapide gestiegenen Krankenständen ablesen. Laut einer Untersuchung von 1971 erreichten sie in diesem Jahr einen absoluten Höchststand: Die Berufstätigen waren 36 Millionen Tage im Krankenstand. (Davon waren 4,7 Millionen oder 13 % Arbeitsunfälle.)

Es ist klar, daß diese Zahlen noch gar nichts über die Zahl der tatsächlich Erkrankten aussagen. So ist bekannt, daß viele Akkordarbeiter und Akkordarbeiterinnen, die durch die einseitige Belastung während der Arbeit die verschiedensten Krankheiten bekommen, die dauernden Schmerzen, die sie haben, gar nicht mehr bemerken und sich daran gewöhnt haben, mit den Schmerzen zu leben. Nur wenn die Schmerzen unerträglich werden, wird der Arzt aufgesucht, meistens der Betriebsarzt, der dann oft gegen diese "Akkordkrankheiten" schmerzstillende Mittel verschreibt. Aber in der Krankenstandsstatistik scheinen dann diese Erkrankungen gar nicht auf.

Die Ursache dieser Entwicklung sind die dauernd steigende Arbeitshetze im Betrieb, die immer schneller laufenden Bänder, die Überstunden, die die Lohnabhängigen leisten müssen, damit ihr Lebensniveau nicht noch weiter herabgedrückt wird. Ursache ist der mörderische Akkord, der die Arbeiter zwingt, sich völlig zu ver-

ausgaben. Ursache ist das Pendlerwesen, das für viele Lohnabhängige bedeutet, 13 Stunden am Tag unterwegs zu sein.
So bewirken das in Niederösterreich weit verbreitete Pendlerwesen und die Arbeitsbedingungen, daß die Sterblichkeit in diesem Bundesland um 4 % höher ist als im österreichischen Durchschnitt und um 12 % höher als in Tirol (Wochenpresse, 30 Jänner).

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung wächst

Angesichts der steigenden Zahl von Erkrankungen, angesichts der steigenden Zahl von Arbeitsunfällen, der vielen Frühinvaliden, ist die Situation im Gesundheitswesen, die für die arbeitende Bevölkerung immer schon Bettenmangel, überfüllte Wartezimmer usw. bedeutete, vollständig unerträglich geworden. In vielen Gebieten, insbesondere am Lande, ist auch nicht mehr die minimalste gesundheitliche Versorgung gewährleistet. Aber auch in den Arbeiterbezirken der Städte schaut es nicht besser aus. So entfallen auf 10.000 Einwohner in der Großfeldsiedlung 2,3 Ärzte, im 10 und 12. Bezirk 4,6 Ärzte, hingegen im 1. Bezirk 14,3 Ärzte. Als im 12. Bezirk ein Arzt in Pension ging, wußten die 1000 Patienten, die er betreut hatte, einfach nicht, wohin sie gehen sollten. Von den Ärzten in der Nähe wurden sie wegen überfüllter Praxis abgewiesen.
In den Spitälern aber schaut die Situation nicht anders aus: Operationen während des Umbaus des Operationssaals, Schubkarren mit Sand und Kalk neben den Patienten, über die unglaublichsten Erlebnisse kann jeder, der gezwungen ist, längere Zeit im Krankenhaus zu verbringen, berichten. Die Unzufriedenheit, oft auch die Empörung über diese Zustände nimmt unter der arbeitenden Bevölkerung zu.

Aber nicht nur das: dadurch, daß ganz einfach die Wiederherstellung der Arbeitskraft, und sei sie noch so notdürftig zusammengeschustert, nicht mehr garantiert ist, erwachsen den Kapitalisten steigende Verluste. Die Ausfälle von Arbeitskräften, die steigende Anzahl der Krankenstände bereiten ihnen Kopfzerbrechen. Der Staat, der die Interessen der Kapitalistenklasse als gesamte im Auge hat, sieht sich gezwungen, etwas zu unternehmen. Das Volk soll soweit bei Gesundheit erhalten werden, daß es weiterhin arbeiten kann. Diesen Plänen steht aber das ganze System mit den Privatordinationen, der völlig unzulänglichen Verteilung der Ärztepraktiken, entgegen. Die unverschämten Honorarforderungen der Ärzte treiben die Kosten in die Höhe und trotz der steigenden Krankenkassenbeiträge konnte bei den momentan herrschenden Zuständen auch nicht einmal die notwendigste Gesundheitsversorgung erreicht werden.

Die Pläne der SP-Regierung

In dieser Situation des steigenden Unmuts beschloß die SP-Regierung Anfang des Jahres eine Reihe von Maßnahmen: Der sogenannte Gesundheitsschilling soll eingeführt werden, d.h. sämtliche Zigarettensorten werden um 1,- verteuert. Weiters änderte man das Sozialversicherungsgesetz: die Beitragssätze für Arbeiter, Angestellte und Rentner wurden zwischen 0,2 und 0,7 % angehoben und betragen jetzt: Angestellte 5,5 %, Arbeiter 7,5 % (!) und Rentner 10,5 % (!!). Außerdem werden gemäß dem neuen Gesetz die Höchstbeiträge für die Krankenkassa "automatisch" jedes Jahr angehoben. Mit all diesen Maßnahmen hofft die Regierung, genügend Geld aus den Werktätigen herauspressen zu können, um die Reformen anzugehen. Um aber diesen weiteren Angriff auf die Lebensbedingungen der Arbeiterklasse leichter durchführen zu können, wurde gleichzeitig ein riesiges Geschrei über den großen Fortschritt, der mit der Gesundenuntersuchung angeblich errungen wurde, erhoben. Bis jetzt hat allerdings noch keine <u>einzige</u> Untersuchung stattgefunden!

Eine weitere Maßnahme ist das jetzt beschlossene Krankenanstaltsgesetz. Es ist der erste Versuch, einen Schritt in Richtung Verstaatlichung des Gesundheitswesens zu unternehmen. Ganz zaghaft durchbricht es das Privileg der Privatärzte, die nicht mehr automatisch auf jeden Patienten ein Anrecht haben. Eine weitere Maßnahme im Gesetz: der Primarius verliert das alleinige Entscheidungsrecht und wird durch ein Verwaltungsgremium ersetzt. Das soll ebenfalls den Einfluß des Staats auf das Gesundheitswesen verstärken.

Insgesamt versucht der bürgerliche Staat, seinen Einfluß auf das Gesundheitswesen auszudehnen, gewisse völlig anachronistische Sonderrechte für Ärzte einzuschränken und gewisse, einfach absurde Zustände zu verbessern.
Für die Arbeiterklasse und das Volk aber können alle diese Reformversprechungen, in deren Rahmen sie schon jetzt verstärkt ausgeplündert werden, keine wirkliche Verbesserung ihrer Lage bringen. Solange der bürgerliche Staat, solange die Bourgeoisie den Gesundheitsdienst in der Hand hat, werden die Arbeiter und Angestellten immer nur notdürftig zusammengeschustert werden, nachdem sie durch die Ausbeutung der Kapitalisten zerstört und krank gemacht worden sind. Im Kapitalismus kann es eine ausreichende gesundheitliche Versorgung für das Volk nicht geben!

Die Arbeiterklasse muß jetzt ein ihren Interessen dienendes Gesundheitswesen fordern

Wozu brauchen die Arbeiterklasse und die anderen Lohnabhängigen im Kapitalismus ein Gesundheitswesen? Wenn sie krank werden und keinen Lohn mehr erhalten, müssen sie die Möglichkeit haben, weiterzuleben und ihre Gesundheit soweit wiederherstellen zu lassen, daß sie ihre Arbeitskraft aufs neue wieder verkaufen können. Im Kapitalismus geht es darum, die Ware Arbeitskraft, die die einzige Ware ist, die der Arbeiter zu Markt tragen kann, den Arbeitern zu erhalten.

Die Kernfrage des Gesundheitswesens ist daher die Versicherungsfrage, der Kampf für eine Versicherung, die dem Arbeiter gewährleistet, daß seine Ware Arbeitskraft im Falle einer Krankheit wiederhergestellt wird.

Wenn das so ist, dann ist es von entscheidender Bedeutung, daß die Versicherung nicht in der Hand der Kapitalisten ist, damit die Kapitalisten nicht schon bevor der Arbeiter krank ist, ihn mit Hilfe der Furcht vor Krankheit erpressen können. Damit die Krankenkasse nicht in der Hand der Kapitalisten ist, muß sie von der Arbeiterklasse und den übrigen Lohnabhängigen selbst verwaltet werden, müssen proletarische und nicht bürger-

Hört die revolutionären Sender!

DEUTSCHSPRACHIGES PROGRAMM

RADIO PEKING

	METERBAND		
19.00 h - 20.00 h	43,7	42,8	26,2
21.00 h - 22.00 h	43,7	42,8	26,2

RADIO TIRANA

	Kurzwelle	Mittelwelle
6.00 [illegible] .30 h	41,5 Meter	215 Meter
13.00 h - [illegible].30 h	32,41 "	
14.00 h - [illegible].00 h	" "	
16.00 h - 16.30 h	" "	
18.00 h - 18.30 h	" "	
19.00 h - 19.30 h	" "	
21.30 h - 22.00 h	" "	
23.00 h - 23.30 h	" "	215 Meter

liche Vertreter der Arbeiterklasse sie verwalten und muß sie über das Gesundheitswesen verfügen können. Dies müssen die Arbeiterklasse und die übrigen Lohnabhängigen erkämpfen und der Bourgeoisie als staatliche Zwangsgesetze abtrotzen. Die Kommunisten fordern daher:

+ Einheitliche Versicherung für alle Lohnabhängigen!

+ Übertragung des Gesundheitswesens an eine sich selbst verwaltende Krankenkassa, deren Leitung von den versicherten Lohnabhängigen gewählt wird!

+ Eingliederung aller Einrichtungen des Gesundheitswesens unter die Leitung der Krankenkassa!

+ Die Versicherungskosten sollen der Unternehmer bzw. der öffentliche Arbeitgeber erbringen, für deren Profit und Nutzen die Arbeitskraft zu Markte getragen, die Gesundheits- und Lebenskraft verbraucht wird.

Aber das genügt nicht. Die Ursache dafür, daß immer mehr Werktätige erkranken, liegt im Betrieb selbst, liegt an dem sich verschärfenden Arbeitstempo, am Akkordsystem. Sie liegen daran, daß immer mehr Profit aus den Arbeitern herausgepreßt werden soll, daß die Hetzerei auch noch die schlechten Sicherheitsvorschriften zu einem Fetzen Papier macht. Deshalb müssen die Arbeiter in erster Linie am Arbeitsplatz den Kampf gegen die gesundheitsschädigenden Formen der Produktion führen. Im Betrieb sind aber momentan sowohl der Betriebsarzt als auch alle andern Sicherheitskräfte Hilfsorgane der Kapitalisten, somit fest an seine Interessen und Entscheidungen gebunden. Deshalb fordern die Kommunisten:

+ Einrichtung von betrieblichen Gesundheits- und Arbeitssicherheitseinrichtungen, die den Betriebsräten und Personalvertretern unterstellt sind. Die Kosten hat der Arbeitgeber zu tragen.

+ Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Systeme.

+ 7 Stunden Arbeitszeit an 5 Tagen pro Woche bei vollem Lohnausgleich.

+ 8 Wochen bezahlter Urlaub im Jahr.

F.N.

Erhöhung der Spitalspflegesätze in Wien um 120% geplant

Die Kapitalistenklasse und ihre amtsführenden Organe, Regierung und Gemeindeverwaltung, verstärken in allen Bereichen die Unterdrückung der Volksmassen, um in der Krise, in die das kapitalistische System immer tiefer hineinschlittert, nicht unterzugehen. Der Ausbau des bürokratischen Verwaltungsapparates und der Unterdrückungsinstrumente wie Heer und Polizei kostet ungeheuer viel Geld - und wie können sie das schon einsparen?

Die Gesundheit des Volkes ist den Kapitalisten völlig egal, solange es ihnen noch ihre Profite erarbeiten kann. Muß aber dann doch etwas gegen die sich ständig verschlechternde Lage der Werktätigen getan werden, weil durch vermehrte Krankenstände und das Ansteigen der Frührenten eben diese Profite gefährdet sind, dann werden diese Maßnahmen durch weitere finanzielle Belastungen dem Volk abgepreßt. Erst am Jahresbeginn sind die Sozialversicherungsbeiträge bei einigen Berufsgruppen angehoben worden, dann wurde der "Gesundheitsschilling" für jede Zigarettenschachtel eingeführt, in allen diesen Bereichen versuchen die Kapitalisten, etwas einzusparen und vorhandene Kosten auf die Bevölkerung abzuwälzen.

Die Wiener Gemeindeverwaltung: Handlanger der Bourgeoisie

Die Wiener Stadtverwaltung hat eine Novelle zum Krankenanstaltengesetz ausgearbeitet, mit der die Höhe der Pflegegebühren neu geregelt werden soll, die von den Krankenkassen zu bezahlen sind. Bisher sah das so aus: Ein Tag im Spital kostet derzeit durchschnittlich 680 Schilling, davon zahlen die Krankenversicherungen 248,-, das sind 36,5 %, der übrige Teil wird von Gemeinde und Bund eben aus Steuermitteln dazugezahlt. Die Wiener Stadtverwaltung verlangt nun, daß die Krankenversicherungen 80 - 90 % der Kosten aufbringen sollen, was dann so aussieht: von 680,- wären mindestens 544,- von den Versicherungen zu bezahlen, das sind 120 % mehr als vorher, 296,- für jeden Pflegetag!

Weiterer Lohnraub steht unmittelbar bevor

Aufzubringen sein wird dieser Wucherbetrag von allen Werktätigen. Die SP-Regierung wird unter dem abgedroschenen Schlagwort der allgemeinen, unabwendbaren Teuerung die Krankenversicherungsbeiträge weiter hinaufsetzen, die wieder ein Stück von unserem Lohn wegfressen.

Die Kapitalistenklasse hat schon immer die Meinung vertreten, daß Gesundheit etwas kosten soll, und meint damit unsere Gesundheit, die wir täglich ruinieren, indem wir für sie ihre Profite erarbeiten! Die zunehmende Arbeitshetze in den Betrieben, die Notwendigkeit, Überstunden zu machen, um das Absinken des Lebensniveaus nur einigermaßen auszugleichen, führt zu einem rapiden Ansteigen der Arbeitsunfälle in den Betrieben, zu vermehrten Fällen von Frühinvalidität und Absinken des Durchschnittsalters, zu einer zunehmenden Verschlechterung der gesundheitlichen Lage des ganzen Volkes. 1973 wurde bei Reihenuntersuchungen in Vorarlberg die alarmierende Tatsache festgestellt, daß nur 24 % der Bevölkerung nicht krank sind! Spektakuläre, aber schon jetzt als untauglich erkennbare Aktionen wie die "Gesundenuntersuchungen" können keine Abhilfe bringen, da sie nicht gegen die Ursache, die Ausbeutung, gerichtet sind und nur weitere Flickschusterei am Kapitalismus bedeuten!

N.Z.

Die Rationalisierung in den Bundesbetrieben geht den Kapitalisten zu langsam

In einer Aussendung ihres Pressedienstes beklagen die österreichischen Industriellen, daß die finanzielle Gebarung der österreichischen Bundesbetriebe zu einer immer stärkeren Belastung des Bundesbudgets führe. "Die Gründe für diese wachsenden Verluste sind nicht nur in steigenden Abgängen der chronisch defizitären Bundesbetriebe zu suchen, sondern liegen auch in der schwindenden Ertragskraft der mit Gewinn abschließenden Unternehmungen" stellen sie fest und fordern, "vor allem im personellen Bereich zweifellos noch vorhandene Rationalisierungsreserven auszuschöpfen und durch eine attraktive Gestaltung des Waren- und Dienstleistungsangebotes zur Erschließung neuer Kundenkreise beizutragen. An die Stelle vorwiegend gemeinwirtschaftlicher Verwaltung sollte eine möglichst leistungsorientierte Unternehmensführung treten, die sich auch an modernen Management-Grundsätzen orientiert."

Was die Unternehmer unter Rationalisierung im personellen Bereich verstehen, das kennen wir recht gut von allen ihren Versuchen, die Arbeitshetze in den Betrieben ständig zu steigern und aus weniger Arbeitern einen höheren Profit herauszupressen. Die Forderung der Kapitalisten ist deshalb direkt gegen die Interessen der Kollegen im Bundesdienst gerichtet. Die Arbeiter, Angestellten und kleinen Beamten im öffentlichen Dienst sehen sich aber schon seit geraumer Zeit Angriffen auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen von allen Seiten ausgesetzt. Da ihre Bezüge einer gesetzlichen Regelung unterliegen und durch ein langfristiges Gehaltsabkommen gebunden sind, sind sie in hohem Maß Opfer der Preistreiberei durch die Kapitalisten. 7,6 % im Vorjahr, 10,3 % heuer - das schlägt sogar noch die Lohnraubabschlüsse der Kollektivverträge im Herbst. Dazu kommt, daß in vielen Bereichen des Bundesdienstes heftige Rationalisierungsmaßnahmen eingesetzt haben, wie z.B. die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung in mehreren Bereichen der Post- und Telegraphenverwaltung, die den Kollegen schwere Nachteile

bringt; und beispielsweise im Fernsprechbetriebsamt am Schillerplatz eine ungeheure Verschärfung des Arbeitstempos bedeutet.

Es sind aber nicht nur die Kollegen im Bundesdienst davon betroffen; die Kapitalistenforderung nach einer "rationelleren" Unternehmensführung der Bundesbetriebe richtet sich gegen die Interessen der Arbeiterklasse und des gesamten Volkes.

Die Bundesbetriebe dienen ausschliesslich den Kapitalisten

Die Bundesbetriebe, wie alle Einrichtungen des kapitalistischen Staates, dienen ausschließlich den Interessen der Kapitalisten. Ob es sich um die Ausbildung, die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung oder aber um Betriebe wie Bundestheater, Bahn und Post handelt - alle diese Institutionen sind ausschließlich nach dem Bedürfnis der Kapitalisten organisiert,den möglichst reibungslosen Ablauf der Ausbeutung zu sichern. Deshalb entsteht auch ein großer Teil der Kosten der Bundesbetriebe daraus, daß sie ihre Dienste und Waren den Kapitalisten äußerst billig zur Verfügung stellen oder direkt gewisse Unternehmen durch Aufträge subventionieren. Die Frachttarife bei der Bahn oder die Möglichkeit billiger Massensendungen bei der Post kommen sicherlich in erster Linie den Kapitalisten entgegen. Wenn die Post Montage oder Grabarbeiten in Auftrag gibt, so profitieren davon sicherlich die Kapitalisten auf Kosten der Steuerzahler und der Masse der Postkunden. Denn diese Monteure unterscheiden sich durch nichts von den Postlern, mit denen sie zusammenarbeiten, außer, daß sie ihren Lohn nicht von der Post, sondern von ihrer Firma bekommen. Die Post muß diesen Firmen dafür aber Beträge zahlen, die ein Vielfaches der Arbeiterlöhne sind.

Rationalisierung auf Kosten der Bediensteten

Die Kosten für die Staatseinrichtungen, die einzig und allein zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft und der Profite dienen, wollen aber die Kapitalisten keineswegs aus ihren Taschen zahlen."Orientierung an modernen Management-Grundsätzen"und "leistungsorientierte Unternehmensführung" heißt, in eine weniger geschwollene Sprache übersetzt: Gebührenerhöhungen, Rationalisierung auf Kosten der Bediensteten und Entlassungen sollen dazu führen, daß die Bundesbetriebe direkt aus den Löhnen der Arbeiter und des Volkes finanziert werden, statt wie bisher aus Steuermitteln - die ja auch zu 90% von den werktätigen Massen stammen. Denn den Kapitalisten erscheinen alle Ausgaben des Staates, die nicht direkt als Profit oder Subvention in ihre Taschen fließen, als unnütze Ausgaben, und sie versuchen die Kosten der Staatseinrichtungen zu senken und auf den Rücken der Werktätigen abzuwälzen. Der "Gesundheitsschilling", soweit er überhaupt dem Gesundheitswesen zufließt, die kapitalistische Hochschulreform, oder jetzt die Forderung nach einer schnelleren Rationalisierung der Bundesbetriebe,sind Vorstöße der Kapitalisten, um die Staatseinrichtungen für sie effizienter und billiger zu machen.

Die Forderung der Industriellen ist deshalb gegen die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes gerichtet, auf die ein weiter Teil der Kosten der kapitalistischen Staatsführung abgewälzt werden soll. Die Arbeiterklasse hat keinerlei Interesse daran, die Aufrechterhaltung der Ausbeuterherrschaft zu finanzieren. Für ihre Einrichtungen sollen die Kapitalisten selber aufkommen.

Deshalb stellen die Kommunisten für das Steuerwesen im Kapitalismus Forderungen auf:

- Steuerfreier Mindestbetrag in der Höhe von 10.000.- S
- Abschaffung aller indirekten Steuern
- Bestreitung der öffentlichen Ausgaben - soweit diese durch Steuern gedeckt werden - ausschließlich durch die progressive Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft.



Entlassungsgrund: Untreue gegenüber dem Profit

Wie erst jetzt veröffentlicht wurde, hat der Oberste Gerichtshof am 14. November 72 entschieden, daß ein Angestellter fristlos entlassen werden kann, wenn er dem Kunden eine richtige Auskunft über die Ware, die er verkauft, gibt und diese Auskunft den Profit beeinträchtigen kann.

Ein Angestellter einer Autoimportfirma erklärte einem Kunden, daß das neue Automodell ein "Versager" ist, da dieses kaum etwas leistet, aber dafür einen sehr hohen Benzinverbrauch hat. Der Angestellte war deswegen von der Firma fristlos entlassen worden und hatte dagegen Klage auf Kündigungsentschädigung beim Arbeitsgericht Wien eingebracht. Obwohl der Angestellte die Richtigkeit seiner Kritik beweisen hätte können und Beweise anbot, erkannte das Arbeitsgericht die Entlassung als berechtigt und wies die Klage ab. Auch die zweite Instanz blieb dabei und begründete, daß die Auskunft über die Mängel am Fahrzeug "ein vorsätzlicher und pflichtwidriger Verstoß gegen die Interessen des Dienstgebers" ist. Letztlich hat der Oberste Gerichtshof noch einmal bestätigt, es kommt nicht darauf an, daß hier die Wahrheit über ein mieses Produkt gesagt wurde, sondern daß "die Aussage an sich eine Beeinträchtigung der Interessen des Arbeitgebers darstellt" und daher der Tatbestand der Untreue begründet ist.

Daß die "unabhängigen Gerichte"davon ausgehen, was dem Profit der Kapitalisten nützt, hat dieses Verfahren schlaglichtartig erhellt: Die Bedürfnisse des Volkes, welches ein Interesse hat, daß nur nützliche Dinge produziert und Mängel behoben werden, spielen da keine Rolle. Arbeiter und Angestellte, die die kapitalistische Mißwirtschaft aufzeigen, werden fristlos entlassen.

WOHNBAU **DAS GROSSE ABLENKUNGSMANÖVER**

Massenmedien sollen das Volk beruhigen

Die Lage der werktätigen Menschen wird auch am Wohnungssektor immer unerträglicher. Die Mieten, die Heiz- und Betriebskosten steigen ständig, tausende Mieter müssen mit ihrer Kündigung rechnen, die Anschaffung einer Wohnung ist für viele unerschwinglich geworden. Allein in Wien stehen 70 000 Wohnungen leer, nicht, weil wir sie nicht brauchten, sondern weil wir die Miete nicht bezahlen können. Oder weil diese Häuser abgerissen werden, denn ein unverbautes Grundstück bringt den Besitzern einen noch höheren Profit. Die Mieter aber werden aus den Wohnungen verjagt, viele müssen an den Rand der Stadt ziehen, höhere Mieten und einen längeren Anfahrtsweg zum Arbeitsplatz in Kauf nehmen. Die Ausplünderung der arbeitenden Menschen auch im Wohnungsbereich hat nicht nur ihren Unmut, sondern auch wachsenden Widerstand hervorgerufen. In Floridsdorf demonstrierten 456 Mieter gegen die ernormen Heizkostennachzahlungen, die Bewohner des "Goethehofes" wehrten sich erfolgreich gegen eine Mietenerhöhung, die Bewohner der Jubiläumshäuser in Ottakring weigern sich, ihre Wohnungen zu räumen.

Die Unruhe soll kanalisiert werden

Über "unzumutbare Wohnverhältnisse" und "skandalöse Wohnbauspekulanten" wird in den bürgerlichen Massenmedien seit Wochen berichtet. Als die Empörung über den Mietenwucher nicht mehr zu überhören war, wurden die von der Bourgeoisie gekauften Schreiberlinge höchst aktiv. Auf ellenlange Berichte über Mieterelend("Beim Abendessen:Balken fiel von der Decke",Kronenzeitung) und Mietenwucher("Weil Geschäftemacher ihr Süppchen kochen", Kurier)folgten treuherzige Anleitungen zur Selbsthilfe("In dieser Serie sollen Ihnen Ihre Rechte dargelegt werden", Kurier) und schließlich kriegerische Tiraden gegen Zinswucher und Altbauspekulanten("Wien sagt den Kampf an", AZ).
Die Unruhe im Volk aufzugreifen und zu kanalisieren ist eine der Hauptaufgaben der Massenmedien Presse, Rundfunk und Fernsehen. Und gerade die Berichterstattung über das Wohnungsproblem zeigt deutlich, wovon die Empörung abgelenkt und wohin sie getrieben werden soll.

Alle Wohnbaukapitalisten plündern das Volk aus

An der Ausplünderung des Volkes am Wohnungssektor beteiligen sich alle gemeindeeigenen Firmen, alle Wohnbaukapitalisten, alle Hausbesitzer. Nicht einzelne Geschäftemacher, nicht wenige "schwarze Schafe" (Gratz), nicht nur die Herrn Kallinger und Babak, nicht nur die GESIBA und die EKAZENT plündern das Volk aus, sondern die Wohnungskapitalisten insgesamt. Das muß von den Massenmedien verheimlicht, davon muß abgelenkt werden.
Das Volk soll glauben, daß nur einige abbruchwütige Großbauherrn, einige wildgewordene Häuserspekulanten für die desolate Lage am Wohnungsmarkt verantwortlich sind. Berichtet wird nur über besonders krasse Mißstände, bekämpft werden sollen nur die "babakschen" Auswüchse. Gute Ratschläge werden gleich mitgeliefert: "Sie können die Sache selbst in die Hand nehmen. Dazu brauchen sie vorerst ein Blatt Papier." Unter "selbst in die Hand nehmen" sind die bürokratischen Geplänkel mit den Hausbesitzern und ihren Verbündeten bei Gericht und Gemeinde gemeint. Nicht der einheitliche selbstständige Kampf gegen alle privaten und öffentlichen Ausbeuter soll von den Mietern geführt werden, sondern jeder für sich soll mit Papier und Feder gegen die offenkundigsten Aubeuter kämpfen, um die staatlich unterstützte Ausbeutung insgesamt nicht zu gefährden.

Gesetze können die Ausbeutung nicht verhindern

Mit allen Mitteln und insbesondere mit jenen von Fernsehen und Presse wollen Staat und Gemeinde das schwindende Vertrauen der Massen in die Funktionsfähigkeit des bürgerlichen Staates stärken. Die Skandalmeldungen werden spärlicher, in den Vordergrund treten massive Ankündigungen über gesetzliche Maßnahmen. Bürgermeister Gratz läßt man mächtig auftrumpfen und gewaltige Strafen für Häuserspekulanten verkünden: zu 30.000,- Schilling Strafe sollen in Zukunft jene verdonnert werden, die Renovierungsaufträge nicht erfüllen. Der Justizminister feiert seine großartige Mietengesetznovellierung: bei bestimmten (!) Hausabbrüchen müssen schon bald (!) Ersatzwohnungen zur Verfügung gestellt werden, was eine "große Wende" ("AZ") am Wohnungssektor darstellen soll. Dieses Geschwätz wird von der bürgerlichen Presse begeistert hochgejubelt. Der Festlärm soll übertönen, daß weiterhin die Mieter jede Renovierung jener Häuser bezahlen müssen, in denen sie wohnen dürfen, solange sie die teueren Mieten zahlen können. Und daß viele Renovierungsanträge von den Hausbesitzern nur gemacht werden, um nachzuweisen, daß eine Renovierung unwirtschaftlich und nur ein Abbruch wirtschaftlich ist. Wirtschaftlich selbstverständlich für die Hausbesitzer, denn die Mieter fliegen dann auf die Straße, müssen an andere Kapitalisten noch höhere Mieten zahlen, während die leeren Grundstücke ihren Besitzern Millionenprofite bringen. Untergehen soll auch, daß für die sogenannten Ersatzwohnungen hohe Ablösen zu zahlen sind, daß die Mietkosten höher sind, als in der alten Wohnung, daß die Lage dieser Ersatzwohnungen nicht selbst bestimmt werden kann.
Untätig kann der bürgerliche Staat der Empörung des Volks nicht zusehen. So zaubert er hurtig ein paar neue Gesetze herbei, die über die Massenmedien eindringlich propagiert werden, Gesetze, die das Ende des Mietwuchers und der Abbruchspekulationen vorgaukeln. In Wirklichkeit bleibt aber die gesetzlich abgesicherte Ausplünderung am Wohnungssektor unangetastet. Deshalb sind diese Gesetze nichts anderes, als die Gesetze der Kapitalisten im Interesse der Kapitalisten, denn der bürgerliche Staat ist nichts anderes als die Unterdrückungsmaschinerie der Minderheit der Kapitalisten zur Unterjochung und Ausbeutung der Mehrheit der Bevölkerung.

Im Kapitalismus bestimmt der Profit

In der kapitalistischen Gesellschaftsordnung werden Wohnungen nicht gebaut, weil wir Wohnungen brauchen, sondern weil ein Teil der Kapitalistenklasse , die Hausbesitzer und Wohnbaukapitalisten, durch den Bau und Besitz von Wohnungen ihre Profite machen.
Nicht unser Bedürfnis zu wohnen, sondern das Profitinteresse der Kapitalisten ist die Triebfeder im Wohnungsbau.
Gerade diesen Wesenszug des Kapitalismus - Produktion nach Profitinteresse und nicht nach Bedürfnis - müssen der Arbeiterklasse und dem Volk verschwiegen werden. Gerade davon müssen Fernsehberichte und Zeitungsartikel ablenken.
Gerade deshalb prangern sie die Profitmacherei einzelner Kapitalisten an, wühlen genüßlich in den sogenannten Auswüchsen "unseres Sytems", um uns damit vom Kampf gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat abzuhalten.

Im Kapitalismus gibt es keine Lösung

Die Arbeiterklasse und das Volk werden sich durch dieses heuchlerische Getue in den Massenmedien nicht verwirren und betrügen lassen. Im Kapitalimsus kann auch die Wohnungsfrage nicht gelöst werden, kann es keine menschenwürdigen Wohnungen zu erschwinglichen Preisen geben. Nur wenn wir die Gestaltung unserer Lebensbedürfnisse und Lebensverhältnisse selbst in die Hand nehmen, den bürgerlichkapitalistischen Staat zerschlagen, das Privateigentum an Grund und Boden, an Häusern und Fabriken abschaffen und die proletarische Volksmacht errichten, wird es menschenwürdige Lebensbedingungen geben. Erst dann werden wir eine Gesellschaftsordnung aufbauen, die wirklich unseren Interessen entspricht, und nicht jenen der kapitalistischen Parasiten und Schmarotzer.

W.F.

BESTELLSCHEIN

Ich bestelle .... Jahresabonnement(s) des KLASSENKAMPF, Zeitung des KB Wien, (12 Nummern) zum Preis von S 50.- (einschliesslich Porto).

Ich überweise umgehend den entsprechenden Betrag auf das Konto "KB Wien" BAWAG-Zentrale 00663047.

Name:

Adresse:

Unterschrift:

SPENDENAUFRUF

Der Kommunistische Bund Wien betrachtet als seine gegenwärtige Hauptaufgabe, in lokalem Rahmen in Wien einen Beitrag zum Aufbau einer kommunistischen Partei der Arbeiterklasse zu leisten. Zu diesem Zweck streben wir die Entwicklung und Ausdehnung unserer Politik und die Organisierung der klassenbewussten Arbeiter und anderer revolutionärer Menschen in unseren Reihen an.
Die österreichische Arbeiterklasse ist heute ohne politische Klassenorganisation und führerlos. Die SPÖ verwaltet heute direkt die Geschäfte der Bourgeoisie. Die KPÖ hat denselben Weg eingeschlagen, sie ist revisionistisch entartet und hat die Sache des Sozialismus und Kommunismus verraten.
Aber nur unter Führung einer kommunistischen Partei, einer Vorhutorganisation kann die Arbeiterklasse im Kampf um ihre Rechte und Interessen bestehen. Sie muss das Volk um sich sammeln im Kampf gegen den bürgerlichen Staat, diesen Staat stürzen und selber die politische Macht ergreifen. Sie muss das kapitalistische Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem beseitigen und den Sozialismus aufbauen, bis zu ihrer vollen sozialen Befreiung durch die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft, des Kommunismus.

Zur Erfüllung unserer politischen Aufgaben im Dienste dieser Ziele brauchen wir grosse finanzielle Mittel. So bauen wir im Moment eine bessere Druckerei auf, wir brauchen neue Druckmaschinen und viele andere technische Einrichtungen. Dabei finanzieren wir unsere politische Arbeit ausschliesslich aus den Mitgliedsbeiträgen und aus Spenden von Sympathisanten.
Wir fordern alle, die unsere politischen Anschauungen teilen, auf, uns durch Spenden zu unterstützen.
Konto "KB Wien" BAWAG-Zentrale 00663047

Kommunistischer Bund Wien
Westbahnstrasse 7/8
1070 W i e n

Leserbrief: Wie kommt man in Österreich zu einer Wohnung ?

Wenn man genug Geld hat, ist es leicht, aber wenn man ein einfacher Arbeiter ist, wird die Sache schon etwas kompliziert, denn es ist für die meisten von uns nicht möglich, 200.000 Schilling auf den Tisch zu blättern und dann einen Zins von 1000 S und mehr zu bezahlen. Es gibt natürlich viele, die trotzdem das Wagnis einer Riesenverschuldung eingehen und zittern, daß sie nicht krank werden oder gar ihre Arbeit verlieren. Die SPÖ übt insbesonders in Wien, wo sie über das Wohnungsamt und die Bezirksvorstehungen verfügt, einen Gesinnungsterror aus, der bis zur zwangsweisen Mitgliedschaft in ihrer Partei geht, sonst bekommst Du keine Wohnung von der Gemeinde Wien. Jetzt höre ich schon die Funktionäre dieser "Arbeiterpartei" aufheulen, das sei alles Verleumdung. Ich kann mit gutem Gewissen diesen Leuten eine Begebenheit erzählen, die sich vor einigen Jahren zutrug: Ein junger Arbeiter suchte um eine Wohnung bei der Gemeinde Wien an, er wurde eingestuft, dann geschah längere Zeit nichts. Dann kam ein Angestellter vom Wohnungsamt, der sich die Wohnverhältnisse ansah: "Na ja, viel Chancen haben Sie ja nicht". Als der junge Arbeiter fragte, wie lange es dauern wird, antwortete der Mann vom Wohnungsamt:"Auf 2 bis 3 Jahre können Sie sich schon gefaßt machen". Nun, unsere Arbeiter sind an und für sich sehr geduldig, aber unser Arbeiter schaute sich in der Umgebung um. Da entdeckte er, daß auch Leute zu einer Gemeindewohnung kamen, die schon eine Wohnung hatten, andere zogen aus alten Gemeindewohnungen in neue ein.

Da kamen dem Arbeiter Bedenken an der Verteilung des Wohnungsamtes. Durch Zufall kam er mit einem Funktionär ins Gespräch, der meinte ganz offen:"Ja, wenn Du bei der verkehrten Partei bist, wirst Du keine Wohnung bekommen". Der junge Arbeiter war und wäre auch heute nicht in der Lage, das Geld für eine Wohnung aufzubringen. Also was tun? Einschreiben? Ja! Es war nicht leicht, aber innerhalb von 3 Monaten war er im Besitz eines Einweisungsscheins vom Wohnungsamt. In seiner ersten Überraschung erzählte er einigen Arbeitskollegen den Weg, den er gegangen war und der zu seiner Wohnung geführt hat. Es dauerte aber dann noch 2 Monate bis er einziehen konnte. Einige Funktionäre liefen Sturm, in der Meinung, so etwas sei doch nicht möglich, daß einer die Stirn hätte, die Wahrheit auszuplaudern. Wo kämen wir da hin! Zum Glück für den Arbeiter hatte er das Dokument, das ihn berechtigte, die Wohnung zu beziehen, schon unterschrieben. Einige Zeit später hörte er, daß er, wenn es irgendeine Möglichkeit gegeben hätte, nicht in den Besitz der Wohnung gekommen wäre. Was zeigt nun dieser Vorfall?

Dieser Vorfall zeigt, wie weit der einfache Arbeiter, der über keine Geldmittel verfügt, sich prostituieren muß. Doch kommt er nach einigen Jahren darauf, daß er keinen Sieg errungen hat, denn er kann sich dem Druck nicht entziehen, der auf ihn einwirkt. Der Mietzins steigt, die Belastungen werden von Jahr zu Jahr größer.

Wenn mich heute ein junger Mensch fragt, wie er zu einer Wohnung kommen könnte - ich könnte ihm keine andere Antwort geben. Nur wäre heute noch ein kleiner Unterschied: die SPÖ würde von ihm nicht nur eine Gesinnungsprostitution verlangen, sie würde ihm auch in Kapitalistenmanier etliche 1000 Schilling abnehmen. Das zeigt: wir müssen uns wehren!

Es gibt auf die Dauer für uns Arbeiter nur eine Möglichkeit: diesen Verrätern an der Sache des Sozialismus den Kampf mit allen Mitteln anzusagen.

K.R.

Großfeldsiedlung

BEZIRKSVORSTEHER VERHÖHNT DIE BEVÖLKERUNG

"Meine Herrschaften, wir wollen doch realistisch denken. Jeder von Ihnen muß, damit er seine Wohnung abzahlen und einrichten kann,Überstunden machen. Sie haben jetzt ohnehin keine Zeit für kulturelle Bedürfnisse.Also wird die Gemeinde Wien erst in zehn Jahren mit dem Bau von kulturellen Einrichtungen beginnen."

Diese freche Verhöhnung war die Antwort des sozialdemokratischen Bezirksvorstehers von Floridsdorf, Emerling, an die Unzufriedenheit vieler Bewohner der Großfeldsiedlung. Auf einer Versammlung des dortigen Elternvereins wurde über Probleme der kulturellen und sozialen Einrichtungen der Siedlung diskutiert. Für die berechtigten Wünsche der anwesenden Eltern hatte die SP-Bezirksvorstehung vor allem Hohn und Spott übrig.

Kein Geld für soziale Einrichtungen

In der Großfeldsiedlung wohnen 17 000 Menschen, davon 7 000 Kinder, die ganze zwei Spielwiesen zur Verfügung haben. Die (ohnedies spärlich vorhandenen) Rasenanlagen dürfen nicht betreten werden. So müssen die Kinder auf den wenigen, betonierten Plätzen spielen, die die eng zusammenstehenden Häuser voneinander trennen.
Die Jugendlichen können einander in einer Tankstellenkneipe treffen. Andere Lokale gibt es nicht.
Ebensowenig Sportplätze, Erholungsräume, Veranstaltungszentren. Es gibt kein Kino, kein Theater. Das nächste Hallenbad ist eine halbe Stunde Fahrzeit entfernt.
Und für die 17 000 Bewohner stehen vier (!) Ärzte zur Verfügung. Bezirksvorsteher Emerling:

"Das wichtigste war erst einmal die Errichtung von Wohnungen. Jetzt ist die Schule fertiggestellt. Momentan haben wir halt kein Geld für Freizeit- und Sporteinrichtungen."

Empörung über SP - »Volksvertreter«

Als sich ein Schichtarbeiter über das Nichtvorhandensein von kulturellen Einrichtungen empörte, kam es zu der erwähnten offenen Verhöhnung. Offen bekannte sich der sogenannte Volksvertreter zur Ausbeutungsideologie der herrschenden Klasse:
die Arbeiter sind da, um ausgeplündert und geschunden zu werden. Um diese Schinderei wird ihnen auch noch als ihr eigenstes Interesse dargelegt. Schließlich müssten sie ja ihre teuren Wohnungen bezahlen und einrichten, also gefälligst hart arbeiten und nicht aufmucken. Kultur, Freizeit? Wozu?
Wer sich täglich für die Kapitalisten abrackert, damit er halbwegs wohnen und leben kann, braucht viel Schlaf, spöttelt der "Volksvertreter". Für kulturelle Bedürfnisse sei man ja ohnedies zu müde.

Diese klassenverräterische Selbstherrlichkeit werden die anwesenden Eltern nicht widerspruchslos zur Kenntnis nehmen. Dieses offene Bekenntnis eines SP-Bezirksvorstehers zur Ausbeuterideologie hat viele empört. Sie haben durch diese höhnische Äußerung erkannt, auf welcher Seite dieser sogenannte Volksvertreter steht, wessen Interessen er wirklich vertritt und gegen wen er diese Interessen durchzusetzen gewillt ist - gegen die Arbeiter und Angestellten, die den Versprechungen der SP-Klassenverräter geglaubt haben.



BETRIEBSKORRESPONDENZ

WAAGNER-BIRO:
Für den Profit wird die Gesundheit der Kollegen ruiniert

Im vergangenen Jahr machten die Waagner-Biro Kapitalisten einen Umsatz von 1260 Millionen Schilling. Einen Teil der Profite investierten sie: 3 Hallen wurden gebaut, Maschinen, Bohrer etc. angeschafft, die eine weitere Produktionssteigerung und damit eine neuerliche Zunahme der Profite erwarten lassen.

Die Kollegen von Waagner-Biro erwartet allerdings keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der ohnehin schon katastrophalen Arbeitsbedingungen. Die neuen Hallen besitzen keinerlei Absauganlagen. Was das bedeutet, wissen die Kollegen aus der Gießerei und Sandstrahlerei genau: entweder den ganzen Tag Gasmasken tragen oder vorzeitige Pensionierung aus Gesundheitsgründen. Auch in den alten Hallen hat es keine Absaugvorrichtungen gegeben. Erst auf Druck der Gießereiarbeiter wurden welche eingebaut. Sie waren aber bald hoffnungslos verstopft. Gesäubert wurden sie nicht, das hätte die Firmenleitung Geld gekostet. Stattdessen stellte man die Kollegen vor die Wahl: Gasmaske tragen oder eine Staublunge einhandeln.Als "Trostpflaster" für die unheilbare Silikose gibt es jährlich einen 3-tägigen Ausflug. Diese Praxis hat sich für die Firmenleitung als äußerst kostensparend erwiesen - also wurde sie auch auf die neuen Hallen übertragen!

In der Montage z.B. gibt es neue Bohrer, bei deren Betrieb Anilinsäure zerstäubt wird: Haarausfall, Hauterkrankungen und ständig entzündete Augen sind nur die äußerlich merkbaren Schäden. Der längere Aufenthalt in anilinhältiger Luft führt unweigerlich zu Magenkrebs. Arbeitsinspektoren rückten mit ihren Meßgeräten an, die Nadel pendelte um die 180. Der akute Gefahrenbereich , bei dem die Arbeit sofort hätte eingestellt werden müssen, liegt bei 200.

So blieb alles beim Alten. Gegen die schleichende Aushöhlung der Gesundheit der Kollegen gibt es keine gesetzlichen Bestimmungen. Nur wenn die Arbeitskraft unmittelbar bedroht ist, greift der bürgerliche Staat ein: allerdings nicht zum Schutz der Arbeiter - wie das obige Beispiel zeigt - sondern zum Schutz der Profite der Kapitalisten. Denn wo die Arbeitskraft fehlt, bleiben auch die Profite aus!
Wie alle Arbeiter im Kapitalismus haben auch die Kollegen von Waagner-Biro nicht mehr zu verkaufen als ihre Arbeitskraft! Sie ist ihr einziges Kapital und muß daher ständig gegen die Profitgier der Kapitalisten verteidigt werden! Wir können nicht zulassen, daß die maßlose Profitgier unsere Gesundheit und unser Leben bedroht! Es gibt im Kapitalismus keine menschlichen Arbeitsbedingungen, kann sie nicht geben in einem System, daß sich einzig und allein nach dem Profit und nicht nach dem Bedarf orientiert! Wie um alles andere auch müssen wir um bessere Arbeitsbedingungen und gegen die systematische Ruinierung unserer Gesundheit durch die Profitgier der Kapitalisten kämpfen! ●

SCHRACK:
Überstundeneinschränkung zeigt : Lohnerhöhung ist notwendig

In einem Rundschreiben hat die Firmenleitung die Meister beauftragt, keine Überstunden mehr zu vergeben. Ausgenommen sind nur jene Abteilungen, in denen trotz Verschärfung des Arbeitstempos die Produktion in einem normalen Arbeitstag nicht bewältigt werden kann.
Für viele Kollegen waren Überstunden ein notwendiger, fixer Bestandteil ihres Lohnes.Raten- und Kreditzahlungen waren von Überstundenleistungen abhängig. In einigen Fällen entspricht die Streichung der Überstunden einer Lohnsenkung von 50 %, z.B. in der Montage. Was es heißt, von heute auf morgen mit dem halben Lohn auskommen zu müssen, kann sich jeder ausmalen, auch wenn er selbst nicht davon betroffen ist. Es werden ja nicht nur die Güter des täglichen Bedarfs teurer, auch die Mieten, Telephongebühren und der Strompreis galoppieren hurtig mit.

Für die Kapitalisten ist das ganze jedoch ein gutes Geschäft: im Jänner haben sie erstmals gedroht, die Überstunden zu streichen und haben dadurch die Kollegen zu einer Mehrleistung angetrieben, deren Resultat als Profit in die Taschen der Schrack-Kapitalisten geflossen ist.Jetzt haben sie die Überstunden gestrichen - und haben wiederum einen Gewinn davon: denn die Einschränkung der Überstunden geht Hand in Hand mit einer Verschärfung des Arbeitstempos.
Nicht nur alles, was bis jetzt mit Hilfe der Überstunden geleistet werden konnte, sondern noch weit mehr soll aus uns in noch kürzerer Zeit herausgepreßt werden. Trotz der Einschränkung der Überstunden rechnet die Betriebsleitung mit einer Umsatzerweiterung um 15%. Die Kapitalisten machen sich dabei die Not der Kollegen zunutze, durch mörderisches Arbeitstempo im Akkord wenigstens teilweise zurückzugewinnen, was sie durch die Streichung der Überstunden verloren haben. So senken die Kapitalisten die "Arbeitskosten" und erhöhen ihre Profite.
Mit den Überstunden machen die Kapitalisten auf jeden Fall ihr Geschäft. Solange der Laden für sie läuft, vergeben sie Überstunden und verlängern auf diese Weise den Arbeitstag. Die Preise steigen, die Arbeiter machen immer mehr Überstunden, die Produktion wächst. Die Kapitalisten reiben sich die Hände, ihr Profit stimmt. Das einzige, was nicht steigt, ist der Lohn für den normalen Arbeitstag - und das kommt ans Licht, wenn die Kapitalisten die Überstunden streichen.

Die Überstunden sind auf jeden Fall eine schlechte Sache für uns. Solange die Geschäfte der Kapitalisten blühen, dürfen wir uns zehn Stunden oder mehr für sie abschinden. Und während wir von Tag zu Tag müder nach Hause gekommen sind, ist das Geld, das wir für unseren Schweiß bekommen haben, immer wertloser geworden. Und wenn es den Kapitalisten nicht mehr paßt, wenn sie unsere Überstunden nicht mehr brauchen, dann müssen wir halt mit dem halben Lohn auskommen.
Deshalb treten die Kommunisten dafür ein, daß die Überstundenarbeit generell verboten wird. Sie treten auch dafür ein, daß der Normalarbeitstag auf 7 Stunden an 5 Wochentagen beschränkt wird, weil wir heute in 7 Stunden weit mehr geschunden werden, als noch vor wenigen Jahren in 8 Stunden. Und weil wir nicht unser ganzes Leben als bloßes Anhängsel der Maschine für die Profite der Kapitalisten verbringen wollen. Und weil wir Zeit brauchen, um Kraft zu sammeln zum Sturz des Kapitalismus, um Schluß zu machen mit der ganzen Ausbeuterei. ●

PHILIPS/HORNYPHON:

Rationalisierung und verschärftes Arbeitstempo

Bei Hornyphon sind in der letzten Zeit größere Produktionsverlegungen und Umstellungen im Gang. Die Produktion von Video-Recordern wird nach und nach von der WIRAG übernommen und ausgebaut. Weitere Abteilungen werden verlegt, z.B. das Wickeln in ein anderes Werk; ein anderer Produktionsgang kommt nach England.
Diese Vorgänge haben alle ein Ziel: die Produktion soll rationalisiert werden, d.h. noch mehr Profit für die Kapitalisten, auf der anderen Seite noch mehr Schinderei und Arbeitshetze für die Arbeiter.

In einigen Abteilungen müssen verstärkt Überstunden gemacht werden. Für die Reparatur von Video-Recordern z.B. sind noch zu wenig Arbeitskräfte eingeschult. Die Kollegen und Kolleginnen, die jetzt diese Arbeit machen, müssen zehn bis zwölf Stunden am Tag - sogar samstags - arbeiten, um den Arbeitsanfall bewältigen zu können.

Andererseits kommt es zu Fehlplanungen und Anlaufschwierigkeiten, was für die Arbeiter einen merklichen Lohnverlust bedeutet. Kolleginnen werden wegen Materialmangel nach Hause geschickt und erhalten nur 75% vom Durchschnittslohn.

Verlegungen von Abteilungen, Umbauten oder neu begonnene Serien, also jede Arbeitsplatzveränderung wird von den Philips-Kapitalisten zum Anlass genommen, die Zeiten neu zu stoppen und zu kürzen. Meistens setzen sie einfach die Stückzahlen stillschweigend hinauf. Am Schwarz-Weiss-Band ist es ihnen auf diese Weise gelungen, eine Leistungssteigerung von 15,5 % aus den Frauen herauszupressen bei gleichbleibendem Lohn.

Jetzt erhöhen sie den Akkord damit sich die Frauen bis zu den heißen Sommermonaten daran gewöhnt haben.

Die extreme Belastung der Arbeiter ergibt sich zwangsläufig aus der kapitalistischen Produktionsweise, die eben nicht nach den Bedürfnissen der Arbeiter bestimmt ist, sondern vom Interesse der Kapitalisten an möglichst hohen Profiten. Die Kapitalisten werden immer rationalisieren, immer schneller antreiben und den Akkord erhöhen. Und sie haben es um so leichter, je mehr wir stillhalten. Freiwillig nehmen die Kapitalisten keine Rücksicht auf unsere Gesundheit, sondern nur, wenn wir uns gemeinsam gegen jede Verschlechterung unserer Lage, gegen jede Erhöhung des Akkords zur Wehr setzen. Nur wenn wir ihnen zeigen: wir sind bereit zu kämpfen, werden wir etwas erreichen.

Der Betriebsrat unterstützt die Massnahmen der Geschäftsleitung

Der Betriebsrat, den wir gewählt haben, damit er unsere Interessen vertritt, hat bis jetzt jeder Umstellung, auch wenn sie mit einer Benachteiligung für die Arbeiter verbunden war, zugestimmt. Auch gegen die unverschämte Erhöhung der Stückzahlen am Schwarz-Weiß-Band hat er noch nichts unternommen, obwohl die Frauen eine Neustoppung gefordert haben. Dabei muß der Betriebsrat bei jeder Festsetzung des Akkords dabei sein und ohne seine Einwilligung darf der Akkord nicht erhöht werden. Aber anstatt dies für die Kollegen und Kolleginnen auszunutzen, sagt er zu allen Maßnahmen der Betriebsleitung Ja und Amen.
Dieses Vorgehen des Betriebsrates zeigt uns ganz deutlich, daß ein Betriebsrat, der mit der Geschäftsleitung Hand in Hand geht, unsere Interessen nicht vertreten kann. Wir brauchen einen konsequenten Vertreter in unseren Reihen!

Von selbst wird dieser Betriebsrat nichts unternehmen. Wir müssen ihn unter Druck setzen, indem wir selbständig unsere Forderungen in den Abteilungen aufstellen und geschlossen hinter ihnen stehen.

ÖBB:

Verschubpartien unterdeckt

Auf den österr. Bundesbahnen hat sich in den letzten Jahren mit der Zustimmung der Gewerkschaftsführer eine Unsitte eingebürgert, die seitens der Direktion mit Personalmangel begründet wird. Die Verschubreserven werden nicht mit der vorgeschriebenen Kopfzahl besetzt, sondern, wie es auf der Bundesbahn heißt, es wird unterdeckt gearbeitet. Als Zuckerl für die schlecht entlohnten und daher leicht zu überredenden Verschieber bekommen z.B. auf einzelnen Bahnhöfen, in denen das Frachtaufkommen gestiegen ist, vier Mann für die mit fünf Mann vorgesehene Partie den fünften Mann geldlich abgegolten. In den Bahnhöfen wird pauschal abgegolten, d.h. mit einer bestimmten Summe für einen begrenzten Zeitraum. Die Gewerkschaftsführer stellen es in manchen Bahnhöfen noch als Sieg hin, denn früher war es üblich, nur Plusstunden zu geben, die in Freizeit abgegolten wurden. Es zeigte sich, wie verantwortungslos solche Gewerkschaftfunktionäre handeln, denn es geht auch auf Kosten der Gesundheit und vor allem der Sicherheit des einzelnen Verschiebers. Natürlich gibt es in der Dienstvorschrift V3 für die Verwaltung eine Klausel, die sie absichert: "Der Verschub ist so durchzuführen, daß er so rasch als möglich, aber der Sicherheit nicht zuwiderläuft!" Also ein Paragraph wie ein Gummibandl, denn bei Schwierigkeiten in der Betriebsabwicklung, z.B. verspätete Zugbildung oder Beistellung in den Fabriken, wird nicht Rücksicht darauf genommen, ob die Verschubpartien vollständig sind. Daher wird die Sicherheit außer Acht gelassen, um doch noch die gestellte Aufgabe bewältigen zu können. Das weiß auch die Verwaltung! Wenn man einzelne Verschieber fragt, kommen die verschiedensten Meinungen hervor.
Diese Meinungen zeigen, wie schlecht die Bediensteten informiert sind, und zugleich, wie schlecht sie entlohnt werden, daß sie auf dieses Manöver hereinfallen. Ein Kollege z.B. sagte: "Am besten, wir reden nicht darüber, denn ich bin froh, einige Schillinge mehr zu verdienen."
Ein anderer erkennt und merkt das Unbehagen, denn er hat den schweren Dienst schon von verschiedensten Seiten kennengelernt und weiß, wie gefährlich die Arbeit ist. Auch sieht er eine Gefahr darin, daß sich das Unterdeckt-Arbeiten einbürgert und die Eisenbahn einmal erklärt: Wir können keine geldliche Abgeltung mehr leisten und auch keine Arbeiter für die unterdeckten Partien stellen. Er wird dann dazu gezwungen, mit dem Hinweis, es wurde ja längere Zeit schon so gearbeitet.

Dann gibt es auch Vertrauensmänner der SPÖ, die es sich besonders leicht machen und jeder Diskussion darüber aus dem Weg gehen: Über solch eine Lappalie reden wir überhaupt nicht, seid's froh, daß ihr eine Arbeit habt's. Dabei beeinflussen sie die jungen Verschieber und wollen ihnen einreden, dieses Unterdeckt-Arbeiten wird schon längst praktiziert, und untertreiben die Gefahr, die diesen jungen Menschen bei dieser gefährlichen Arbeit droht.

Mit solchen Methoden kommt die ganze Verlogenheit dieser Vertrauensmänner zum Ausdruck. Oder sind sie wirklich so naiv und vertrauensselig gegenüber der Verwaltung, daß sie glauben, daß die geldliche Abwicklung auf die Dauer die Verwaltung hindert, den Zustand der unterdeckten Verschubpartien zu einer ständigen Einrichtung zu machen? Sind die überheblichen Vertrauensmänner überzeugt, den Bediensteten zu helfen, wenn sie jeder Diskussion aus dem Weg gehen? Denn man sollte den Ausweg finden, der aus dieser Sackgasse führt, und die Ursachen, die zu einer solchen Entwicklung der Eisenbahnbediensteten geführt haben, untersuchen. Denn dieses Beispiel der verdeckten Verschubpartien, die den Verschiebern größere Lasten auflegen, ist nicht als Einzelerscheinung in der Personalpolitik der österr. Bundesbahnen zu sehen. Auf der ganzen Linie der Personalpolitik besteht das Bestreben, eine Rationalisierung auf Kosten des Personals durchzuführen. Daher wäre es an der Zeit, daß sich mehr Eisenbahner mit diesen Fragen beschäftigen.

EUMIG:
Wir müssen uns mit unseren jugoslawischen Kollegen zusammenschließen

Bei uns im Betrieb wird von immer mehr Kolleginnen über den zu geringen Lohn gesprochen. Doch fehlt den meisten so richtig der Mut, daran zu glauben, daß wir uns gemeinsam etwas erkämpfen können. Diese Mutlosigkeit ist bei den Frauen besonders stark. Schuld ist der Akkord, bei dem jeder gegen den anderen arbeitet und die Spaltung in Österreicher und Gastarbeiter.

Die Eumig-Kapitalisten Hauser und Vockenhuber heimsen immer höhere Profite ein, indem sie bei gleichbleibender Belegschaft die Produktion immer mehr ankurbeln. Jedes Jahr um über 25%.

In unserer Abteilung erreichen wir Frauen im Durchschnitt 135 - 140%. Wir müssen so schnell arbeiten, denn wenn man nach einiger Zeit noch nicht die Durchschnittsleistung erbringt, wird man entlassen.

Das ist ja klar, denn so jemand bringt unseren Kapitalisten keine ausreichende Vergrößerung der Profite.

Doch der Leistungsdruck kommt nicht nur von den Eumig-Unternehmern. Haben wir endlich unser Lohnsäckchen in der Hand, fallen die anderen Kapitalisten über uns her.

Durch ihre Profitgier steigen die Preise für Wohnung, Lebensmittel, Kleidung etc. ständig. Was bleibt uns also wirklich anderes übrig, als schneller zu arbeiten, damit uns der jetzige Lebensstandard halbwegs erhalten bleibt.

Denn selbst wenn wir immer schneller arbeiten, können wir nur einen geringen Teil der allgemeinen Preissteigerung auffangen. Und deshalb sehen wir immer deutlicher, es nützt einfach auf die Dauer nichts, wenn wir uns den Bedingungen, die uns die Kapitalisten aufzwingen, anpassen. Denn die Kapitalisten haben nur ihre Profite im Auge.

Was wir haben wollen, müssen wir uns selbst erkämpfen. Erfolgreich kämpfen können wir nur, wenn wir uns einig sind, wenn wir die Spaltungsmanöver der Kapitalisten aufdecken und bekämpfen.

Durch das Akkordsystem und durch die allgemeinen Verschlechterungen unserer Lebensbedingungen versucht jeder für sich, sich so halbwegs durchzuschlagen.

Bei unseren Gesprächen über gemeinsame Forderungen scheitern wir immer daran, daß wir kein Vertrauen in uns selbst und in unsere Kolleginnen setzen.

Ganz besonders müssen wir das von den Kapitalisten geschürte Mißtrauen unseren jugoslawischen Kolleginnen gegenüber abbauen. Unsere ausländischen Kolleginnen kommen aus unterentwickelten Gebieten und haben vielfach keinerlei Erfahrung in der Arbeit in einer Fabrik. Wenn der Stopper kommt, verstehen sie das oft falsch und arbeiten dann doppelt so schnell. Dann sind natürlich die Normen für uns alle, einschließlich der Jugoslawinnen, im Eimer. Und das ist selbstverständlich nicht in ihrem Interesse, sie wollen ihr Geld genauso wie wir unter den bestmöglichen Bedingungen verdienen.

Unsere Herren Kapitalisten benützen die ausländischen Kollegen als billige, unwissende Arbeitskräfte und als Lohndrücker. Kapitalist zum einheimischen Arbeiter: "Wenn Sie für diesen Lohn nicht arbeiten wollen, stellen wir eben Jugoslawen ein..." Diese Lohndrückerei und Spalterei ist nicht in unserem Interesse. Wir werden mit unseren Forderungen nur dann Erfolg haben, wenn wir uns mit unseren jugoslawischen Kollegen zusammenschließen.

Das geht - die großen Streiks in Deutschland sind gerade in jenen Fabriken erfolgreich geführt worden, in denen sich Gastarbeiter und einheimische Arbeiter zusammengeschlossen haben.

Eine Akkordarbeiterin.

ERSTE ALLGEMEINE VERSICHERUNG:
Direktion verhindert gewerkschaftliche Unterschriftensammlung

In der Ersten Allgemeinen Versicherung hat ein junger Angestellter eine Unterschriftensammlung für die Kandidatur eines fortschrittlichen Kollegen für die Neuwahl des Ortsgruppenausschusses durchgeführt. Als die Unternehmensleitung von dieser Unterschriftensammlung Wind bekommen hatte, wurde der junge Angestellte zum Abteilungsdirektor gerufen. Dort wurde er zusammengeputzt, weil er"mit einer solchen Aktion Unruhe stifte". Seine Antwort war klar: bei der Unterschriftensammlung handelt es sich um eine gewerkschaftliche Betätigung, die durchzuführen er berechtigt wäre. Diese Aktion stehe ihm als Gewerkschaftsmitglied und noch dazu als gewähltem Jugendvertrauensrat zu.

Da er bereits 2 Wochen vorher gekündigt hatte, wurde ihm mitgeteilt, daß er die restliche Woche im Betrieb nicht mehr erwünscht wäre, um keine Unruhe unter die Angestellten zu bringen. Dies umso mehr, als er auch als Kommunist bekannt war.

Diese Verhinderung der Unterschriftensammlung stellt einen schweren Angriff auf die gewerkschaftlichen Rechte jedes einzelnen Kollegen dar. Das Recht der freien gewerkschaftlichen Betätigung wird von den Kapitalisten dann mit Füßen getreten, wenn die Kollegen beginnen, ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen. Beginnen sich die Kollegen zu wehren und ihre Interessen wahrzunehmen dann zeigen die Unternehmer ihre Fratze. "Wer nicht nach unserer Pfeife tanzt, muß kaltgestellt werden", so lautet ihr Motto.

Leserbrief

Ein Montagearbeiter aus einem Wiener Elektrobetrieb schickt uns folgenden Brief und bittet um Veröffentlichung.

Die Gewerkschaftsführung und auch der Betriebsrat und Vertrauensmann in unserem Werk sind derzeit nicht in der Lage, für uns einen ausreichenden und gerechten Lohn und unsere anderen Forderungen durchzusetzen. Von sozialen Verbesserungen wird nur gesprochen und deren Ausarbeitung ist mehr als mangelhaft. Der niedere Grund- und Anfangslohn und die viel zu niedrigen Erhöhungen reichen schon lange nicht mehr aus. Die Besteuerung, und da ganz besonders in der Gruppe A, nimmt von dem geringen Lohn wieder etwas weg. Sonderzulagen wie Schmutzzulage oder Gefahrenzulage werden zumeist nur unter Druck von Arbeitern ausgezahlt, obwohl gesetzliche Bestimmungen dafür vorhanden sind. Autobesitzern, die aus Montagegründen ihren Privatwagen verwenden, sollte der Benzinverbrauch, die Wartung und die Entwertung des Wagens bezahlt werden. Jetzt zahlt man ein Kilometergeld, das man als kleine Aufmerksamkeit der Firma aufnimmt. Wünschenswert wäre es, könnte man dem Arbeiter die Insassen- und Rechtsschutzversicherung bezahlen. Bei einem Unfall muß er ganz allein die Konsequenzen tragen dafür, daß er seinen Privatwagen für die Montagearbeit verwendet hat.

Wenn wir unsere berechtigten Forderungen durchsetzen wollen, dann müssen wir selbständig und gemeinsam hinter unseren Forderungen stehen und dürfen nicht warten, bis die Gewerkschaftsführung oder unser Betriebsrat wieder einen mehr als mangelhaften Kompromiß schließen.

G.T. Montagearbeiter

Leserbrief:

Vor der Firma Eumigwurde vom kommunistischen Bund Wien ein Flugblatt verteilt, das mit Unterstützung von einigen Kollegen hergestellt worden war. In diesem Flugblatt wurde eine ausreichende lineare Lohnerhöhung für alle Arbeiter und Angestellten bei Eumig gefordert. Im Flugblatt wurde auch die ständig steigende Arbeitshetze und Schinderei bei Eumig behandelt. Zwei Kollegen aus dieser Firma schreiben uns dazu:

An die Redaktion des Klassenkampf!
Wir finden die Idee des Klassenkampf-Flugblatts für Eumig sehr gut, glauben aber, daß darin nicht genügend auf Betriebsprobleme eingegangen wird. Es gibt so viele Probleme und Schwierigkeiten, die zum Himmel stinken und die einer dringenden Aufklärung bedürfen.
Zum Beispiel ist bei uns der Angestellten-Betriebsrat zugleich Betriebsleiter-Stellvertreter, ein weiterer Betriebsrat ist Meister im Werkzeugbau, ein dritter Meister in der Stanzerei. Wie soll denn der Betriebsrat die Interessen der Kollegen vertreten, wenn er doch als Betriebsleiter oder Meister die Interessen des Chefs zu vertreten hat?
Wir fordern unsere Kollegen auf, ebenfalls von Mißständen zu berichten. Schreibt auch an die Redaktion!
Ein Problem gibt es noch: in eurer Zeitung steht immer über der Überschrift "Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!" Ist das notwendig? Das Wort Prolet wird in unsern Kreisen oft als Schimpfwort verwendet. Könnt ihr uns das erklären?

Zwei Eumig Arbeiter

ANTWORT DER REDAKTION

"Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!", das ist der kämpferische Aufruf der Kommunisten in der ganzen Welt, der die Arbeiter in allen Ländern und die ausgebeuteten und unterdrückten Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas aufruft, sich zusammenzuschließen und den gemeinsamen Feind, den Imperialismus, zu besiegen.
Als Proletarier bezeichnet der wissenschaftliche Sozialismus die Klasse der Lohnarbeiter, die nichts anderes besitzen als ihre eigene Arbeitskraft und deshalb darauf angewiesen sind, diese den Kapitalisten, den Besitzern der großen Produktionsmittel zu verkaufen.
Seit es eine Arbeiterbewegung gibt, bezeichnet sich die Arbeiterklasse mit diesem Wort und sie meint damit auch: nur diese Klasse kann den Kapitalismus beseitigen und den Kommunismus errichten.

Die Kapitalistenklasse aber, die Bourgeoisie, haßt und fürchtet diejenigen, die sie ausbeutet. Für sie waren die Arbeiter, die Proletarier, immer etwas Furchterregendes und Unangenehmes. Bei uns verbreiten sie diesen Haß durch Schule, Kirche, Radio und Fernsehen und alle anderen in ihrem Besitz befindlichen Propagandainstrumente. Weil aber die Jahrzehnte andauernde Herrschaft der Klassenversöhnler in den Gewerkschaften und Betriebsräten mithalf, fast jede Erinnerung an die revolutionäre Arbeiterbewegung auszulöschen, gelang es den Kapitalisten, ihre Sprachregelung teilweise sogar unter den Arbeitern durchzusetzen, und aus dem Proletarier wurde der Prolet wie die Bourgeoisie ihn sieht: dreckig, gewalttätig und gemein.
Wir aber glauben, daß die Arbeiter keinen Grund haben diese Sprachregelung anzunehmen, denn noch immer gilt der von Karl Marx 1848 im Kommunistischen Manifest geschriebene Satz:
"Möge die herrschende Klasse vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben in ihr nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH !"

Die Redaktion

Jahresversammlungen der Privatangestellten

ORTSGRUPPE LANDSTRASSE

Dallinger: « Die ÖGB-Führung läßt sich von ihrer Politik nicht abbringen.»

Zentralsekretär Dallinger, Vorsitzender der ÖGB-Streikkommission, erwarteter Nachfolger des jetzigen Vorsitzenden der Privatangestellten Häuser, hielt auf der Jahresversammlung der Ortsgruppe Landstraße ein Referat über das Thema: "Die aktuelle Wirtschaftslage."

Das Hauptproblem, so Dallinger, wäre gegenwärtig die gallopierende Preisentwicklung, die durch die Ölpreiserhöhung bedingt sei. Die Preisentwicklung wäre beunruhigend, die Lage der Wirtschaft jedoch beruhigend.
Um daher die Preisentwicklung unter Kontrolle zu bekommen, müßten die stabilitätspolitischen Maßnahmen verstärkt werden. Das bedeute, auch weiterhin bei den Lohnforderungen stabilitätsbewußt auftreten, da sonst die Teuerung angeheizt würde. Damit bei Lohnerhöhungen nicht gleich alles wieder durch die Lohnsteuer draufgehe, fordere die ÖGB-Führung für 1975 eine Lohnsteuerreform.
Er habe daher bereits an den Finanzminister ein Forderungsprogramm überreicht, das den Finanzminister 1o,5 Milliarden Schilling kosten soll.
Außerdem habe der ÖGB eine Reihe von Sozialleistungen erreicht, wie Verbesserung der Pension und des Mutterschutzes.
Wenn auch in letzter Zeit viele Gewerkschaftsmitglieder meinen, daß die Sozialpartnerschaftspolitik nicht im Interesse der Werktätigen liege, so werde sich die ÖGB Führung nicht abbringen lassen, diese Politik weiterzuführen, da sie sie für richtig hält. Er appelliere daher an alle Gewerkschaftsmitglieder, den ÖGB - gemeint hat er die Führung - zu unterstützen.
Nach dem Referat gab es eine Diskussion, die zum Teil die Politik der ÖGB - Führung in ein rechtes Licht rückte und klar zu Tage brachte, wie notwendig es wäre, die Gewerkschaft wieder in die Hände der klassenbewußten und konsequenten Arbeiter und Angestellten zu bekommen.
So zeigte eine Kollegin auf, daß die Ölkonzerne riesige Profite einstreichen, die Preise immer weiter hinauftreiben und dagegen etwas unternommen werden müßte. Ein Kollege wies darauf hin, daß sich die Gewerkschaftsführer einen Dreck um die Proteste und Resolutionen aus den Betrieben kümmern, sondern daß Benya eben entscheide, wie es ihm in seine Packelpolitik paßt. Er zeigte auf, daß die Gewerkschaftsführer sich oft wortradikal geben, um die Leute zu täuschen und in der Praxis keine Minute lang daran dächten, den Kampf der Werktätigen gegen Lohnraub zu organisieren.
Ein anderer Kollege zeigte in seiner Wortmeldung, was es bedeute, wenn die ÖGB-Führung dauernd von Stabilität und Sozialpartnerschaft rede. Das habe bereits das Benya - Sallinger- Abkommen mit aller Deutlichkeit gezeigt: Die Profite sind emporgeschossen, bei den Löhnen und Gehältern gings bergab.
Die Politik der Sozialpartnerschaft liegt daher nicht im Interesse der Werktätigen, sondern im Interesse der Kapitalisten, ihrer Freunde und Helfer. Wer an einer solchen Politik festhält, macht Politik gegen die Werktätigen und raubt ihnen die Kraft der gewerkschaftlichen Organisierung.
Über die sogenannte Demokratie in der Gewerkschaft brachte der Kollege ein konkretes Beispiel: Bei der vorjährigen Gehaltsrunde der Versicherungsangestellten kamen aus mehreren Betrieben Resolutionen, die von ca 2000 Kollegen unterschrieben waren und die von einigen tausend Kollegen unterstützt wurden. In diesen Resolutionen wurde eine Erhöhung von mindestens 15% gefordert. Daraufhin war Zentralsekre-

tär Dallinger auf den Plan getreten, hatte die Herrn Funktionäre bald zurückgepfiffen und die Resolutionen blieben unberücksichtigt. Eine vom Betriebsrat der Ersten Allgemeinen Versicherung verlangte schriftliche Stellung nahme ist bis heute nicht eingelangt.
In seiner Antwort auf die Diskussionsbeiträge ging der Zentralsekretär auf die Tatsachen nicht ein, versuchte die Diskussionsredner zu diffamieren und betonte zwei Dinge: der ÖGB bleibt bei seinen Formen der Demokratie, der ÖGB bleibt bei der Sozialpartnerschaftpolitik. Nach diesem Schlußwort, verließ er wegen eines anderen Termins die Versammlung.

ÖGB - Institut sperrt Betriebsrat aus

Das "Österreichische Institut für Berufsbildungsforschung", eine Gründung der Arbeiterkammer und des Berufsförderungsinstitutes des ÖGB, hindert den gewählten Betriebsrat, seine Funktionen wahrzunehmen. Geschäftsführung und Institutsleitung behaupten, am 1.Februar per 1.April den schließlich zum Betriebsrat gewählten Angestellten gekündigt zu haben.Die als Institutsleiter auftretenden Spitzenfunktionäre von ÖGB und Kammer störte es bei diesem Hinauswurf kaum, daß eine Abmachung über einen Kündigungsschutz bis zum 15.Februar bestand, sowie daß der einseitig gekündigte Angestellte als Betriebsratskandidat schon seit Ende Jänner Kündigungsschutz genoß. Bezeichnenderweise mußte die angebliche Kündigung vom 1.Februar in einem Brief vom 13. März erst "zur Kenntnis gebracht werden."
Dem ständig steigenden Arbeitsdruck an diesem Forschungsinstitut, den Antreiber - und Kontrollmaßnahmen seitens der Geschäftsführung und Institutsleitung versuchte die Belegschaft des Instituts mit gewerkschaftlicher Organisation, mit der Wahl eines Betriebsrates und mit einer betrieblichen Vereinbarung zu begegnen.
Um dieser "Gefahr" zu entgehen, kennt die Leitung des "Arbeitnehmer"-Instituts ab 1.April nur mehr das Hausverbot für den Betriebsrat ihrer Belegschaft.
Das "Österreichische Institut für Berufsbildungsforschung" wurde einst als Forschungsstätte zur Untersuchung unterprivilegierter Bildungschancen ökonomisch weniger begüterter und sozial tiefer gestellter Schichten gegründet.Zynisch gibt die Institutsleitung vor, daß das Unternehmen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterbewegung verpflichtet sei.Diese hohen Ideale spotten Hohn den Möglichkeiten für gewerkschaftliche Demokratie durch die Belegschaft.

Die Belegschaft des Institutes bestand aber in solidarischer Haltung auf Rücknahme der Kündigung des gewählten Betriebsrates und damit auf Anerkennung der rechtmäßig stattgefundenen Betriebsratswahl.
Die Furcht vor einem bevorstehenden Streik und die kompromißlose Zurückweisung von Spaltungsversuchen veranlaßten Geschäftsführung und Institutsleitung, die berechtigten Forderungen der Belegschaft des ÖIBF zu akzeptieren.



ORTSGRUPPE ALSERGRUND

Die Mitglieder sind mit der Sozialpartnerschaftspolitik unzufrieden

Am 14.3. fand die Jahresversammlung der Ortsgruppe Alsergund statt. Auf der Tagesordnung standen der Tätigkeits- und Finanzbericht, die Neuwahl des Ortsgruppenausschusses und ein Referat des Zentralsekretärs der Gewerkschaft der Privatangestellten.
Über die Tätigkeit während des Jahres waren nicht viel Worte zu machen. Im Wesentlichen bestand sie aus einem Betriebsräteseminar, 6 Lichtbildervorträgen, dem erfolgreichen Verkauf von Kinokarten und 8 Exkursionen, wobei Ortsgruppenleiter Swoboda betrübt feststellen mußte, daß Exkursionen von den Unternehmern immer weniger gern gesehen werden.
Ebenso war auch die Wahl nur eine Sache von 5 Minuten. Die Kandidaten wurden vorgelesen - und da niemand Einwände hatte - einstimmig angenommen.
Anschließend hielt der Zentralsekretär Braun ein Referat über die allgemeine Lage und über die Politik des ÖGB.
Unter den Mitgliedern herrschte Unzufriedenheit über die Politik der Gewerkschaftsführung, die den Preissteigerungen und dem Steuerdruck tatenlos zusieht. Es wird den Mitgliedern immer deutlicher, daß die Gewerkschaftsführung ihre Politik nicht danach ausrichtet, was die Arbeiter und Angestellten brauchen und durchzusetzen bereit sind, sondern von den Interessen der Unternehmer abhängig macht.
Gegen die immer häufiger werdenden Angriffe auf die Politik der Sozialpartnerschaft führte Braun aus, daß "die Zusammenarbeit mit den Unternehmern sich in den vergangenen Jahren bewährt habe und der Bevölkerung viele Vorteile gebracht habe", daß aber diese Form der Zusammenarbeit auf freiwilliger Basis bestehe und "wenn die Mitglieder es wünschen, diese Taktik sofort geändert werden könne".
Wurden denn die Mitglieder jemals gefragt, ob sie die Sozialpartnerschaft wollen? Es ist eine Tatsache, daß die Verhandlungen mit den Unternehmern immer unter totaler Ausschaltung der Mitglieder geführt werden und daß auch die Mitglieder niemals gefragt wurden, ob sie mit dem Resultat einverstanden sind. Die große Masse der Gewerkschaftsmitglieder hat kein Mitspracherecht und keine Möglichkeit, die Politik des ÖGB zu beeinflussen.
Die Vorteile der Sozialpartnerschaft haben die Unternehmer in Form von riesigen Profiten einkassiert. Für sie hat sich die Sozialpartnerschaft bewährt.
Diese Jahresversammlung war ein neuer Beweis dafür, daß Einwände und Diskussionsbeiträge von den Anwesenden nicht erwünscht sind. Und wenn sich bei dieser Einschüchterungstaktik dann doch jemand zu Wort meldete, wurde er eingebremst. Kritiken wurden einfach nicht akzeptiert.
Solange die Gewerkschaftsführung eine Politik der Klassenzusammenarbeit und Klassenversöhnung betreibt, wird sie die Interessen der Arbeiter nicht vertreten.
Die Arbeiter und Angestellten müssen die Gewerkschaft wieder zu ihrem Interessensvertreter und zu einem Kampfinstrument machen.



Die Unruhe an den Hochschulen nimmt zu

Die bürgerlichen Bildungspolitiker und Zeitungsschreiber jammern heute viel darüber, daß ein Haufen faulenzender und herumkritisierender Studenten, die es sich auf Kosten der Steuerzahler gutgehen lassen und dem Volk auf der Tasche liegen, die Hochschulen blockieren. "Österreichs Hochschulen, die seit vielen Jahren an chronischer Überfüllung leiden, könnten viel besser ausgenutzt werden, wenn es gelänge, die Studenten durch straffere Studienordnungen zu konzentriertem Studium anzuhalten." (Kurier, Di, 26.3.74). Aber sind denn die Steuergelder der Werktätigen für die Studenten gut ausgegeben, die "brav" und zielstrebig studieren, ohne zu fragen, was ihnen vorgesetzt wird? Werden sie zu Leuten ausgebildet, die der Arbeiterklasse und dem Volk nützen? Oder sollen sie in ihrem späteren Beruf als Juristen, Manager, Betriebswirtschaftler, Ingenieure usw. nicht vielmehr Tätigkeiten ausüben, die ganz und gar nicht nach den Bedürfnissen des Volkes ausgerichtet sind, sondern nur den Kapitalisten dienen? Schaut nicht die "Hilfe" der Ärzte so aus, daß sie nur die Schäden notdürftig kurieren, die der kapitalistische Produktionsprozeß an der Gesundheit der arbeitenden Menschen anrichtet, und dabei eine Masse Geld scheffeln? Werden nicht die Gymnasial- und Hochschullehrer darin eingeübt, die Studenten durch bürgerliches Leistungsstreben und Karrieredenken von der werktätigen Bevölkerung abzusondern und eng an die Interessen der herrschenden Klasse zu binden? Dazu sollen die Hochschulen heute "besser" ausgenutzt werden, durch straffere und effektivere Studiengänge.

Die Bewegung der Kritik und Entlarvung der kapitalistischen Ausbildung und Wissenschaft entwickelt sich

Genau das beginnen die fortschrittlichen Studenten zu durchschauen: Daß sie im Kapitalismus nur zu Lakaiendiensten für die Kapitalisten und ihren Staat ausgebildet werden, und daß eine Ausbildung im Dienste des Volkes erst durch den Sozialismus möglich wird. Und sie nehmen sich die Freiheiten, diese Ansichten unter ihren Kollegen weiterzuverbreiten. Sie treten gegen die reaktionären Krisenmaßnahmen der Kapitalisten und ihres Staates, die Politik der "Notgemeinschaft" zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, auf und diskutieren über die antiimperialistischen Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker, um die Solidarität zu stärken. Sie tun dies auch, wenn die Professoren sie niederschreien und drohen, sie aus ihren Lehrveranstaltungen hinauszuschmeissen und durchfallen zu lassen.

Die Regierung und ihr Wissenschaftsministerium setzen heute alles daran, die Hochschulausbildung nach den Anforderungen der kapitalistischen Profitproduktion zu verbessern, die Studiengänge zu verkürzen und zu straffen, die Hochschulausbildung fest in den Griff zu bekommen. Der Staat greift zu einer immer kleinlicheren Kontrolle über die Inhalte des Studiums und erläßt immer gehässigere Prüfungsbestimmungen. Diese Maßnahmen sollen ein geregeltes und geplantes Studium gewährleisten und Ruhe und Ordnung auf den Hochschulen aufrechterhalten. Sie rufen jedoch den Unmut und die Empörung einer wachsenden Anzahl von Studenten hervor, auch solcher, die bisher mit "Politik" nichts zu tun haben wollten.

Die materielle Lage der Studenten verschlechtert sich

Gleichzeitig mit der Verschärfung der Bevormundung und Kontrolle wächst auch der Druck auf die materielle Lage der Studenten. Der Staat ist heute genötigt, Stipendien zu vergeben. Aber nicht aus Humanitätsgründen, sondern einzig und allein, um die Heranbildung einer ausreichenden Anzahl von Hochschulabsolventen - von Agenten der ökonomischen Ausbeutung, der politischen Herrschaft und der ideologischen Versklavung des Volkes - zu gewährleisten. Diese können heute immer weniger nur aus der bürgerlichen Klasse selbst rekrutiert werden, und so müssen zunehmend Kinder aus werktätigen Schichten und Klassen an die Hochschulen herangezogen werden.

Für die Studenten aber, die keine reichen Eltern haben, die das Studium finanzieren, reicht das Stipendium immer weniger aus, sie fallen ihren Eltern immer mehr zur Last. Die Stipendien sind zwar kürzlich erhöht worden, aber wie soll man mit 2.200.-S im Monat leben, die Zimmermiete zahlen, die fast schon einen Tausender kostet, und auch noch Studienmaterialien kaufen. Diesen Höchstbetrag bekommt aber überhaupt nur ein Bruchteil der Studenten. Und je stärker die Inflation ansteigt und die nominellen Löhne ihrer Eltern steigen, desto mehr wird das Stipendium heruntergedrückt.

Der Kampf um höhere Stipendien

Gegen diesen materiellen Druck beginnen sich die betroffenen Studenten zu wehren. Auf einer Reihe von Hörerversammlungen mit teilweise bis zu 600 Anwesenden wurde die sofortige Anhebung des Höchststipendiums auf einen kostendeckenden Betrag gefordert. Gleichzeitig traten fortschrittliche Studenten dagegen auf, daß die ständig steigenden Kosten für die Hochschulausbildung mittels der Steuerausplünderung auf die werktätige Bevölkerung abgewälzt werden und verlangten vom Staat: "Bezahlen sollen die Kapitalisten!" Sie stellen deshalb die Forderung nach "Abschaffung aller indirekten Steuern" auf, denn diese sind das Hauptinstrument zur Verschärfung der Steuerausplünderung. Gleichzeitig forderten sie "Bestreitung aller Ausgaben für die Hochschulen - wie aller öffentlichen Ausgaben - soweit sie aus Steuern gedeckt werden, ausschließlich aus der progressiven Besteuerung von Einkommen, Vermögen und Erbschaft". Sie treten damit erstens allen Versuchen entgegen, die kapitalistische Hochschulausbildung als eine "Gemeinschaftsaufgabe", an der Ausbeuter und Ausgebeutete gleichermaßen ein Interesse haben, hinzustellen. Und zweitens der Politik der Regierung, die immer offenkundiger werdende Krise der Ausbildungseinrichtung durch neue Steuern für die Werktätigen überwinden zu wollen. Damit erteilten die kommunistischen und fortschrittlichen Studenten auch den bürgerlichen Studentengruppen eine Abfuhr, die dauernd versuchen die Studenten durch Sonderforderungen und Privilegienhascherei weiter vom Volk abzusondern. Daß es einer wachsenden Anzahl von Studenten nicht einfach egal ist, wer ihre Ausbildung bezahlt, und daß sie sich einreihen in den allgemein demokratischen Kampf des Volkes gegen die Steuerausplünderung durch den Staat, das ist etwas äußerst Gutes.

Die Unruhe an den Hochschulen wird anhalten

Die fortschrittliche Bewegung unter den österr. Studenten ist heute nicht besonders breit. Sie entwikkelt sich jedoch ständig und schnell weiter. Das hat sich im Jänner bei den Wahlen zu den Gremien der Österr. Hochschülerschaften gezeigt, bei denen die offen reaktionären Gruppen ÖSU und RFS große Stimmenverluste erlitten. Das zeigt sich andauernd in den Lehrveranstaltungen, wo die Professoren ihre volksfeindlichen Lehren nicht mehr unwidersprochen verbreiten können, auf Hörerversammlungen und politischen Veranstaltungen, auf denen eine große Anzahl von Studenten für fortschrittliche Dinge eintreten. Das zeigt sich am Anwachsen der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung und dem Aufbrechen verschiedener Konflikte wie zum Beispiel dem Kampf gegen die Diskriminierung der ausländischen Studenten. Die Unruhe auf den Hochschulen wird nicht nachlassen. Denn ihre Ursachen, die in der Verschärfung der Gegensätze in der Gesellschaft und in der ganzen Welt zu suchen sind und nicht nur im Umkreis der Hochschulen, werden nicht verschwinden, sondern weiterhin und stärker wirken.

H.V.

Der Kampf gegen die Diskriminierung der ausländischen Studenten

Am Donnerstag, den 14.3. traten die ausländischen Kollegen im Vorstudienlehrgang in Wien Ottakring geschlossen in den Streik gegen ihre Diskriminierung, gegen die permanente Unterdrückung und Kontrolle.
Der Vorstudienlehrgang, das ist ein besonderer "Vorbereitungskurs", den die Studenten aus unterentwickelt gehaltenen Ländern durchlaufen müssen. Die ausländischen Studenten forderten die Ersetzung dieses Vorstudienlehrganges durch einfache Deutschkurse innerhalb der Hochschulen.
Denn im Vorstudienlehrgang wird ihnen die Kolonialisierung ihrer Heimatländer, die brutale Unterjochung und Ausplünderung ihrer Völker als "zivilisatorische Rolle der abendländischen Kulturgemeinschaft" dargestellt und solche imperialistischen Theorien sollen sie auch noch einpauken. Die Studenten aus Afrika, aus Persien, den arabischen Ländern, aus der Türkei und Griechenland, sollen dort zu willfährigen Handlangern der neokolonialistischen Politik der österreichischen Bourgoisie herangezogen werden, die sich überhaupt nicht mehr um die Bedürfnisse und Interessen ihrer Völker kümmern.
Dagegen haben sich die ausländischen Studenten zur Wehr gesetzt - gegen die Verfolgung jeder fortschrittlichen politischen Regung im Vorstudienlehrgang, gegen die Bespitzelung auf den Hochschulen durch ein System von "Vertrauensdozenten", die direkte Handlanger der Fremdenpolizei sind. (Firnberg: "Die Vertrauensdozenten unterstehen dem Innenministerium")

Weg mit dem «Vorstudienlehrgang» und dem österreichischen Auslandsstudentendienst

Der Kampf der ausländischen Kollegen ist gerecht, und so mußte er bei den inländischen Kollegen breite Unterstützung finden.
Noch am Freitag demonstrierten an die 300 Studenten für die Forderungen der ausländischen Kollegen, auf Hörerversammlungen wurden Solidaritätsresolutionen beschlossen und am Dienstag zwangen ca.400 Studenten im Hof der Universität den Rektor, sich einer Diskussion zu stellen. Dieser entlarvte sich gründlich und zog den Zorn der ausländischen Studenten auf sich, als er den "österreichischen Auslandsstudentendienst" (ÖAD) als "Serviceleistung" bezeichnete. Dieser ÖAD hatte nämlich bisher als Handlanger der Industriellenvereinigung, des Wissenschaftsministerium, der Hochschulbürokratie und der ausländischen Botschaften den Vorstudienlehrgang und das Vertrauensdozentensystem organisiert. Am Mittwoch zogen dann an die 800 Studenten zum Wissenschaftsministerium, um einer Delegation, die dort verhandelte den entsprechenden Rückhalt zu geben. Ihre Losungen und Forderungen fanden Sympathie in der Bevölkerung. Da Minister Firnberg die Delegation im wesentlichen mit leeren Versprechungen abzuspeisen versuchte, setzen die ausländischen Studenten den Streik fort, und ihre Kollegen in Graz und Linz schlossen sich ihnen an.

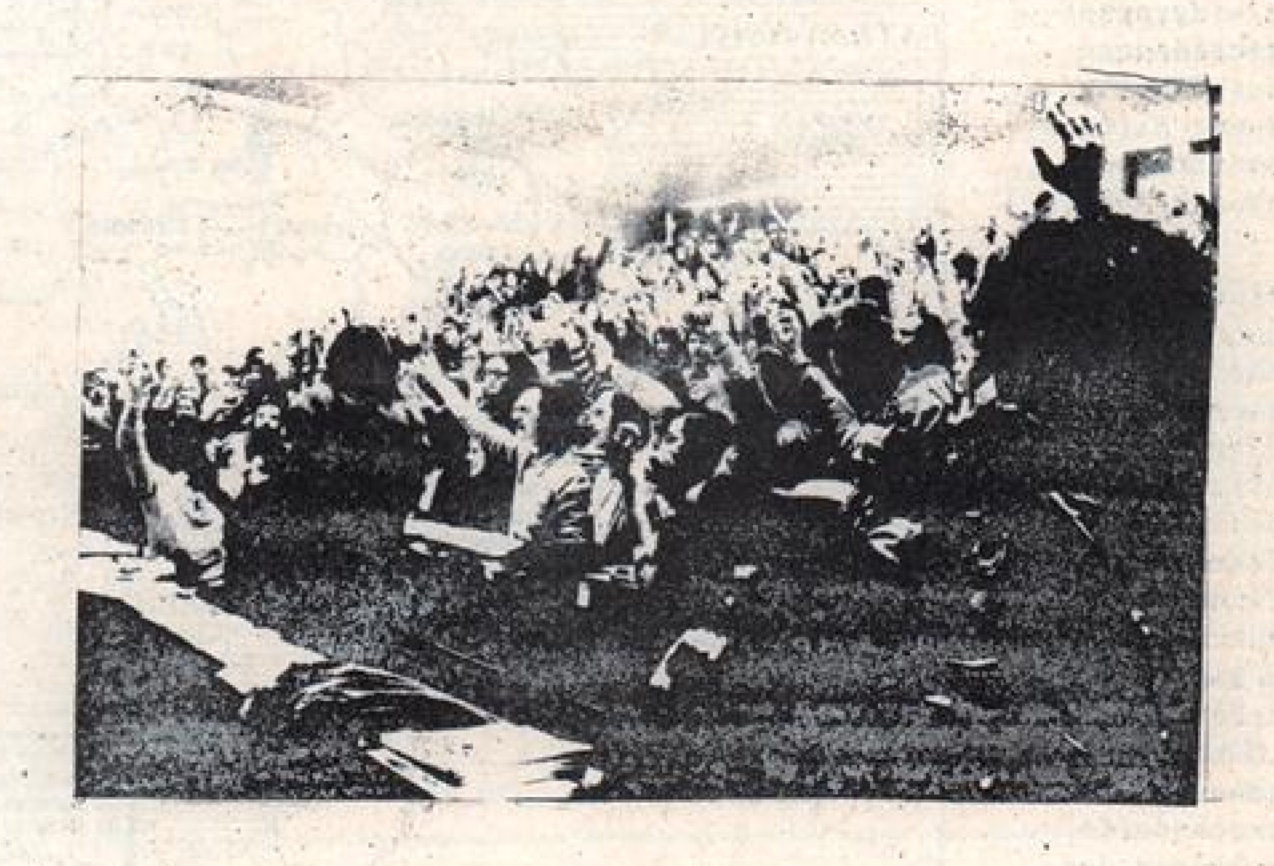
So konnten das Ministerium und die Rektorenkonferenz schließlich zu einigen wichtigen Zugeständnissen gezwungen werden. Der Vorstudienlehrgang wird ab nächstem Semester abgeschafft und die Vorbereitungskurse sollen in den normalen Hochschulbetrieb integriert werden. Jedoch auch dieses Semester wird der Vorstudienlehrgang sicher nicht mehr in der alten reaktionären Weise fortgeführt werden können. Die Vertrauensdozenten verlieren ihre Polizeifunktion. Wie die Polizei die Aufenthaltsgenehmigungen vergibt, ist allerdings noch nicht klar.

Für die völlige rechtliche Gleichstellung aller in Österreich arbeitenden oder studierenden Ausländer

Eine Reihe von Forderungen sind allerdings noch nicht erfüllt und der Kampf muß weitergehen auf der Linie: "Völlige rechtliche Gleichstellung aller Ausländer, die in Österreich arbeiten oder ausgebildet werden, mit den Inländern."
Diese demokratische Forderung richtet sich gegen die Politik der Bourgoisie, das Volk zu spalten und In- und Ausländer gegeneinander auszuspielen. Den fortschrittlichen Studenten wurde klar, daß nur diese Forderung dem Kampf gegen die Unterdrückung und Diskriminierung der Ausländer eine konsequente Ausrichtung geben kann.
Da sich der Streik und die Solidaritätsbewegung der fortschrittlichen Studenten nicht einfach totschweigen ließen, veranstalteten die bürgerlichen Zeitungen eine große Hetze. Sie schreckten vor keinen Verdrehungen und Lügen zurück, um diese gerechte Sache im Volk zu diffamieren. Staberl von der "Kronenzeitung" behauptete glatt, die ausländischen Studenten weigerten sich, die Landessprache zu erlernen und erklärte sie zu "Narren oder Subjekten mit offenbar dunklen Zielen". Die ausländischen Studenten protestierten jedoch gegen ihre Kontrolle und Bespitzelung, dagegen, die deutsche Sprache in einer besonderen Zwangsanstalt lernen zu müssen. Diese Hetze zeigt, was für eine wichtige Rolle die Sonderbehandlung der Studenten aus unterentwickelt gehaltenen Ländern für die imperialistische Politik der österreichischen Bourgoisie spielt.

V.H.

600 Studenten beschließen auf einer Hörerversammlung eine Solidaritätsresolution mit dem Kampf ihrer ausländischen Kollegen

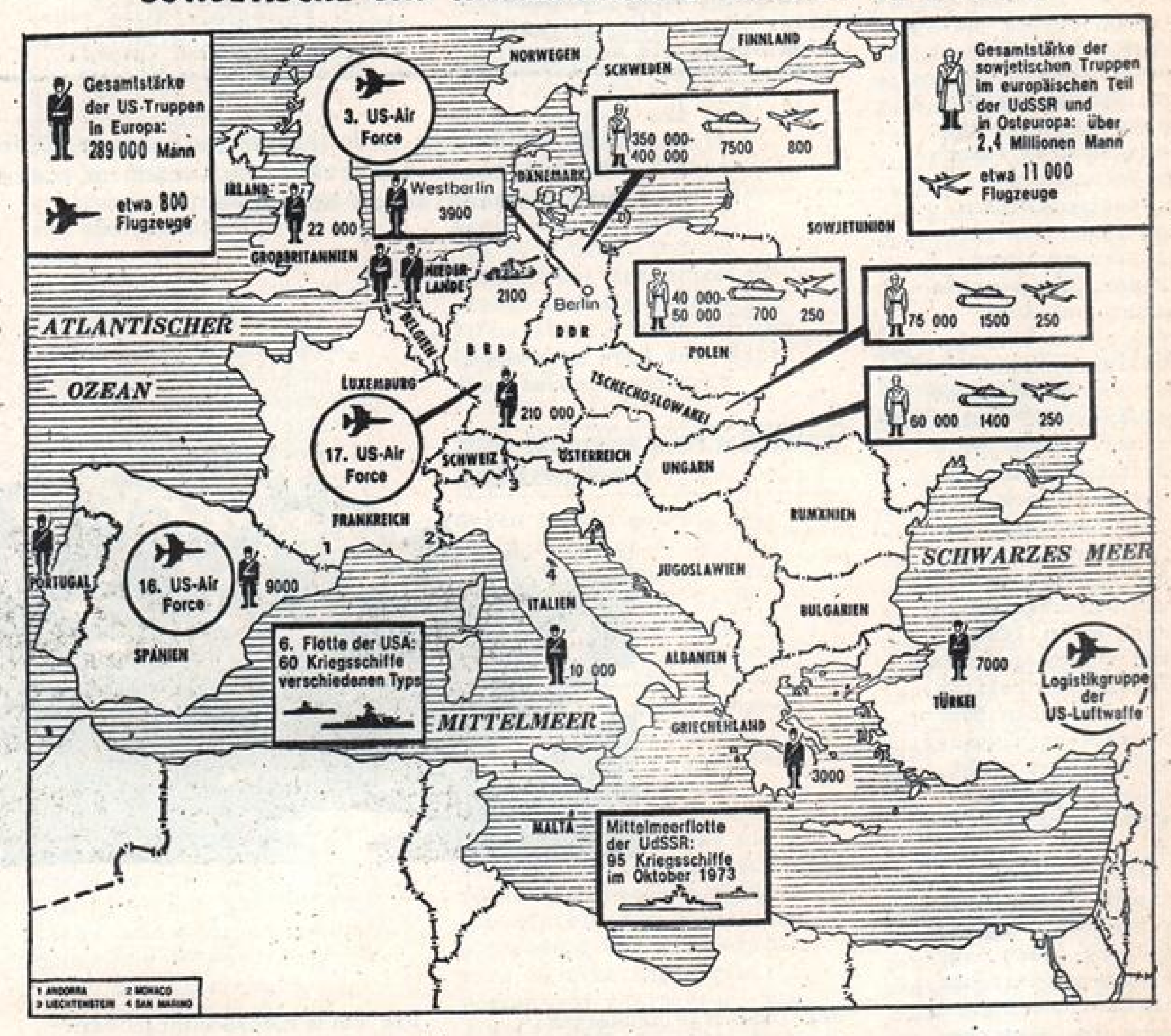


EUROPA – USA

Die Widersprüche zwischen den Imperialisten verschärfen sich

Am 23.April 1973 schlug Henry Kissinger, der jetzige Außenminister der USA, die Abfassung einer neuen Atlantic-Charta vor und ernannte das Jahr 1973 schon im vorhinein zum Jahr Europas. Es war dies ein Versuch der USA, auf die sich seit den 5o-er Jahren wandelnde Weltlage zu reagieren und das Verhältnis zu Europa neu festzulegen. 1973 wurde allerdings nicht zum Jahr Europas. Nixon blieb nichts anderes übrig, als seine Reise nach Westeuropa abzublasen, weil man sich auf keine neue Charta einigen konnte. Am augenscheinlichsten wurden die Widersprüche bei den verschiedenen Vorstellungen zur Behebung der Ölkrise und der Haltung zu den arabischen Staaten während und nach dem Nah-Ost-Krieg.

Die USA-Imperialisten wollten gegenüber dem Unabhängigkeitsstreben der arabischen Staaten eine gemeinsame Haltung aller westlichen Imperialisten durchsetzen. Die Forderung nach der Formierung der imperialistischen Länder unter der Führung der USA begründeten sie damit, "daß die westliche Zusammenarbeit aufs höchste von der sich abzeichnenden Bewußtwerdung der rohstoffreichen Erzeugerländer der Südhalbkugel gefährdet" sei. Damit wollten die US-Imperialisten zweierlei erreichen: Die Vorherrschaft der USA über den Nahen Osten sowie über die europäischen Länder, die in ihrer Ölversorgung fast ausschließlich von arabischem Öl abhängig sind, aufrechtzuerhalten. Einen gewissen Erfolg konnte diese Politik auf der Washingtoner Energiekonferenz erzielen, wo nur die französische Regierung gegen die amerikanischen Vorstellungen auftrat, eine Art Verbraucherkartell zu bilden, um die Erzeugerländer unter Druck setzen zu können. Heute noch wirft der französische Außenminister den USA vor, sie wollten "allen wirklichen Selbständigkeitsbestrebungen der 9 EG-Staaten einen Riegel vorschieben" und daß die Forderungen der USA "praktisch zu einer Aufnahme der Vereinigten Staaten in die Beratungen der Europäischen Gemeinschaft führen" würden.



Europa will sich seine Rohstoffversorgung sichern

Die Franzosen wollen das Ölgeschäft auf bilateralem Weg abschließen, unter Ausschaltung der USA und den von ihnen kontrollierten Ölkonzernen. Europa muß sich seine Rohstoffversorgung sichern. Um diese Sicherung geht es Frankreich. Die Politik der französischen Regierung ist aber dabei nicht grundsätzlich verschieden von der, die die anderen europäischen Länder durchführen wollen. Bürgerliche Kommentatoren meinen, daß die Franzosen das aussprechen, was die übrigen Länder auch tun wollen. Das zeigt sich unter anderem schon darin, daß nur wenig nach der Washingtoner Energiekonferenz die EWG den arabischen Ländern ein großes Angebot zu verstärkter wirtschaftlicher Zusammenarbeit gemacht hat, also genau den Weg eingeschlagen hat, den die französische Regierung auch schon auf der Washingtoner Energiekonferenz durchsetzen wollte.

Was sind die Gründe dieser Differenzen

Im Laufe von 2 Weltkriegen haben die europäischen Länder, die Kernländer des Imperialismus, ihre Vormachtstellung im imperialistischen System verloren. Fast gänzlich ihrer Kolonien beraubt, mußten sie zusehen, wie die USA sich als unumschränkte Führermacht der imperialistischen Welt etablierten. Während Europas Wirtschaft völlig darniederlag, hatten die USA keine Kriegsschäden aufzuweisen und die amerikanische Wirtschaft expandierte gewaltig. Gerade die "Wirtschaftshilfe" der USA zum Neuaufbau Europas war ein ausgezeichneter Schachzug, um über Europa die ökonomische Herrschaft zu erlangen. Heute liegen in Europa ungefähr 1/3 aller auswärtigen amerikanischen Kapitalanlagen.

Die Vorherrschaft der USA

über die imperialistische Welt ist heute beileibe nicht mehr so unumschränkt wie nach dem 2.Weltkrieg. Zum einen ist mit der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion eine neue, beinahe ebenso starke Supermacht entstanden, die zu den USA in einem erbitterten Konkurrenzverhältnis steht, zum anderen setzen die europäischen Staaten immer energischere Schritte, um zu einer Einigung Europas zu kommen. Das ist der Ausdruck dafür, daß der europäische Kapitalismus seine Nachkriegskrise überwunden hat und gewillt ist, wieder in die imperialistische Konkurrenz einzusteigen. Ein geeintes Europa ist nichts anderes als eine imperialistische Supermacht, ein nicht zu unterschätzender Konkurrent, sowohl des US-Imperialismus, als auch des Sozialimperialismus.

In dieser Situation der verschärften Konkurrenz ist es den europäischen Kapitalisten ganz klar, daß sie sich, wenn überhaupt, nur gemeinsam gegenüber den beiden imperialistischen Supermächten behaupten können. Die Einigung Europas zustandezubringen ist daher ihr Hauptanliegen. Dem ordnen sie auch ihre Politik gegenüber den USA unter. Die Einigung geht allerdings nur zögernd vor sich. Sie ist nämlich nur möglich durch eine weitgehende Einschränkung der Konkurrenz unter den europäischen Ländern selbst unter der Führung einer Nation. So wie die Dinge stehen, kann das nur die BRD oder Frankreich sein.

Darüber hinaus droht der Aufschwung der Befreiungsbewegungen dem Imperialismus die wichtigste Stütze seiner Herrschaft zu entreißen: die Möglichkeit der Ausbeutung der Rohstoffe und der billigen Arbeitskräfte in den Kolonien und den formal unabhängigen, in Wirklichkeit aber völlig vom Imperialismus abhängigen Ländern. Das Erwachen dieser Länder, ihre beständigen Versuche, sich vom Imperialismus zu lösen, sind ein schwerer Schlag gegen das imperialistische System insgesamt, das die Konkurrenz und Widersprüche der verschiedenen imperialistischen Länder untereinander noch mehr verschärft.

Europa ist das Zentrum des Ringens der Supermächte

An der Vereinigung Europas haben weder die USA noch die Sowjetunion Interesse. Beide ringen um die Vorherrschaft und Europa ist dabei das Zentrum ihres Ringens. Lenin hat darauf hingewiesen: "Für den Imperialismus ist gerade das Bestreben charakteristisch, nicht nur agrarische Gebiete, sondern sogar höchst entwickelte Industriegebiete zu annektieren(....),denn erstens zwingt die abgeschlossene Aufteilung der Erde bei einer Neuaufteilung die Hand nach jedem beliebigen Land auszustrecken, und zweitens ist für den Imperialismus wesentlich der Kampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie,d.h. nach der Eroberung von Ländern nicht so sehr direkt für sich als vielmehr zur Schwächung des Gegners und Untergrabung seiner Hegemonie" (Lenin, Ausgewählte Werke,1970, 253, 4). Die USA sind bestrebt, ihre Vorherrschaft in Europa zu halten und zu festigen, die Sowjetunion will sie von Osteuropa ausgehend erringen. Für beide ist es daher notwendig, die Einigung Europas zu behindern und wenn möglich zu verhindern. Die USA wollen eine Einigung Europas nur unter ihrer Führung zulassen, wenn überhaupt. Die USA lassen auch überhaupt keinen Zweifel daran, daß es bei ihrer Europapolitik einzig und allein um ihre eigenen imperialistischen Interessen geht:"Wir sind nicht in Europa, um die europäische Sicherheit zu gewährleisten, sondern um Amerikas Sicherheit zu garantieren. Es wäre ein Irrtum, zu glauben, als handelten wir aus Sorge um die Interessen Europas" (der für Europa zuständige US-Außenminister Hartmann, zit. nach Süddeutsche Zeitung, 11.März).

Die jetzigen Differenzen zwischen den USA und Europa sind also Widersprüche zwischen den Imperialisten selbst. Die imperialistische Konkurrenz ist unerbittlich.Kooperation und Zusammenarbeit sind immer nur zeitweilig und reine Zweckbündnisse. Sie werden aufgekündigt, wenn die eigenen imperialistischen Interessen das erfordern. In unmittelbarer Zukunft werden die europäischen Staaten sicher nicht getrennt von den USA marschieren, dazu sind sie ökonomisch, vor allem aber militärisch,noch zu schwach. Das Bündnis mit den USA wird daher noch weiterbestehen, was sich hauptsächlich aus der Konkurrenz und Bedrohung durch die imperialistische Sowjetunion ergibt. Was die europäischen Staaten aber jetzt schon anstreben, ist, ihren Spielraum so weit als möglich zu vergrößern und alle Bedingungen zur ungehemmten Entfaltung der eigenen imperialistischen Politik zu schaffen.

Die Arbeiterklasse hat keinerlei imperialistische Interessen

Die imperialistische Konkurrenz wird immer auf dem Rücken der Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker ausgetragen. Um sich günstige Ausgangspositionen im Kampf um die Aufteilung der imperialistischen Beute zu sichern, müssen die einzelnen Bourgeoisien die ökonomische Ausbeutung und die politische Unterdrückung in ihren eigenen Ländern verschärfen. Gerade die letzten Jahre sind gekennzeichnet durch einen sich verschärfenden Angriff auf die Lebensbedingungen des werktätigen Volkes in allen imperialistischen Ländern. Die Entwicklung der Widersprüche zwischen den Imperialisten zu verfolgen, ist für die Völker Europas von größter Bedeutung. Sie dürfen sich aber nicht vor den Karren der Bourgeoisie spannen lassen. Die Interessen der Arbeiterklasse und der Völker Europas decken sich weder mit denen der amerikanischen, noch denen der sowjetischen, noch denen der europäischen Bourgeoisie. Worauf es für das werktätige Volk ankommt, ist der Sturz der Bourgeoisie im eigenen Land.

K.P. Sch.

Ausstellung archäologischer Funde aus der VR CHINA in Wien



Vom 23. Februar bis 20. April findet im Museum für Angewandte Kunst (Wien 1, Stubenring 5) eine Ausstellung äusserst bedeutender archäologischer Funde aus der VR China statt (geöffnet täglich 10 - 20 Uhr).
Sie steht unter der Devise, die ihr der Vorsitzende Mao Tsetung mitgegeben hat: "Die Vergangenheit möge der Gegenwart dienen."

AUFBAU DES SOZIALISMUS

CHINA

Neue Wohnungen für die Werktätigen in der Stadt

Von 1949, als die Volksrepublik China gegründet wurde, bis zum Jahre 1971, dem ersten Jahr des 4. Fünfjahresplanes für die Entwicklung der Volkswirtschaft, wurden über 62 Millionen Quadratmeter (über 1 Million Wohnungen) in acht großen und mittelgroßen Industriezentren für Arbeiter, Angestellte und ihre Familien gebaut.

Die vom Staat gebauten Häuser werden von städtischen Wohnungsbüros verwaltet oder befinden sich in der Hand von Fabriken und Amtsstellen. Die Miete für eine Wohnung einschließlich Wasser, Elektrizität und Zentralheizung beläuft sich auf etwas 5% des Lohnes eines gewöhnlichen Arbeiters, und es gibt keine Extrakosten für Reparaturen und Instandhaltung.

Vor der Befreiung, als das Land noch unter der Herrschaft des Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus stand, lebte die Masse der Werktätigen in aus Abfallmaterial gebauten Hütten, in vor Schmutz starrenden Gossen und in existenzbedrohten Häusern. Viele hatten überhaupt kein Obdach und sie mußten in verfallenden Tempeln oder unter Dachtraufen Schutz suchen.

In seinem Werk"Zur Wohnungsfrage" schrieb der Lehrer der Revolution, Engels, 1887: "Um dieser Wohnungsnot ein Ende zu machen ,gibt es nur ein Mittel: die Ausbeutung und Unterdrückung der arbeitenden Klasse durch die herrschende Klasse überhaupt zu beseitigen." Dies war auch der Fall im alten China.

In den 24 Jahren vor der Befreiung haben sich die Wohnbedingungen der Werktätigen stetig verbessert. Die Regierung folgte treu der Richtlinie des Vorsitzenden Mao: "Unabhängigkeit und Selbstständigkeit, Vertrauen in die eigene Kraft." Ungefähr 3oo Städte sind neu entstanden oder wurden einer großangelegten Verbesserung unterzogen. Bauarbeiten wurden in 2ooo Ortschaften und Industriebezirken unternommen. Auch das Erscheinungsbild Pekings wurde geändert. Für über 6oo.ooo Familien Werktätiger wurden neue Wohnungen gebaut.

Peking: Von Hütten zu Häusern

Die Herrschaft der Imperialisten und Tschang Kai Scheck-Reaktionäre hatte zur Folge, daß die Wirtschaft im alten China rückständig blieb. Sofort nach ihrer Bildung unternahm die Volksrepublik Schritte, um den Arbeitslosen Hilfe zu leisten, ihnen Lebensmittelunterstützung und Geldmittel zu geben und Arbeit zuzuweisen.
Zugleich ging sie daran, ihr Wohnungsproblem zu lösen. Um Zehntausenden Pekingern neue Wohnungen zu verschaffen, begannen die Bezirksverwaltungen der Stadt, die Abfälle wegzuräumen und Häuser, Kanalisationsanlagen und Straßen in den von den Werktätigen bewohnten Vierteln zu bauen. Gleichzeitig mobilisierten sie die Wohnungsbesitzer, ihre Wohnungen wieder instand zu setzen.
Seit 1953 ist der Wohnungsbau Teil des Staatsplans für die Entwicklung der Volkswirtschaft. Eine große Anzahl von Arbeiterwohnvierteln wurde in den neu entstehenden Industriegebieten am Stadtrand von Peking errichtet.

In der Stadt und ihrer Umgebung gibt es viele neue Industrieviertel, darunter mehr als 30 große, von denen jedes mehrere Dutzend Wohnblocks hat. In jedem Wohnviertel gibt es Restaurants, Warenhäuser, Schulen, Krankenhäuser, öffentliche Bäder, Friseure und Lebensmittelläden. Jedes Viertel ist mit Autobus und O-Bus-Anschlüssen gut versorgt.

Niedrige Mieten

Die städtischen Grundstücke gehörten vor der Befreiung zum größten Teil den Bürokraten, Verrätern und Kapitalisten, die hohe Mieten eintrieben. Die Mieter wurden durch viele Tricks ausgebeutet z.B. das "Schlüsselgeld" (Ablöse), sowie "Gelder für Hausreinigung", "Vermittlungsgebühren" usw. Diese Summen waren im allgemeinen - das ist auch uns wohlbekannt - einige Male höher als die monatliche Miete. Der Hausbesitzer trug keine Verantwortung für die Reparatur der Häuser, und sogar für die wackeligsten Hütten wurden ungeheuerliche Beträge eingetrieben.
In vielen Mietverträgen gab es unter anderem folgende Klausel: "Der Besitzer trägt keine Verantwortung für Todesfälle, verursacht durch Einstürzen des Hauses." Die Werktätigen mußten sich diese Bedingungen gefallen lassen, wollten sie eine Unterkunft haben.
Nach der Befreiung beschlagnahmte die Volksregierung die Grundstücke der Kapitalisten und schaffte die hohen Mieten und die "Nebenkosten" ab. Die sozialistische Umgestaltung des Privateigentums an Mietshäusern wurde unter Leitung des Staates 1958 durchgeführt.
Die vom Staat festgelegten Mieten sind sehr niedrig und hängen von den Baukosten pro m^2 ab. Die monatliche Miete für eine Zweizimmer-Wohnung mit Küche und Toilette kostet 6 - 7 Yuan, etwa 5 % des monatlichen Einkommens einer Arbeiterfamilie, in der Mann und Frau arbeiten.

Die Verwaltung der Wohnhäuser

Das staatliche Organ Pekings für Wohnungsangelegenheiten ist die Liegenschaftsverwaltung. Zweigstellen gibt es in jedem Stadtviertel, Bezirk und Wohnzentrum. Insgesamt zählt die Verwaltung 3o.ooo Mitarbeiter, darunter die Arbeiter für die Instandhaltung der Häuser und Verwaltungspersonal. Die Liegenschaftsverwaltung arbeitet jedes Jahr entsprechend dem Bedarf einen Bauplan aus. Nach Fertigstellung übergibt die Bauabteilung die Häuser der Verwaltungsstelle, die für die Zuteilung der Wohnungen, das Einkassieren der Mieten und die Reparatur verantwortlich ist. Die Verwaltung untersucht und repariert die Häuser regelmäßig und tut ihr Bestes, um den Einwohnern jede Mühe zu sparen.

Die Kader des Zentrums arbeiten auch sonntags, um für jene Familien da zu sein, in denen Mann und Frau während der ganzen Woche arbeiten und nur am Sonntag zu ihnen kommen können. Kleine Briefkästen wurden in den Wohnzentren angebracht, um Meinungen und Wünsche der Einwohner zu sammeln. Die Arbeiter machen oft Rundgänge durch Strassen und Wohnblocks, um Mängel frühzeitig festzustellen.
Bevor die Regenzeit kommt, überprüfen sie, ob es in den Häusern Risse gibt, und dichten die Dächer ab.
Vor dem Sommer reparieren sie die Fliegengitter an den Fenstern und Türen, im Herbst überprüfen sie die Zentralheizung. Kleine Pannen in der Wasser- und Elektrizitätsversorgung werden sofort behoben. Die so entstehenden Ausgaben werden vom Staat durch die Mieten bestritten.
Jeder Kader der Verwaltungsstelle ist für eine große Anzahl von Gebäuden verantwortlich und hat mit vielen Menschen zu tun. Sie tun ihr Bestes, um den Einwohnern zu dienen, wobei sie stets die Interessen der Werktätigen in den Vordergrund stellen. Sie suchen Mittel und Wege, um für jene, die Raum benötigen, diesen zu besorgen, und machen sich die eigene Position nicht zunutze, um sich bessere Wohnungen zu verschaffen .
YÜ DSUNG-YI, ein Parteisekretär der Verwaltungsstelle DJIANGUOMEN im südöstlichen Peking, verwaltet z.B. 5o.ooo meterne Wohnungen. Obwohl er schon seit 17 Jahren hier arbeitet, wohnt er noch immer in zwei einfachen Zimmern eines umgebauten Schuppens. Als ihn ein leitender Kader in seiner Wohnung besuchte und ihm riet, doch umzuziehen, lehnte er den Vorschlag ab und sagte: erst kommen die anderen.

K.P.

INTERNATIONALE KLASSENKÄMPFE

ITALIEN

Valpreda erneut vor Gericht

KLASSENJUSTIZ GEGEN LINKE ZEIGT FASCHISIERUNG DES STAATSAPPARATES

Am Montag, den 18. März begann in Catanzaro (Süditalien) der Prozeß gegen Pietro Valpreda, dem das Attantat auf die Mailänder Landwirtschaftsbank vom 12. Dezember 1969 in die Schuhe geschoben wird. Es gibt seit langem eine Fülle von Beweisen, daß dieses Blutbad von Mailand, bei dem 17 Menschen ums Leben kamen und weitere 120 verletzt wurden, von drei Faschisten begangen worden ist. Einer von ihnen, Pino Rauti, sitzt als Abgeordneter des faschistischen MSI ("Soziale Bewegung Italiens") im römischen Parlament.

Seit 5 Jahren sind Bomben, Anschläge, Schlägereien und Provokationen die Methoden, mit denen die italienischen Faschisten im Dienst der reaktionärsten Kreise der Bourgeoisie Politik machen. Die Faschisten begehen politische Morde, planen den Staatsstreich nach griechischem Vorbild (siehe "Klassenkampf" Nr. 3) und terrorisieren Gewerkschaftsmitglieder und Angehörige der Arbeiterparteien. Ihre Umtriebe werden von den Behörden nicht nur geduldet, sondern massiv unterstützt. Der Terror der Faschisten - das ist eine Antwort der italienischen Bourgeoisie auf die Verschärfung der Klassenkämpfe seit 1968/69.

Faschistischer Terror

Das Mailänder Blutbad vom 12. Dezember 1969 war ein vorläufiger Höhepunkt der systematischen Provokationen der Faschisten. Rund 150 Attentate waren ihm bereits vorausgegangen. Im April 1969 erschoß die Polizei streikende Arbeiter in der süditalienischen Ortschaft Battipaglia. Im selben Monat explodierten zwei Bomben auf der Mailänder Messe (19 Verletzte) und gegen das Wechselbüro des Mailänder Hauptbahnhofs. Wie immer, wenn Bomben in Italien explodieren, richteten sich die polizeilichen Erhebungen fast ausschließlich gegen Linke. Sechs Anarchisten wurden verhaftet und zwei Jahre in Untersuchungshaft festgehalten, obwohl keine Beweise gegen sie vorlagen und obwohl ein vom englischen Journal "Observer" bereits im November 1969 veröffentlichtes Dokument die Mitverantwortung des faschistischen griechischen Geheimdienstes für die Attentate eindeutig bewies. Heute stehen deshalb drei Faschisten unter Anklage: Giovanni Ventura, Franco Freda, Pino Rauti. Alle drei sind Sympathisanten des MSI und Mitglieder der militanten faschistischen Organisation "Ordine Nuovo" (Neue Ordnung).

Obwohl schon im Dezember 1969 starke Verdachtsgründe gegen die drei bestanden, wurde diese Spur von den Strafverfolgungsbehörden nie beachtet. Erst Ende 1971 kam ihre Verantwortlichkeit durch die Ermittlungen des Richters Stiz aus Treviso auf. Auf das Konto von Rauti-Freda-Ventura kommen auch die Bomben, die in der Nacht vom 8. auf den 9. August 1969 in verschiedenen Zügen gelegt wurden und die eine weitere Steigerung der Hetze gegen die Linken zur Folge hatten.

Das Blutbad von Mailand

Mit dem Generalstreik am 19. November 1969 gewinnen die Aktionen der Faschisten neuerlich große Bedeutung für die Bourgeoisie. Ihre Haupttaktik besteht jetzt darin, sich in linke Gruppen einzuschleichen: auf diese Weise können sie die doppelte Rolle von Informanten (zugunsten ihrer draußen gebliebenen Kumpane und der Polizei) und die von Provokateuren spielen, die Attentate vorschlagen oder Zusammenstöße mit der Polizei verursachen.

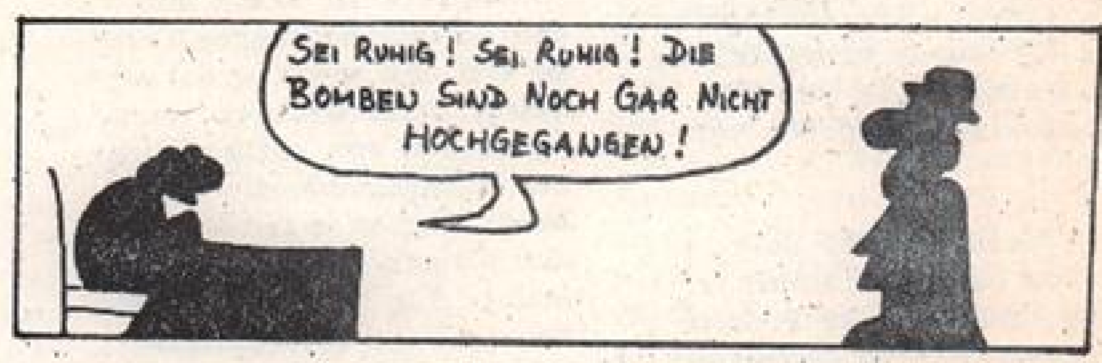
Anarchistische Gruppen und Sekten bieten sich für die Infiltration durch faschistische Provokateure und Polizeispitzel aufgrund ihrer mythischen Gewaltverherrlichung und ideologischen Verwirrung besonders an.

Das ganze Jahr 1969 hindurch wird auf diese Weise das Mailänder Blutbad vorbereitet und konstruiert. Die bürgerliche Presse, die Polizei, der gesamte Staatsapparat bereiten das psychologische Klima vor, die Faschisten, die Spitzel und die Provokateure der Polizei beschäftigen sich mit der materiellen Vorbereitung des Plans und vor allem mit der Konstruktion der "Schuldigen". In die anarchistische Gruppe "22. März" schleichen sich der Polizist Salvatore Ippolito und der Faschist Mario Merlino ein: sie sollen die jungen Anarchisten









zu "Aktionen" überreden, vor allem aber die Polizei und die faschistischen Banditen von ihren Bewegungen, besonders was Pietro Valpreda betrifft, genau informieren, damit die Anschläge den Genossen in die Schuhe geschoben werden können.

Am 12. Dezember war es dann soweit. Es explodierten 2 Bomben in Rom und zwei in Mailand. Die schwersten Folgen hatte der Anschlag auf die Landwirtschaftsbank, wobei 17 Menschen ums Leben kamen und 120 weitere verletzt wurden. Die Untersuchungen richteten sich ausschließlich gegen Linke. Valpreda und andere Mitglieder des "22. März" wurden sofort als verantwortlich erklärt. Bis zum April 1972, als die Ermittlungen des Richters Stiz in Treviso zur Beschuldigung der Faschisten Rauti, Freda und Ventura auch wegen des Mailänder Blutbades führten, sind Valpreda und die anderen Genossen die Angeklagten gewesen. Polizei und Justiz sabotierten von Anfang an die Verfolgung der Spuren, die zu den Faschisten führten. Die Komplicenschaft der Polizei und der Justiz mit den Faschisten scheute vor keinem Mittel zurück. Der Mord an dem Anarchisten Giuseppe Pinelli, der im Laufe eines Verhörs aus dem vierten Stock des Mailänder Polizeigebäudes gestürzt wurde, blieb kein Einzelfall. Viele wichtige Zeugen

gegen die Faschisten wurden durch ähnliche mysteriöse "Unfälle" beseitigt: Faschisten wie Calzolari und Ambrosini, die imstande waren und die Absicht geäußert hatten, wesentliche Eröffnungen zu machen; Genossen wie Casile und Arico, die an einem "Verkehrsunfall" starben, während sie Untersuchungen über die Tätigkeit der Faschisten in Reggio di Calabria machten; der Kronzeuge selbst, Taxifahrer Rolandi, kam ums Leben. Ein Deutscher, Udo Lemke, dem von einigen Faschisten vorgeschlagen worden war, Bomben zu legen, und der hierüber Aussagen machen wollte, ist heute in einem Irrenhaus für Kriminelle eingesperrt.

Willkürliche Ermittlungen, skandalöse Gerichspraktiken

Die Ermittlungen wurden im Zeichen völliger Willkür geführt. So wurde z.B. die Untersuchung von Mailand nach Rom verlegt, weil der Mailänder Richter Anstalten getroffen hatte, auch die Aktivitäten der Faschisten in seine Ermittlungen einzubeziehen. Richter Stiz, ein Demokrat, der gegen die massive Einflußnahme seitens des Justizapparates und der Exekutive Rauti, Ventura und Freda als Schuldige entlarvt hatte, wurde versetzt: als Bezirksrichter in einer kleinen Ortschaft muß er sich seither mit Hühnerdieben herumschlagen.

Obwohl spätestens seit dem Frühjahr 1972 (Stiz' Anklageerhebung gegen Ventura, Rauti und Freda) die Unschuld Valpredas bereits aktenkundig war, blieb er ein weiteres Jahr lang in Haft. Sein Prozeß wurde verschoben, verlegt, wieder verschoben. Pino Rauti war inzwischen aus der U-Haft entlassen worden und sitzt als MSI-Abgeordneter im Parlament. Die Anklage gegen ihn wurde eingestellt, obwohl eine Fülle von Beweismaterial gegen ihn vorliegt.

Jetzt, beinahe fünf Jahre nach dem faschistischen Anschlag, beginnt der Prozeß gegen Valpreda in Catanzaro, weit im Süden, weil die Justiz in Mailand den Druck der Massen fürchtet. Inzwischen müssen sogar die bürgerlichen Zeitungen zugeben, daß der Prozeß einzig und allein das Resultat der einseitigen Ermittlungen der römischen Staatsanwaltschaft ist. In ihrem Zynismus und in ihrer Mißachtung des Volkswillens sind die römischen Behörden ursprünglich sogar soweit gegangen, das Verfahren Valpreda mit dem seit März 1972 eröffneten Verfahren gegen die Faschisten zusammenzulegen. Valpreda hat sich jedoch schärfstens dagegen verwahrt, zusammen mit den Faschisten, die des gleichen Verbrechens beschuldigt werden, vor Gericht zu erscheinen.

Die Massen kämpfen gegen die Klassenjustiz

Es ist nicht zu erwarten, daß Valpreda schuldig gesprochen wird. Nicht deshalb, weil Recht und Gerechtigkeit im kapitalistischen Italien noch etwas gelten, sondern weil der Druck der Volksbewegung gegen die bürgerliche Klassenjustiz im Fall Valpreda bereits so stark ist, daß sich die Herrschenden seine Verurteilung nicht mehr leisten können. Trotz schärfster Repressalien und der planvollen Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparates (aufgrund eines neuen Gesetzes kann die italienische Polizei seit Herbst letzten Jahres beispielsweise auf bloßen Verdacht hin willkürlich Personen festnehmen) wird die fortschrittliche, antifaschistische und sozialistische Bewegung Italiens ständig stärker.

Ununterbrochen arbeiten fortschrittliche Menschen in Italien daran, das Netz der faschistischen Tätigkeiten zu entwirren und die Komplicenschaft des bürgerlichen Staates zu enthüllen.

In allen italienischen Städten steht auf Wänden geschrieben: "Valpreda ist unschuldig! Das Blutbad von Mailand ist vom Staat durchgeführt worden!"; "Rauti, Ventura, Freda - das sind die Mörder!". Es wurden Volksversammlungen und Volksprozesse abgehalten, an denen sich viele Arbeiter beteiligten und wo auf der Anklagebank der bürgerliche Staat und der Faschismus sitzen. Die Massenbewegung des italienischen Volkes gegen die bürgerliche Klassenjustiz hat dazu geführt, daß der Stein, den die Reaktionäre erhoben haben, auf ihre eigenen Füsse fällt. Das italienische Volk beginnt immer klarer zu erkennen, daß der Terror nicht links, sondern rechts steht, daß er ein legitimes Kind der Bourgeoisie und ihres Staates ist.

K.P.Sch.

Kommunistenverfolgung in Italien

Ende März hat die italienische Polizei eine großangelegte Operation gegen die kommunistische "Avanguardia Operaia" ("Arbeiter-Avantgarde") begonnen. Die Büros der Organisation und die Wohnungen ihrer Mitglieder wurden in einer Reihe von Städten, v.a. in Rom und Mailand, durchsucht. Schriften und Dokumente wurden beschlagnahmt, eine Reihe von Genossen festgenommen und verprügelt. Der Florentiner Staatsanwalt Vigna ließ die Operation einleiten, nachdem in einem gestohlenen Wagen unter den Sitzen "verdächtige Dokumente" gefunden worden waren.

Die "Avanguardia Operaia" hat besonders während der großen Streiks in Mailand und Turin 1968/69 die führende Rolle innegehabt. Während sich die faschistischen Banden in Italien der großzügigsten Unterstützung durch den bürgerlichen Staat erfreuen, werden die fortschrittlichen und kommunistischen Organisationen brutalen Repressionen ausgesetzt und systematisch kriminalisiert.

ISRAEL:

Die Klassenwidersprüche verschärfen sich

"Dreimal, d.h. 1948, 1956 und 1967, hat der Krieg Israel gerettet", sagte einmal Dayan.
Diese Aussage Dayans müßte jedenfalls in bezug auf die beiden letzteren Kriege und den vierten Nahostkrieg vollständiger lauten: "gerettet vor seinen inneren Widersprüchen". Das heißt nichts anderes, als daß dieser Krieg gegen die Araber für die israelische Bourgeoisie ein geeignetes Mittel darstellte, die Klassengegensätze im Inneren durch eine Ideologie des "wir sitzen alle im gleichen Boot" zu verschleiern und auf einen gemeinsamen äußeren Feind zu lenken.
Unter dem Vorwand der "Verteidigung" haben die Zionisten in allen Aggressionsakten das von ihnen besetzte Territorium beträchtlich vergrößert. Um ihre Expansionspolitik gegenüber dem palästinensischen Volk und den anderen arabischen Völkern im Interesse des Imperialismus wirksam durchführen zu können, sind sie auf die massive Unterstützung durch den Imperialismus angewiesen.
Die israelische Wirtschaft ist ständig von ausländischer Kapitalhilfe abhängig, welche im Zeitraum von 1949 - 1972 den Betrag von 16,8 Milliarden Dollar erreicht hat.

Derzeit wollen die US-Imperialisten Israel eine neue Kapitalzufuhr von 2,2 Milliarden Dollar gewähren.
Die Existenz Israels war von Anfang an auf Krieg gegründet. Demzufolge nimmt die Rüstung einen breiten Raum in der israelischen Produktion ein:
- 48% des Budgets 1974 für "Verteidigungsausgaben"
- ein Viertel der arbeitenden Bevölkerung in den Streitkräften, bzw. der Rüstungsindustrie
- Expansion der Elektroindustrie seit dem Juni-Krieg. 50% der gesamten Produktion dienen Aufträgen der "Landesverteidigung" (Neue Züricher Zeitung, 30. 6.73).

"Kurzum, man wird als Beobachter der israelischen

Szenerie den Eindruck nicht los, die vielgepriesene Wirtschaftsblütenpracht hätte sich ohne den Kunstdünger der Rüstungsinvestitionen kaum mit solcher Üppigkeit entfalten können." (Neue Züricher Zeitung 15.7.73).

Die Kosten der Aggressionspolitik werden auf die israelischen Massen abgewälzt

Zunehmend sind die Zionisten gezwungen, die Kosten für ihre Kriegspolitik auf die israelischen Massen abzuwälzen. Schon vor dem Oktoberkrieg war die Situation in Israel durch eine starke Inflation gekennzeichnet, die allein seit Beginn des Jahres 1973 bis zum Oktoberkrieg eine Preissteigerung von 18% und das Einfrieren der Löhne brachte. Auf Grund der hohen Rüstungsausgaben des Staates fehlt das Geld, um Wohnungen zu bauen - allein 65.000 jüdische Familien leben in abbruchreifen Häusern, 50.000 davon sind orientalische Juden(alle Zahlen aus Spiegel Nr.43, 1973).

Die orientalischen (aus arabischen Ländern eingewanderten) Juden bekommen diese Verschlechterung der Lebensbedingungen am meisten zu spüren, da sie die große Masse der nichtqualifizierten Arbeiter bilden und zu wesentlich geringeren Löhnen als die qualifizierten Arbeiter aus europäischen Ländern arbeiten müssen. Wenn die zionistischen Machthaber die bürgerlichen Massenmedien immer von einer "nationalen Einheit des israelischen Volkes gegen den arabischen Aggressor" daherschwätzen lassen,so dient dies nur dazu, die Widersprüche innerhalb der israelischen Gesellschaft und den zunehmenden Unmut auch der israelischen Massen über die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen zu verschleiern. Die Massen sind wohl noch stark der zionistischen Ideologie verhaftet, noch stellt die große Mehrheit der israelischen Arbeiter fast immer ihre Klasseninteressen hinter die Interessen des zionistischen Staates zurück. Obwohl die Regierung und die zionistische Gewerkschaft Histadruth immer alles daran setzen, um die geringste Bewegung der Arbeiter als "Verrat an der nationalen Einheit"zu brandmarken, gab es 1951, 1962 und 1969 eine Serie von wilden Streiks, die zum Teil nur durch die Anwendung von Militärgesetzen gebrochen werden konnten. So erließ die israelische Regierung zum Beispiel beim Postarbeiterstreik 1969 Einberufungsbefehle gegen die streikenden Arbeiter, um sie damit, was nach den existierenden Gesetzen möglich ist, wieder zur Arbeitsaufnahme zu zwingen. Die Führer der streikenden Hafenarbeiter von Ashdod wurden vor ein "internes Tribunal" gebracht und die Arbeiter als Agenten der Al-Fatah und als "Saboteure" denunziert.

Die Drohungen der Gewerkschaftsführung lauteten: "Wenn sich eure Schuld herausstellt, dann werden die härtesten Sanktionen angewendet, das heißt, ihr werdet aus der Gewerkschaft ausgeschlossen und verliert damit alle Vorteile der Sozialversicherung für Euch und Eure Familien." Die Arbeiter setzten den Kampf fort und aus Angeklagten wurden Ankläger. Die Histraduthführung fand in der Öffentlichkeit ein schlechtes Echo und beeilte sich daraufhin, das Spektakel ohne Schuldspruch zu beenden.

Inflationsraten bis zu 70%

Ende Januar 74 holte die israelische Regierung wieder zu einem schweren Schlag gegen die Lebensbedingungen des israelischen Volkes aus. Um die Kosten für ihre Expansionspolitik teilweise zu decken, beschloß die Regierung, die staatlichen Subventionen für Grundnahrungsmittel um rund 1 Milliarde israelische Pfund (über 5 Milliarden österreichische Schilling) zu kürzen,was Preissteigerungen bis zu 70% (!) bei Brot, Milch, Zucker, Öl etc. zur Folge hatte. Heuer sollen die Inflationsraten bis 100% ansteigen. Gleichzeitig stiegen die Steuern und Zwangsanleihen seit dem Oktoberkrieg um etwa 30%. Diese enorme Verschlechterung der Lebensbedingungen trifft vor allem die "vielen Armen, die Beiträge aus dem Sozialetat erhalten....Der Hunger ist zehntausenden Familien kein abstraktes Schreckgespenst mehr." (Frankfurter Allgemeine Zeitung,30.1.74).

Die breite Empörung unter den israelischen Werktätigen schlug sich in einer Reihe von Streiks in Fabriken und im öffentlichen Dienst nieder. Im Februar kam es zu massiven Straßendemonstrationen, die vor allem von den "Schwarzen Panthern", einer Organisation, in der hauptsächlich Juden orientalischer Herkunft organisiert sind, angeleitet wurden."Das ist erst der Anfang, wenn es nötig ist, demonstrieren wir jeden Tag," erklärte ein Sprecher dieser Organisation.

Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei vor dem Haus Golda Meir's



Die gegenwärtige Bewegung im israelischen Volk ist ein Kampf gegen die drastische Senkung des Lebensniveaus des Volkes. Aber es wäre falsch, darin schon einen Angriff auf das zionistische System selbst zu sehen. Den Zionisten fällt es immer schwerer, ihre Expansion als notwendig für das "Überleben des jüdischen Volkes"darzustellen. Breite Teile des Volkes wenden sich gegen diese "militärischen Abenteuer", aber sie sehen noch nicht, daß eben diese "militärischen Abenteuer" gerade das Wesen der zionistischen Politik ausmachen, daß gerade die Unterdrückung der arabischen Völker, allen voran des palästinensischen Volkes, die Voraussetzung für den zionistischen Staat ist.

Ein demokratischer Volksstaat in Palästina ist die Voraussetzung für das Zusammenleben von Palästinensern und Israelis

Dieses Aufbrechen der Widersprüche innerhalb der israelischen Gesellschaft und die Forderungen eines Teiles des israelischen Volkes nach einem Frieden mit den Arabern, muß der Ansatzpunkt für die israelischen Kommunisten sein, diese Bewegung gegen die Herrschaft des zionistischen Machtapparats selbst zu richten. Das israelische Volk muß in diesem Prozeß erkennen, daß"ein Volk, das ein anderes unterdrückt, selbst nicht frei sein kann". (Karl Marx)

Der Vorsitzende der FDPLP (Demokratische Volksfront für die Befreiung Palästinas), die marxistisch-leninistische Organisation innerhalb der Widerstandsbewegung, wandte sich in einem Interview in der israelischen Zeitung Jedioth Aharonot im März 1974 an die israelische Öffentlichkeit: "Wir sagen sehr deutlich, daß das Ziel unseres Kampfes die Errichtung friedlicher Beziehungen zwischen Palästinensern und Israelis ist. Wir glauben, daß ein Zusammenleben nur heißen kann: eine Lösung finden, eine demokratische Lösung für alle Probleme im Rahmen eines palästinensischen demokratischen Staates, in dem Palästinenser und Israelis dieselben Rechte haben werden." Voraussetzung hierzu ist die Zusammenfassung aller antizionistischen Kräfte in Israel und der palästinensischen Widerstandsbewegung zu einer gemeinsamen Kampffront gegen Zionismus, Imperialismus und arabische Reaktion.

W.F.+ H.B.

KAMBODSCHA

Das kambodschanische Volk braucht heute unsere Unterstützung mehr denn je!

Die amerikanische Aggression in Kambodscha dauert weiter an

AUSZÜGE AUS DER REDE DES VERTRETERS DER MISSION DER GRUNC IN PARIS, KEO NORIM, GEHALTEN BEI DER SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNG DES KB WIEN AM 31.3.1974

Seit vier Jahren verwüstet dieser von der Nixon-Regierung beschlossene Aggressionskrieg unausgesetzt das Land Kambodscha - alles was in härtester Arbeit von mehreren Generationen aufgebaut worden war, wird in eine Woge von Feuer und Blut getaucht. Der faschistische Staatsstreich vom 18.März 1970 war nur das Vorspiel für die barbarische Invasion von 110 000 amerikanischen und Saigoner Soldaten, die am 30.April stattfand. In diesem Krieg wurden Dörfer und Städte ganz von Erdboden gefegt, Spitäler und Schulen total zerstört, Pagoden geplündert und demoliert, Reisfelder und andere Kulturen verwüstet - Männer, Frauen, Kinder und Greise hingeschlachtet.

Aber in derselben Zeit machte das kambodschanische Volk, eng verbunden mit den Volksbefreiungsstreitkräften und unter der richtigen und sicheren Führung der FUNK und der GRUNC alle feindlichen militärischen Pläne zunichte, insbesondere den der "Vietnamisierung des Aggressionskrieges in Kambodscha" und den der "Khmerisierung des Krieges", die die Nixon-Doktrin geplant hatte. Das kambodschanische Volk und seine Befreiungsstreitkräfte haben auch einen glänzenden Sieg gegen die "Amerikanisierung des Luftkrieges" davongetragen: Im Verlauf von sechseinhalb Monaten, von Januar bis 15. August 1973 konnten sie trotz der 4000 bis 5000 Tonnen Bomben, die täglich wie wahnsinnig von den amerikanischen Streitkräften abgeworfen wurden, 134 000 feindliche Soldaten außer Gefecht setzen, eine große Menge Kriegsmaterial erbeuten, mehr als 200 000 Einwohner befreien und ihren stählernen Ring um Phnom Penh enger ziehen.

Mit der festen Unterstüzung aller freiheitsliebenden, demokratischen und fortschrittlichen Kräfte der Welt hat der heldenhafte Widerstand des kambodschanischen Volkes die Regierung Nixon gezwungen, die Einstellung der völkermordenden Bombardierungen bekanntzugeben. Aber diese Erklärung bedeutet keinesfalls das endgültige Aufhören der US-Bombardements, und noch weniger das Ende der US-Aggression in Kambodscha. Sie markiert nur eine neue Etappe dieser Aggression, die mit gleicher Intensität weitergeht.

Der nationale Befreiungskrieg des kambodschanischen Volkes ist in eine entscheidende und unwiderrufliche Phase eingetreten, die sie unausweichlich zum Sieg und zur endgültigen Durchführung der fünf Punkte der Erklärung von Samdech Norodom Sihanouk, dem Staatschef und Präsidenten der FUNK, vom 23.März 1970 führen wird; vor allem zur endgültigen Vertreibung der amerikanischen Imperialisten und ihrer Marionetten in Saigon und Bankok, zur totalen Vernichtung der Verräterclique von Phnom Penh und ihres faschistischen Regimes, zum Aufbau eines neuen Kambodscha - wirklich unabhängig, souverän, neutral, friedlich und demokratisch innerhalb der Integrität seiner Grenzen.

Im Zuge ihrer fortgesetzten Angriffe haben die Befreiungsstreitkräfte der Nationalen Befreiungsfront von Kampuchea bereits das Verteidigungssystem der Hauptstadt aufgebrochen und konnten sich im Weichbild von Phnom Penh, dessen strategisch wichtige Punkte sich alle im Schußbereich ihrer schweren Artillerie befinden, festsetzen. Einige Provinzorte, die sich noch unter der provisorischen Kontrolle des Feindes befinden, sind total eingekreist. Überall schließt sich der Schraubstock unserer bewaffneten Streitkräfte enger, besonders um Phnom Penh. Dort legen im Innern der Stadt unsere Guerillas und Spezialeinheiten in aufsehenerregender Weise Zeugnis von ihrer Anwesenheit ab. Am 6.Januar und kürzlich wieder, am 4.März, haben sie mit Panzerfäusten und Raketen die Residenz von Sosthene Fernandez, dem Kommandanten der Marionettentruppen angegriffen.

All die unleugbaren Fakten, die für den gerechten Kampf des kambodschanischen Volkes sprechen, haben bereits über sechzig souveräne Staaten überzeugt, und sie haben die Königliche Regierung der Nationalen Einheit anerkannt, diplomatische Beziehungen mit ihr aufgenommen, und alle Verbindungen mit dem Verräterregime von Phnom Penh abgebrochen. So haben sie ihre aktive und entschlossene Unterstützung des gerechten Kampfes des kambodschanischen Volkes zum Ausdruck gebracht.

Überall in der Welt bezeugen die friedliebenden, freiheitsliebenden, demokratischen und fortschrittlichen Völker ihre Unterstützung und ihre Solidarität mit dem gerechten Kampf des kambodschanischen Volkes. Die internationale Solidaritätskonferenz, die vor kurzem in Paris stattfand, und nun die Verwirklichung dieser Solidaritätswoche sind weitere glanzvolle Beweise dafür.

Die großartigen Siege verdankt das kambodschanische Volk unter anderem auch der kämpferischen Solidarität aller friedliebenden und fortschrittlichen Völker der Welt, das Volk der USA inbegriffen, noch mehr aber der Solidarität und der kämpferischen, brüderlichen Unterstützung des vietnamesischen und laotischen Volkes, der gemeinsamen Solidarität dieser Völker in den Kämpfen gegen den französischen Kolonialismus, den japanischen Militarismus und nun gegen den amerikanischen Imperialismus und seine Lakaien.

Für uns, das kambodschanische Volk, die Volksbefreiungsstreitkräfte der Befreiungsarmee und die Königliche Regierung der Nationalen Einheit ist die Entscheidung bereits gefallen, und sie ist unwiderruflich: Sie bedeutet die Weiterführung des Kampfes ohne irgendeinen Kompromiß, ohne Rückzieher bis zum totalen Sieg. Wenn unsere besten Söhne und Töchter vier Jahre lang die heilige Erde von Angkor mit ihrem roten Blut getränkt haben, so haben sie dies nicht getan, damitwir uns, bei Begleichung der Rechnung, von den Feinden übertölpeln lassen, besonders nicht in diesem Augenblick, wo er bereits seine letzten Atemzüge tut.


Ein Vertreter der GRUNC spricht bei der Solidaritätsversammlung des KB Wien



Erfolgreiche Kambodscha-Solidaritätswoche in Wien



Informationsstand des KB in der Stadt

In der Woche vom 18.-22 März organisierte der KB Wien eine breite Aufklärungs- und Propagandatätigkeit zur Unterstützung des Kampfes des kambodschanischen Volkes gegen den US-Imperialismus. Dabei leistete er einem Aufruf der internationalen Konferenz "Solidarität mit dem kambodschanischen Volk" Folge, die im Dezember in Paris stattgefunden hatte und an der Vertreter des kambodschanischen Volkes teilgenommen hatten. Auch in mehreren Städten in den Bundesländern wurden von Kommunisten Solidaritätsaktionen organisiert. Die Solidaritätswoche war ein voller Erfolg. Sie war ein wichtiger Beitrag zur moralischen und politischen Unterstützung des kamboschanischen Volkes. Viele Menschen wurden über die US-Aggression aufgeklärt und sie verurteilen die imperialistische Politik der USA. Sie wurden über die Ziele des Kampfes des kamboschanischen Volkes informiert und brachten ihre Sympathie mit dem Befreiungskampf zum Ausdruck. Daß das kamboschanische Volk auch in Österreich Freunde hat und daß deren Zahl immer größer wird, daß der Vertreter des kamboschanischen Volkes begeistert empfangen wurde, ist eine bedeutende moralische Hilfe. Zugleich war die Kampagne ein wichtiges Element des Klassenkampfes in Österreich. Die Verbundenheit mit dem Kampf der unterdrückten Völker und die Feindschaft gegen den gemeinsamen Feind der Völker der Welt, gegen das imperialistische System, wurde gestärkt und es wurde ein Licht auf den Charakter der österreichischen Bundesregierung geworfen, die nach wie vor Beziehungen mit dem Lon-Nol-Regime von der USA Gnaden unterhält und diese Gangsterbande international unterstützt, die GRUNC aber, die vom gesamten Volk anerkannt und unterstützt wird und bereits über 90 % des Landes kontrolliert, weiterhin nicht anerkennt.

Eine Woche lang wurde in der ganzen Stadt massive Aufklärung und Propaganda betrieben. Mittels Informationsständen wurde der Imperialismus angeprangert und wurden die Ziele des Befreiungskampfes erläutert. Mit Tausenden Menschen wurde Gespräche geführt, an den Diskussionen auf der Straße beteiligten sich sehr viele. Von der Sonderausgabe des "Klassenkampf" wurden 5.500 Stück verkauft, darunter 4.000 in Wien. Es wurden Unterschriften für den Abbruch aller Beziehungen der Regierung zum Lon-Nol-Regime und für die Anerkennung der GRUNC gesammelt. Am 21.3. fand im Bayrischen Hof eine Solidaritätsversammlung statt. 400 Menschen bereiteten dem Vertreter der FUNC und der GRUNC, der auf Einladung des KB Wien hin Österreich besuchte, einen begeisterten Empfang und bekundeten ihre feste Entschlossenheit, den Kampf des kamboschanischen Volkes bis zum endgültigen und vollständigen Sieg zu unterstützen, bis zur Vertreibung der Verräter von Pnom-Penh und zur Errichtung der revolutionären Volksmacht im ganzen Land. Am 22.3. fand eine Demonstration statt, an der ca. 700 Menschen teilnahmen.

Die Erfahrungen der ganzen Woche zeigten, daß im Volk ein großes Interesse für die Lage und den Befreiungskrieg in Kamboscha besteht und daß es dem US-Imperialismus und seinen Verbündeten und Freunden nicht gelungen ist, die Welt durch die Unterzeichnung des Pariser Abkommens, das ihm die Völker Indochinas, vor allem das vietnamesische Volk, durch politische und militärische Siege abgerungen haben, und durch seine "Friedensmanöver" zu täuschen. Die Empörung über die US-Aggression in Indochina ist nach wie vor groß. Allerdings müssen die Kommunisten mit aller Entschiedenheit darauf hinarbeiten, daß die Massen die Notwendigkeit sehen, aktiv zu handeln und die Abscheu gegen den US-Imperialismus und die Sympathie für das kambodschanische Volk auch auf die Straße zu tragen. Im Jänner 1973, nach den ungeheuren Bombenangriffen der US-Luftwaffe gegen die Demokratische Republik Vietnam, demonstrierten in Wien 10.000 Menschen und die Entwicklung der Stimmung der Massen trieb viele sozialdemokratische, revisionistische (KPÖ) und andere Organisationen in die auf Initiative des KB Wien zustandegekommene Aktionseinheit. Gegenwärtig sehen viele fortschrittliche Menschen nicht so deutlich, daß auch heute, ja gerade heute, die aktive Solidarität, die unermüdliche Aufklärung im Betrieb und Büro, Straßendemonstrationen usw. absolut notwendig sind. Heute steht das kambodschanische Volk unmittelbar vor dem endgültigen Sieg und der US-Imperialismus vor seiner schwersten Niederlage in Indochina. Zugleich aber wird er immer tollwütiger und aggressiver und es besteht ernste Gefahr, daß er wieder direkt interveniert oder die Hauptstadt Pnom Penh lieber dem Erdboden gleichmacht, als daß sie in die Hand des Volkes und seiner Befreiungsstreitkräfte fällt. Trotzdem haben die meisten der Organisationen, die zu der großen Indochina-Demonstration im Jänner 1973 aufgerufen haben, seither keinen Finger mehr zur Unterstützung des Kampfes der Völker Indochinas gerührt. Auch die jetztige Kampagne und die Demonstration am 22.3. wurden vom KB allein organisiert, mit Unterstützung der Massenorganisationen des KB, der Marxistisch-leninistischen Studentenorganisation und des Roten Schülerbundes.

Nach der erfolgreichen Durchführung der Solidaritätswoche bleibt es eine hervorragende Aufgabe des KB Wiens, weiterhin alles für den Sieg des kambodschanischen Volkes zu tun und in der Solidarität nicht nachzulassen. Vor allem kommt es darauf an, den Massen klar zu machen, daß aus der Empörung echte Kampfbereitschaft werden muß. Die Parolen, in deren Zeichen die Solidaritätswoche stand, sind nach wie vor aufrecht:

FÜR DEN SIEG IM VOLKSKRIEG !

FÜR DIE ERRICHTUNG DER VOLKSMACHT IM GANZEN LAND !

SCHLUSS MIT DER AGGRESSION UND INTERVENTION DES US-IMPERIALISMUS UND SEINER LAKAIEN IN SAIGON UND BANGKOK !

ABBRUCH ALLER BEZIEHUNGEN ZUM LON NOL-REGIME DURCH DIE BUNDESREGIERUNG, ANERKENNUNG DER GRUNC !

Stadtverwaltung konnte Solidaritätsaktion nicht verhindern

BERICHT EINES GENOSSEN AUS LEOBEN VON EINER KAMBODSCHA-SOLIDARITÄTSAKTION

Mit allen Mitteln versuchte die sozialdemokratische Stadtverwaltung von Leoben, eine Solidaritätsveranstaltung anläßlich der internationalen Woche der Solidarität mit dem kambodschanischen Volk zu verhindern. Zunächst wurde ein rechtzeitig eingebrachtes Ansuchen zur Bewilligung der Aufstellung eines Informationsstandes nicht beantwortet. Ohne diese Genehmigung, meinte man, würden wir auf die Aufstellung des Informationsstandes aus Angst vor den möglichen Folgen freiwillig verzichten. Aber wir müssen, um unsere demokratischen Rechte zu verteidigen und zu verbreitern, uns diese nehmen. Das ist die einzig erfolgversprechende Art,

den Kampf gegen die Beschneidung der Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes aufzunehmen. Das zeigte sich auch hier.
Als die Vertreter der Stadtverwaltung sahen, daß wir uns durch bürokratische Maßnahmen nicht davon abhalten ließen, den Stand aufzustellen, und die Bevölkerung der Stadt dieser Kampagne Sympathie entgegenbrachte, versuchte man es mit offenen Drohungen. Zunächst erschien ein Polizeibeamter und zwei Minuten später - ganz zufällig der zuständige Beamte der Stadtverwaltung. Sie forderten uns auf, den Stand sofort wegzuräumen. Wir weigerten uns, dieser Aufforderung nachzukommen, indem wir darauf hinwiesen, daß wir ein Ansuchen rechtzeitig eingebracht hätten und uns der Beamte die zeitgerechte Verständigung zugesagt habe.
Daraufhin drohte der Beamte der Stadtverwaltung, den Stand durch eine Einsatzgruppe gewaltsam wegräumen zu lassen. Wir ließen uns durch diese Drohungen nicht einschüchtern und wandten uns an die sich inzwischen angesammelten Menschen. Wir erklärten ihnen an Hand des sich vor ihren Augen abspielenden Beispiels den Charakter der Staatsgewalt. Seine Fun ktion als Instrument zur Niederhaltung der Arbeiterklasse und des Volkes zeigte sich hier ganz klar. Die Leute brachten uns deutlich ihre Sympathie entgegen, der dazwischenschreiende Staatsbeamte fand keine Beachtung. Seine Bemerkung, daß die Ablehnung der Bewilligung Demokratie sei, fand nur Gelächter. Weitere Drohungen ausstoßend, verschwanden der Polizist und der Stadtbeamte. Es ließ sich auch die weiteren zwei Stunden, die der Stand aufgestellt war, kein Polizeibeamter mehr blicken.
Eine Woche nach der am 19. und 20. 3. durchgeführten Kampagne bekamen wir eine auf 13.3. vordatierte Bewilligung zur Aufstellung des Standes.

Eines allerdings gelang der Stadtverwaltung: die Solidaritätsveranstaltung in den engen Rahmen der Hochschule abzudrängen. Einen Tag vor der geplanten Solidaritätsveranstaltung lehnte die Stadtverwaltung die Benützung des von uns bestellten Stadtsaales ab. In dieser kurzen Frist konnte ein anderer Saal nicht mehr aufgetrieben werden und die Veranstaltung mußte auf der Hochschule stattfinden. Für die Bourgeoisie sind allerdings unbenützte Säle wertvoller als ihre Heranziehung zu Veranstaltungen, die die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Imperialismus aufzeigen.

Aber auch hier zeigte sich, wie sehr das Volk derartige Maßnahmen als Beschneidung seiner eigenen demokratischen Rechte empfindet. Denn innerhalb der drei Stunden, die unser Kambodscha-Informationsstand in der Stadt aufgestellt war, konnten wir 86 Unterschriften sammeln, mit denen unser Protest gegen die Verweigerung der Benützung des Stadtsaales unterstützt, und gegen diese Maßnahme, die eine Beschneidung der demokratischen Rechte des Volkes darstellt, protestiert wurde. Bezeichnend für das deutliche Erkennen der Staatsgewalt als einen Apparat zur Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes ist, daß viele Menschen trotz ihrer offen ausgesprochenen Sympathie nur deswegen nicht unterschrieben, weil sie Angst vor möglichen Repressionen hatten. Es wird unsere Aufgabe sein, diesen Menschen klar zu machen, daß das Zurückweichen die Bourgeoisie nur ermutigt, ihre Repressionen zu verstärken, und daß nur der entschlossene Widerstand gegen alle reaktionären Maßnahmen und die Entfaltung dieses Widerstandes zum Kampf um den Sozialismus die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes durchsetzen wird.

K.P.
Leoben

CHILE

Das Volk hat den wirtschaftlichen und politischen Kampf aufgenommen

In Chile herrscht der brutalste faschistische Terror. Alle Organisationen der Arbeiterklasse und des Volks sind verboten, alle demokratischen Rechte einschließlich des Streik- und Koalitionsrechts sind beseitigt. Funktionäre der Arbeiterbewegung und Arbeiter, die sich an Kämpfen beteiligt haben, werden verfolgt, gefoltert, ermordet, in Konzentrationslager gesperrt oder zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt. Trotzdem haben die Arbeiterklasse und die mit ihr verbündeten Volksmassen schon kurz nach dem Putsch vom 11. September 1973 Kämpfe zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Lebensbedingungen und um demokratische und gewerkschaftliche Rechte durchzuführen begonnen. In diesen Kämpfen formiert sich und erstarkt der Widerstand gegen die faschistische Junta.

Während so auf der einen Seite der Widerstand zunimmt, beginnt auf der anderen Seite die Bewegung des Mittelstands und des Kleinbürgertums, die den Putsch unterstützt hatte, bereits abzubröckeln. Die katastrophale wirtschaftliche Lage der werktätigen Bevölkerung und die politische Rechtlosigkeit trifft zunehmend auch diese Schichten. Damit sind günstige Bedingungen für die politische Isolierung der Junta durch eine breite antifaschistische Einheitsfront unter Führung der Arbeiterklasse gegeben. Zugleich sehen die revolutionären politischen Organisationen, die vor dem Putsch den Aufbau der Volksmachtorgane unterstützt und gegen das Zurückweichen der Allende-Regierung vor der immer stärker und frecher werdenden Reaktion gekämpft hatten, immer klarer die Notwendigkeit des Aufbaus einer einheitlichen revolutionären Klassenpartei des chilenischen Proletariats.

Die Hauptformen des Massenkampfs in Chile sind derzeit Demonstrationen und Streiks. Die Bedingungen für diese Kämpfe sind äußerst schwierig. Die führende Beteiligung an einem Streik kann praktisch das Todesurteil bedeuten. Jede Demonstration kann mit einem Massaker durch das Militär enden. Dazu kommt die rapide gestiegene Arbeitslosigkeit. Arbeiter, die sich politisch betätigen, werden entlassen und haben keine Aussicht mehr, Arbeit zu bekommen. Aber weder die Arbeitslosenunterstützung noch die Löhne decken angesichts der Preissteigerungen von bis zu 1000% bei Lebensmitteln auch nur das Existenzminimum. Viele Arbeiterfamilien sind ganz ohne jedes Einkommen. Die chilenische Arbeiterklasse ist gezwungen um ihr materielles Überleben zu kämpfen in einer Situation, wo jeder Streikkampf die ganze Macht des faschistischen Staats gegen sich hat. Die Führung von Streikkämpfen und Kämpfen um elementare politische Rechte unter diesen Umständen stellt der Kampferfahrung und der revolutionären Entschlossenheit der chilenischen Arbeiterklasse ein hohes Zeugnis aus.

Der Kampf um die Verteidigung des Lebensstandarts der Massen und um die Wiederherstellung demokratischer Rechte ist der Hebel zur Vereinheitlichung des Volkes gegen den Faschismus zur Bildung einer antifaschistischen Einheitsfront. Nach Ansicht der revolutionären chilenischen Organisationen muß diese Einheitsfront auf Grund eines Minimalprogramms alle Kräfte umfassen, die bereit sind, wirklich gegen den Faschismus zu kämpfen. Im Kampf um die Lebensbedingungen der Massen und um demokratische Rechte muß die revolutionäre Gegenoffensive vorbereitet werden, die zur Niederwerfung der faschistischen Junta durch den bewaffneten Kampf der Volksmassen führen wird.

Für die erfolgreiche Weiterführung des Kampfes wird es entscheidend sein, ob es dem chilenischen Proletariat gelingt, seine revolutionäre Klassenpartei aufzubauen. Ohne eine solche Partei wird das chilenische Proletariat weder die Führung im Kampf des chilenischen Volkes gegen Faschismus und Imperialismus übernehmen, noch durch alle Windungen und Wendungen des Kampfs hindurch beharrlich seine revolutionären Ziele verfolgen können. "Der Sieg der Revolution wird nicht spontan eintreten: er muß vorbereitet und errungen werden; dies kann nur durch eine revolutionäre Partei erreicht werden, die stark genug ist, um reformistische Tendenzen zu überwinden, eine Massenbewegung zu fördern und sie in den entscheidenden Kampf gegen die Diktatur zu führen. Das Fehlen dieser politischen und militärischen Führung der Massen ist das wichtigste Problem der chilenischen Arbeiterklasse. Ihr Fehlen war die wichtigste Ursache der Niederlage vom September: von ihrer Entwicklung und Festigung hängt die Zukunft des chilenischen Prozesses ab". (aus der Erklärung der MAPU/ Bewegung der einheitlichen Volksaktion) L.K.

KPÖ spaltet die Chile Solidaritätsbewegung

Der Kommunistische Bund Wien hat die Initiative des "Chile-Solidaritätskomitees" begrüßt, anläßlich der Akkreditierung des chilenischen Botschafters in Wien eine Aktionseinheit zur Durchführung einer Demonstration gegen die faschistische Junta und zur Solidarität mit dem chilenischen Volk durchzuführen. An den Sitzungen der Aktionseinheit beteiligten sich der KB Wien und seine Massenorganisationen MLS (Marxistisch-leninistische Studentenorganisation) und RSB (Roter Schülerbund), die im "Chile-Solidaritätskomitee" zusammengefaßten trotzkistischen Organisationen und die "Chile-Solidaritätsfront", die von sozialdemokratischen und revisionistischen Organisationen gebildet wird.

Während die Revisionisten von der KPÖ von allem Anfang an kein Interesse an der Durchführung einer gemeinsamen Demonstration hatten und fieberhaft nach einem Anlaß suchten, um sie scheitern zu lassen, taten die Trotzkisten durch das Beharren und Festhalten an falschen Losungen das Ihre, um auf ein Auseinanderbrechen hinzusteuern.

Die Positionen der Revisionisten ...

Das politische Ziel der Reformisten war die Propagierung des "Vermächtnisses Allendes", also die Propagierung einer Politik, die die chilenische Arbeiterklasse in die Sackgasse und in die Arme des Faschismus geführt hat. Die Demonstration sollte ihrer Auffassung nach nicht die Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes zum Sturz der Junta, sondern lediglich die Solidarisierung mit den Leiden der Opfer des Faschismus zum Inhalt haben. Es sollte um die Wiederherstellung der Menschenrechte in Chile gehen. Um eine solche Orientierung durchsetzen zu können, forderten sie die "Absprache" des Materials", d.h. die Zensur aller Flugblätter, Zeitungen, Broschüren usw, kurz, die Aufhebung der Freiheit der Propaganda. Das hätte für uns bedeutet, darauf zu verzichten, die revolutionäre Linie des chilenischen Widerstandes zu propagieren und die österreichischen Massen dafür zu gewinnen. Die Revisionisten haben alles Interesse daran, die Freiheit der Propaganda zu verhindern, denn mit Recht fürchten sie, daß die Massen die revolutionären Losungen als die richtigen erkennen und sich ihnen anschließen. Wenn es ihnen nicht gelingt, in bürokratischer Art durch Aktionseinheitsvereinbarungen hinter verschlossenen Türen die revolutionären Parolen auszuschalten, dann setzen sie sich bei jeder Demonstration "automatisch" durch, wie ein Vertreter der Revisionisten freimütig bekannte.

...und der Trotzkisten

Und die Trotzkisten wiederum rückten die Solidarisierung mit dem bewaffneten Kampf des chilenischen Volkes ins Zentrum, nachdem ihre Forderung nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen als Losung in der Plattform der Aktionseinheit abgelehnt worden war. Durch diese Losung wollten sie ein "Gegengewicht" gegen die reformistischen Strömungen schaffen, wie sie sagten. Aber eine solche Losung ist falsch, denn der bewaffnete Kampf ist in Chile heute, im Unterschied zur Lage unmittelbar nach dem Putsch, nicht die Hauptkampffront. Und die allgemeine Wahrheit, daß es einen friedlichen Weg zum Sozialismus nicht gibt, braucht man nicht als Parole einer Solidaritätsdemonstration mit sich herumtragen.

Dem Reformismus treten wir vielmehr in der politischen Hauptfrage entgegen, indem wir das nächste Ziel des chilenischen Volkes angeben: den Sturz der Junta und die Errichtung der Volksmacht unter der Führung der Arbeiterklasse.

Die Waffen sind der Politik untergeordnet.

Offener Brief des KB Wien

Als die Differenzen sich zuspitzten und die Aktionseinheit auseinanderzubrechen drohte, ergriff der KB die Initiative und richtete am 21.3. folgenden Brief an die beteiligten Organisationen:

Wir haben den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zur Bildung einer AE zur Durchführung einer Chiledemonstration diskutiert und beschlossen, erneut einen Anlauf zur Bildung einer diesbezüglichen AE zu bilden. Wir bekräftigen dabei unsere Absicht, eine möglichst breite AE zu bilden. Zu diesem Zwecke und um einen zielstrebigen Gang der Verhandlungen zu ermöglichen, formulieren wir noch einmal die Plattform der AE, über die im Prinzip bereits Einigung erzielt wurde, legen wir einen Flugblattentwurf auf Grundlage dieser Plattform vor, bekräftigen wir erneut die Freiheit der Propaganda der einzelnen Organisationen als Grundprinzip jeder AE und legen wir die Liste der Losungen vor, die wir mittragen wollen.

Die Grundlage der AE sind folgende Parolen:

1. *Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes zum Sturz der Junta!*
2. *Nieder mit der faschistischen Junta, dem Handlanger des US-Imperialismus!*
3. *Freiheit für alle politischen Gefangenen!*
4. ***Keine wirtschaftliche und politische Unterstützung der faschistischen Junta durch die österreichische Regierung!***

Es besteht für alle Organisationen die Freiheit der Propaganda! *Über Losungen, die dieser Minimalplattform entsprechen, hinaus, haben die Organisationen das Recht, weitere Losungen mitzutragen, die nicht der Plattform der AE offen widersprechen. Die Freiheit der Propaganda ist ein Grundprinzip jeder AE! AE dienen der Zusammenfassung von politischen Kräften, die sich in ihren Auffassungen voneinander unterscheiden, die aber bereit sind, auf der Grundlage einer Minimalplattform sich zu einer begrenzten Aktion zusammenzuschließen. Die begrenzte Übereinstimmung schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß jede AE die Zusammenfassung und zugleich der Kampf verschiedener politischer Strömungen ist. Der KB hat keinerlei Interesse daran, das zu vertuschen, wir haben alles Interesse daran, die politischen Meinungsverschiedenheiten offen vor den Massen auszutragen. Deshalb lehnen wir jede Forderung, die die Freiheit der Propaganda einschränkt, ab. Solche Forderungen sind die von der "Chile-Solidaritätsfront" verlangte "Absprache des Materials" und deren Idee, daß nur "gemeinsam vereinbarte Losungen " mitgetragen werden dürften. Wir meinen, daß jedes punktuelle Zusammengehen der verscheidenen politischen Strömungen den Kampf um politisch-ideologischen Einfluß, um die Meinung der Massen einschließt. Wir haben keine Angst vor diesem Kampf, denn wir vertrauen darauf, daß sich die Massen in immer größerem Maß der richtigen politischen Linie anschließen.*

Wir haben von Anfang an betont, daß wir damit einverstanden sind, wenn die Trotzkisten die Parole "Abbruch der politischen Beziehungen", "Solidarität mit dem bewaffneten Kampf", bzw. wenn die "Solidaritätsfront" Allende-Bilder und- Parolen mittragen. Alle diese Parolen widersprechen nicht offen und direkt der Plattform der

AE und es ist Tatsache, daß diese Parolen Ausdruck gewisser politischer Strömungen sind, die als Bestandteil der Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk bzw. der Protestbewegung gegen die Junta gelten müssen.

Sollte allerdings das Zustandekommen der AE durch das Beharren auf solchen falschen Parolen, die nur die Nebensache des Kampfes des Volkes betreffen, gefährdet sein, vertreten wir die Meinung, daß die betroffenen Organisationen nicht auf ihnen beharren sollten.

Wir halten alle solchen Parolen für falsch und schädlich. Wir unterstützen den Kampf, den das chilenische Volk tatsächlich führt und an den Fronten, wo es ihn tatsächlich führt, wie wir alle Maßnahmen der österreichischen Regierung bekämpfen, die tatsächlich die wirtschaftliche und politische Macht der Junta stärken und dem chilenischen Volk schaden (z.B. die Abweisung von Flüchtlingen, "Wirtschafthilfe",etc.).

Auch wenn es vereinzelte bewaffnete Zusammenstöße gibt, so ist die militärische Front in Chile heute nicht die Hauptfront im Klassenkampf, die Losung entspricht daher nicht den tatsächlichen Aufgaben, die sich der chilenischen Revolution heute stellen und ist falsch und schädlich. Das chilenische Volk nimmt erneut den Kampf in Form von Streiks um wirtschaftliche Forderungen und für die politische Freiheit sowie in Form von politischen Demonstrationen auf. Aber es führt noch keinen Kampf auf der diplomatischen Ebene, von einer Gegenregierung des Volkes ist noch keine Rede. Deshalb können wir heute den Kampf des Volkes auch nicht auf diplomatischer Ebene unterstützen. Solange aber sind diplomatische Beziehungen mit der Regierung, die im Land die Macht hat und es nach außen vertritt, eine normale Erscheinung im internationalen Leben, die nichts anderes bedeutet als die Anerkennung der staatlichen Existenz und der territorialen Integrität Chiles, keinesfalls aber seiner Regierungsform.

Parolen, in denen vom "Vermächtnis Allendes" die Rede ist, schließlich, sind schädlich, weil dieses Vermächtnis nur genau die reformistische Politik ist, die Schritt für Schritt vor der Reaktion zurückgewichen ist und das Volk gegenüber dem Vormarsch der Reaktion politisch entwaffnet hat. Unter der Führung des Reformismus könnte das chilenische Volk keinen Sieg erringen und gibt es auch keinen Weg zum Sturz der Junta.

Ständiger Ausschuß der Leitung des KB Wien

KPÖ: der größte Spalter

Am 23.3. teilte die Chile-Solidaritätsfront mit, daß sie sich an der Aktionseinheit nicht beteilige, wenn nicht alles Material abgesprochen würde. Auf diese Erpressungen konnten wir nicht eingehen. Damit war aber auch der Versuch der Revisionisten gescheitert, mit einem plausiblen Vorwand aus der Aktionseinheit auszusteigen. Sie haben es jetzt schwer, einem Teil ihrer Anhänger diese ihre Politik zu erklären. Sie tun sich auch schwer, den in Österreich im Exil lebenden Chilenen eine Erklärung für ihre Spalterpolitik zu geben. Ihre Politik läßt sich nur begründen mit dem Beschluß der KPÖ, keinerlei Aktionseinheit mit kommunistischen Gruppen (in ihrem Jargon:Chaoten, Linksradikale) einzugehen. Diese Politik werden die Massen aber immer klarer erkennen und die KPÖ wird sich selber ihr Grab schaufeln.

Während der Aktionseinheitsverhandlungen begannen außerdem die Angriffe der SP-Parteiführung gegen die Sozialistische Jugend, die Junge Generation und den Verband Sozialistischer Studenten wegen ihrer Zusammenarbeit mit den "Kommunisten" in der "Chile-Solidaritätsfront". Die KPÖ konnte den Mund nicht voll genug damit nehmen, sich darüber zu entrüsten. Aber die Glaubwürdigkeit der Revisionisten erreichte damit einen neuen Tiefpunkt. Denn während sie sich über die Spaltungsversuche des SP-Parteivorstandes maßlos empört zeigten, verhinderten sie selbst das Zustandekommen einer Aktionseinheit mit allen Mitteln und erwiesen sich so selbst als die größten Spalter.

Ungeachtet der Spaltungsmanöver der KPÖ: Über 1.000 demonstrierten gegen die Junta in Chile



KLASSENKAMPF
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WIEN
Erscheint 12 mal jährlich. Einzelpreis S 3.-.
Jahresabonnement inklusive Porto (12 Nummern) S 50.-.
Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf das Konto "KB Wien" BAWAG-Zentrale 00663047.
Impressum: Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Vervielfältiger: Kommunistischer Bund Wien, für den Inhalt verantwortlich: Walter Lindner, alle: 1070, Westbahnstraße 7/8.
Redaktionsschluß: 10.4. Erscheinungstermin: 17.4.

SPENDENAUFRUF

Wir fordern alle, die unsere Anschauungen teilen, auf, unsere politische Arbeit durch Spenden zu unterstützen.
Konto "KB Wien", BAWAG-Zentrale 00663047.